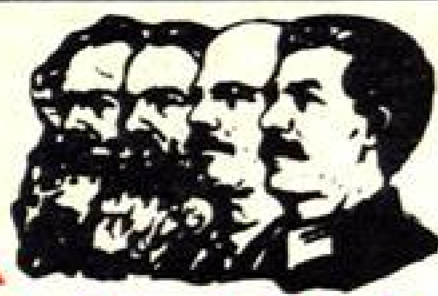
1 H 3752 C

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

# ROTER MORGEN



Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 7 vom 15. Februar 1985 | 19. Jahrgang | 1 DM



## Kein Wort

*Mit keinem Wort hat bisher die DDR-Presse, weder das Fernsehen noch die Zeitungen über den Prozeß und das Urteil von Thorn berichtet. Lediglich zu Beginn der Verhandlungen wurde gemeldet, daß ein Verfahren wegen der Ermordung des Priesters Popieluszko stattfinde — daß die Angeklagten Mitglieder der Polizei und des Geheimdienstes waren, erfuhr man in der DDR nicht.*

*Vielleicht liegt es daran, daß man in der DDR gerade den 35. Jahrestag der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit feiert. Dieser Behörde, gemeinhin „Stasi" genannt, sandte das Zentralkomitee der SED am vergangenen Freitag noch eine Grußadresse, in der es u. a. hieß: „Hervorragendes leisten die Patrioten und Kundschafter an der unsichtbaren Front für die Stärkung des Sozialismus und die Durchkreuzung der menschenfeindlichen Kriegs- und Aggressionspläne des Imperialismus und seiner Helfer." Da wären die Meldungen über die Verbrechen der „Bruderorganisation" in Polen wirklich sehr peinlich...*

## Zitate

***„Das törichte Schlagwort vom Rüstungsmanager ist schon ein Reizwort aus der semantischen Sprache der Feinde unserer Demokratie."** Franz Josef Strauß bei der Trauerfeier für den erschossenen Chef des Rüstungskonzerns Motoren- und Turbinen-Union.*

***„Wir bekennen uns zu dieser Tätigkeit, weil sie im Rahmen einer Ordnung steht, die die Bevölkerung dieses Landes sich in freien Wahlen gegeben hat."** Hans Dinger, stellvertretender Chef der MTU.*

## Unwahr

*Für ziemlich unwahrscheinlich halten wir die folgende Meldung, die zum Thema „Wie geht's eigentlich Tschernenko?" von der „Frankfurter Rundschau" aus Moskau gemeldet wurde:*

***„Das Zentralkomitee der KPdSU teilt mit, daß Genosse Tschernenko im 80. Lebensjahr nach langer schwerer Krankheit und ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, seine Amtsgeschäfte als Staats- und Parteichef wieder aufgenommen hat."***

22. Internationale Wehrkundetagung in München

# „Krieg der Sterne" – Kohl dafür!

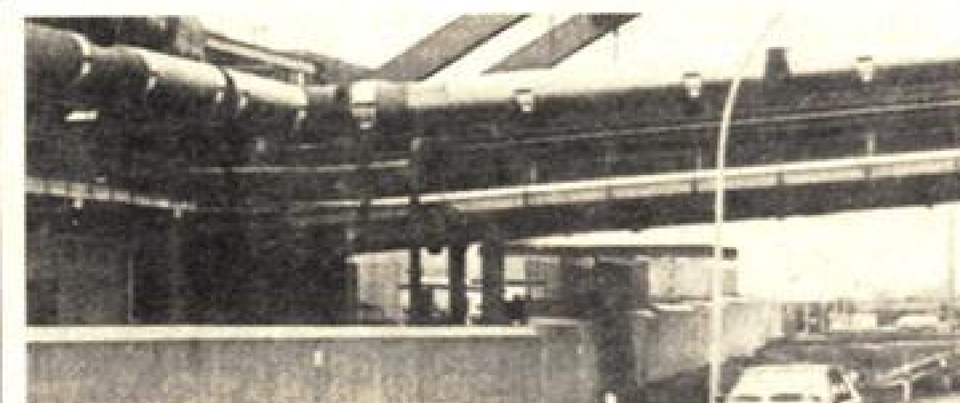
**Außer Franz Josef Strauß hätten alle Teilnehmer Bedenken gegen die Thesen, die US-Kriegsminister Weinberger verlesen ließ, geäußert — so war nahezu einhellig der Tenor der Berichterstattung über diese so prominent wie noch nie zusammengesetzte Konferenz. Kanzler Kohl habe ebenfalls Bedenken geäußert und Bedingungen genannt, wurde dazu jeweils berichtet. Betrachtet man sich die von Kohl benannten Bedingungen jedoch genauer, so kann man leicht feststellen, daß es sich um eine Zustimmung handelt.**

Kohl sprach sich eindeutig für eine Beteiligung der „Europäer" an dem sogenannten Forschungsprogramm aus, bezeichnete die Planung Reagans als das beherrschende sicherheitspolitische Problem der vor uns liegenden Jahre. Seine Bedingungen: Die Einheit des Bündnisgebietes müsse gewahrt bleiben, Instabilität vermieden und die „technologischen" Interessen der BRD müßten gewahrt bleiben. Allesamt Bedingungen, denen die Vertreter der US-Regierung umstandslos zustimmen konnten. Sie sind es ja, die die Beteiligung wünschen, nicht zuletzt aus finanziellen Gründen, handelt es sich doch um das bisher größte Projekt der Militärgeschichte überhaupt. Daß sie Interesse daran haben, jegliche Instabilität der NATO zu verhindern, ist eines der wenigen Dinge, die als bekannt vorausgesetzt werden dürfen. Daß die Satelliten auch über Europa fliegen sollen, ist im Plan enthalten — also auch nicht ansatzweise eine wirkliche Bedingung. Was es geben wird, wird der Streit zwischen den Kapitalisten um Anteile an den höchst profitablen Aufträgen sein — wie immer, nur verstärkt.

Weder die finanziellen Bedingungen noch der Gang der Entwicklung im konkreten erscheint bisher klar — um so wichtiger erschien es offensichtlich, diese Tagung als einen Höhepunkt der Propaganda für eine grundsätzliche Entscheidung zugunsten des militärischen Weltraumaufrüstungsprogramms zu machen. Die Teilnehmerliste war so prominent wie noch nie, erstmals war auch der Bundeskanzler dabei. Teilnehmer waren durchaus nicht nur Vertreter der jeweiligen Regierungsparteien, sondern auch der staatstragenden Opposition, wir Gary Hart aus den USA, gescheiterter Präsidentschaftskandidatur-Bewerber der Demokratischen Partei und Egon Bahr für die SPD.

**Fortsetzung auf Seite 7**





Die größte Dreckschleuder Hamburgs: die Norddeutsche Affinerie, verantwortlich für die Arsenverseuchung großer Teile der Stadt

Untätige Behörden

# Arsenverseuchung im Hamburger Osten

**Nach den Umweltskandalen um die Giftmülldeponie Georgswerder und die Chemiefabrik Boehringer ist eine neue Umweltvergiftung bekanntgeworden, die alles bisherige übertrifft: Große Teile des Hamburger Ostens sind durch Arsen verseucht.**

Die „*tageszeitung*" hatte in der vergangenen Woche ein Dokument veröffentlicht, aus dem zweifelsfrei hervorgeht, daß quadratkilometergroße Flächen im Hamburger Osten derart mit Arsen vergiftet sind, daß sie eigentlich abgetragen werden müßten. Die Vergiftung ist so hoch, daß an einigen Stellen eine Menge von einem Teelöffel Erde (etwa 5 Gramm) ausreichen würden, um ein Kleinkind zu töten.

Nach der Veröffentlichung am vergangenen Dienstag mußte die Hamburger Umweltschutzbehörde den gesamten Sachverhalt zugeben. In dem veröffentlichten Dokument, das eine Besprechung vom 18. Dezember vergangenen Jahres dokumentiert, heißt es: *„liegt hier kein lokales Problem vor..., sondern eine über viele Quadratkilometer reichende Belastung... Die... Werte liegen so hoch, daß grundsätzlich ein Handlungsbedarf besteht."* Der Umweltsenator Curilla am nächsten Tag in einem Interview auf die Frage, was nach dem „Handlungsbedarf" denn nun getan worden sei: *„Sie* (die Umweltschutzbehörde, RM) *hat ja insofern reagiert, als sie einen Arbeitskreis aller zuständigen Behörden eingerichtet hat."!* Mehr ist bis heute nicht passiert. Der Verursacher der großen Vergiftung, Europas größte Kupferhütte, die „Norddeutsche Affinerie" macht weiter wie immer.

**Mehr zum Hamburger Giftskandal auf Seite 12**

Wie oft noch dasselbe üble Spiel?

# Erneut Beitragserhöhung – Rentensystem wankt

**Die Bundesregierung beschloß in der letzten Woche erneut die Erhöhung der Beitragssätze zur Rentenversicherung. Kurz nach der Bekanntgabe der Januar-Arbeitslosenzahlen war dies bereits der zweite Schlag gegen den Märchenautor Bangemann und seinen Jahreswirtschaftsbericht.**

Nicht, wie es in der Diskussion gewesen war auf 19 Prozent, sondern sogar auf 19,2 Prozent wurden die Sätze angehoben (wieder einmal zu Ungunsten der Arbeitslosenversicherung, für die der Satz auf 4,1 Prozent gesenkt wurde). Das System, hier ein Loch zu stopfen, indem anderswo eines aufgerissen wird, erscheint nun allmählich rein faktisch seinem Ende entgegenzugehen. Ein Norbert Blüm, der vor zwei Jahren noch ein „Versprechen" abgegeben hatte, 1985 seien die Renten wieder sicher, sah sich jetzt gezwungen, erstmals öffentlich von einer Änderung des Rentensystems zu sprechen, wie es besonders sozialreaktionäre Kräfte seiner Partei schon länger fordern. Der angekündigte mögliche Übergang zur nettolohnbezogenen Rente könnte aber unter den Bedingungen weiter bestehender Massenarbeitslosigkeit ebenfalls höchstens eine kurzfristige Entlastung aber keine dauerhafte Lösung bringen. Verschlechterung genug für die Rentner wäre dieser Schritt aber auch schon.

Das pausenlose Infragestellen der Renten schafft ein gespanntes Klima, der pausenlose Abbau bei der Arbeitslosenversicherung gerade angesichts riesiger „Neuzugänge" große Probleme, und dies zieht sich nun seit Monaten hin.

Zumal von den Rentenversicherungsanstalten selbst bereits signalisiert wird, daß auch die jüngsten Maßnahmen nicht dazu führen werden, das befürchtete Rentenloch im Herbst auch nur ansatzweise zu verhindern. Dabei wurde in verschiedenen Stellungnahmen von Seiten der Anstalten vor allem auf die systematische und kontinuierliche Herabsetzung des jährlichen Bundeszuschusses an die Rentenversicherungen hingewiesen, die im Durchschnitt der letzten 15 Jahre fast 1 Milliarde Mark jährlich an Einnahmeverlusten der Kassen bedeutet haben.

Demonstration am 23. 2. 85 in Köln

# Weg mit dem § 218!

Noch im Sommer dieses Jahres will die CSU beim Bundesverfassungsgericht gegen den geltenden § 218 klagen. Erreicht werden soll, daß Schwangerschaftsabbrüche aus sozialer Notlage nicht mehr von den Krankenkassen bezahlt werden. Eine solche Klage kann eingereicht werden, wenn sie von 170 Abgeordneten des Bundestages unterstützt wird.

Auch wenn andere Versuche, über das Verfassungsgericht oder über eine Gesetzesänderung, dieses Ziel zu erreichen, bisher scheiterten, muß dieser erneute Vorstoß der Reaktion ernst genommen werden. Denn es ist der Versuch, das Recht auf Abtreibung und damit auch auf Selbstbestimmung der Frauen wieder zu einem Privileg der Reichen zu machen.

Die Demonstration gegen den § 218 in Köln ist für den 23. 2. geplant worden, weil sich am 25. Februar 1985 zum 10. Mal der Tag jährt, an dem das Bundesverfassungsgericht die vom Bundestag mehrheitlich beschlossene Fristenregelung für verfassungswidrig erklärte.

**Weiterhin Finanzierung von Abtreibung auf Krankenschein! Weg mit dem § 218!**

**Weg mit dem § 218!**

**Demonstration am 23. 2. 85 in Köln Beginn: 11.00 Uhr, Ebertplatz**

**Abschlußkundgebung: ca. 14.30 Uhr, Roncalliplatz**

# Bericht über das Februar-Plenum des ZK

Das ZK hat am letzten Wochenende noch einmal über den Entwurf für ein neues Parteiprogramm diskutiert. Nach eingehender Diskussion wurde einstimmig — bis auf einen abwesenden Genossen — ein Programmentwurf verabschiedet. Der Entwurf wird im „Kommunist", dem parteiinternen Organ der KPD, zusammen mit einer Stellungnahme zum jetzige Parteiprogramm veröffentlicht. Im April werden dazu Mitgliederversammlungen in der Partei stattfinden. Zusätzlich bietet das ZK in jedem Landesverband der Partei Diskussionsrunden für eine intensivere Auseinandersetzung über die Kritik des ZK am jetzigen Parteiprogramm an. Zu einem späteren Zeitpunkt — Ende Mai / Anfang Juni — wird der Entwurf des ZK für ein neues Parteiprogramm nach erneuter Beratung im Zentralkomitee im Roten Morgen veröffentlicht.

Das ZK diskutierte am letzten Wochenende ebenfalls über den Entwurf für ein neues Statut. Auch der Statutentwurf wurde einstimmig verabschiedet. Er wird ebenfalls im „Kommunist" veröffentlicht.

Das ZK diskutierte außerdem ausführlich über die politische Situation in der Partei. Die Ergebnisse dieser Diskussion werden in einer Stellungnahme des ZK zusammengefaßt, die im nächsten „Kommunist" veröffentlicht wird. Außerdem wir das ZK im Roten Morgen zu einzelnen Fragen Stellung nehmen, wie sie auf der Leserbriefseite u.a. in Kritik an den Thesen des ZK (s. RM 51/84) aufgeworfen werden. Ein erneutes Meinungsbild über diese Thesen im ZK ergab, daß diese Thesen mit einer Ausnahme vom gesamten ZK unterstützt werden.

# Mitwisser: Schutz vor Strafe?

**Der Wattenscheider Textilgroßkapitalist Steilmann hat die Rolle übernommen, den seit Wochen vorbereiteten Gegenstoß gegen Anklagen wegen Steuerbetrugs in der Öffentlichkeit vorzutragen und Kurt Biedenkopf, immer noch Vordenker der NRW-CDU hat diesen Vorstoß sofort aufgenommen.**

Zuerst erschien es manchem noch als Komik: In seinem Prozeß forderte Steilmann das Geld, das er an die CDU bezahlt hatte, zurück mit der Begründung, sie habe ihn übertölpelt und im Regen stehen lassen. Rund 170000 Mark hatte Steilmann in der zweiten Hälfte der 70er Jahre gespendet. Und zwar an das „Seminar für Sozial- und staatspolitische Bildungsarbeit der christlichen Arbeitnehmerschaft" in Köln.

Diese Organisation hatte bereits drei Jahe vor der ersten Steilmann-„Spende" dem Kölner Finanzamt mitgeteilt, daß es Spendenmittel zur Bezahlung sogenannter Sozialsekretäre an die CDU/NRW abführe. Sowohl damals als auch noch zwei weitere Male in folgenden Jahren hat dieses Finanzamt Köln dem „Seminar" die steuerrechtliche Korrektheit dieser Vorgehensweise bescheinigt.

Mit diesen Dokumenten in der Hand ist es nicht mehr besonders überraschend, daß trotz Steilmanns „Geld-zurück"-Forderung an die CDU er und der westfälsiche CDU-Vorsitzende Biedenkopf weiterhin in trauter Freundschaft an die Öffentlichkeit traten. Denn Biedenkopf konnte die Steilmann-„Kritik" als Vorlage aufnehmen. Nicht er und seine Partei, sondern eben das Finanzamt Köln sei es gewesen, das andere übertölpelt hadies auch zur Unterstreichung haben in bester Absicht gehandelt, das Finanzamt hat sie bestätigt, also kann man sie jetzt nicht bestrafen.

Das ist der erste konkrete Ausfluß, der seit Wochen organisierten Kampagne in den Medien, mit der eben dieses Argument verbreitet wurde: Die Finanzämter hätten früher handeln müssen und nicht gar noch zustimmen, wenn wirklich etwas Ungesetzliches an den ganzen Vorgängen dran gewesen wäre.

Dabei ist diese Argumentation ebenso spitzfindig wie verlogen. Erstens ist es eine Tatsache, daß in der Regel die Finanzämter nur über einen Ausschnitt des ganzen Ausmaßes des betrügerischen Vorgehens der Kapitalisten und ihrer Parteien erfahren konnten, da zur Verdeckung oft ein ganzes Netz von Spurenverwischung aufgebaut wurde. Zweitens ist es eine Tatsache, daß in verschiedenen Fällen absolut gesichert bekannt ist, daß Finanzbeamte, die solchen Verdachtsmomenten nachgehen wollten, von ihren Vorgesetzten (bis einschließlich beispielsweise dem Finanzminister von Rheinland-Pfalz) daran gehindert wurden.

Schließlich: Selbst wenn die Finanzämter den Betrug gebilligt haben — diese Mitwisserschaft führt noch lange nicht zur Vorstellung, daß deshalb die Täter unschuldig seien. Weit eher führen normale Überlegungen dazu, die Frage aufzustellen, warum dann nicht auch entsprechende Chefs von Finanzbehörden zur Verantwortung gezogen werden.

# Ein Gastgeschenk von Weizsäcker

*Wenn hohe Bonner Politiker auf Reisen gehen, Staatsbesuche machen, dann kann man mittlerweile fest davon ausgehen, daß der Erfolg dieser Reisen nach der Anzahl der verkauften AKWs gewertet wird. Wobei „verkaufen" eigentlich nicht der richtige Ausdruck ist. Denn meist werden mit der Auftragserteilung gleich auch enorme Kreditsummen angefordert. Denn die meisten Staaten, die westdeutsche AKWs ordern, können diese gar nicht bezahlen.*

*Den neuesten Verkaufserfolg landete Bundespräsident Weizsäcker bei seiner Nahostreise in Ägypten. Dort wetteiferten seit langem französische, westdeutsche und nordamerikanische Anbieter um Aufträge für Atomkraftwerke. Der Bundespräsident brachte nun ein Gastgeschenk mit: dem bankrotten und verschuldeten Ägypten wurde eine bundesdeutsche Exportbürgschaft versprochen, die 2/3 der Bausumme absichert. Das sind immerhin 2,6 Milliarden, der insgesamt 3,5 Milliarden Gesamtbaukosten. Die auf Atomstrom setzenden Ägypter können fast gar nicht mehr anders, als dem westdeutschen Anbieter — der Siemens-Tochter KWU — den Auftrag zu erteilen. Und KWU könnte sorglos zu bauen beginnen.*

*Sorglos ist allerdings nicht die ägyptische Opposition. Die Presse läuft Sturm gegen das Projekt, Gründe dagegen gibt es auch genug. Nicht nur die prekäre Lage der Staatsfinanzen spricht gegen den Kraftwerksbau, in Ägypten ist das Entsorgungsproblem völlig ungelöst, und die Gefahren des 1000-Megawatt-Druckwasser-Reaktors, der nur 160 Kilometer von der zweitgrößten Stadt des Landes —, Alexandria mit vier Millionen Einwohnern — gebaut werden soll, kennt niemand genau.*

*Der Standort des geplanten AKWs hat übrigens eine interessante Geschichte. Von Ägypten beauftragte und von Bonn bezahlte Techniker haben hier jahrelang ein Energiegewinnungsprojekt geplant. Der Standort ist die Kattara-Senke, deren tiefster Punkt 130 Meter unter der Meeresoberfläche gelegen ist. Die Entfernung von nur 80 Kilometern zur Mittelmeerküste sollte genutzt werden, um ein so simpel wie einleuchtendes Projekt zu realisieren. Man leitet das Wasser vom Meer in die Senke (wo es verdunsten würde) und die Turbinen auf der Gefällestrecke könnten dreimal mehr Energie liefern, als das gesamte Assuan-Staudammprojekt, nämlich 6800 Megawatt — fast siebenmal soviel wie das AKW. Nach dem Besuch des Ägyptischen Staatspräsidenten Mubarak in Bonn und vor dem Besuch des Bundespräsidenten in Kairo wurde das Projekt beerdigt. Wegen angeblich unabsehbarer Umweltfolgen. Mubarak: „Wir haben beschlossen, das Programm Kattara-Senke nicht mehr weiter zu verfolgen, wir konzentrieren uns jetzt ganz auf die Nuklearenergie".*

**Impressum**

**Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD**

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 300526. Postscheckkonto Nr. 79600-461. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321000290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: (0231) 433691 und 433692. Verantwortlichen Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck Montania-Druck, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen.

## Nach der Bundestagsdebatte

# Hupka und Czaja stoßen nach

**Nachdem am vergangenen Mittwoch der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Rühe eine im Ton ausgesprochen gemäßigte Rede zur Ostpolitik gehalten hatte, ließen es sich die CDU-Bundestagsabgeordneten Hupka und Czaja Ende letzter Woche nicht nehmen, nachzustoßen.**

Hupka wandte sich gegen alle Überlegungen, er solle lieber seine Ämter und Funktionen (einschließlich des Mandats) allmählich aufgeben und nutzte dies auch zur Untersteichung seiner revanchistischen Forderungen.

Noch viel ausführlicher nahm der Präsident des Bundes der „Vertriebenen", Herbert Czaja, Stellung. In einer offiziellen, vom BDV verbreiteten Stellungnahme kritisierte Czaja in der Bundestagsdebatte seien Äußerungen gefallen, die für das „deutsche Interesse" schädlich seien.

Dabei stütze er seine Aussagen, wie bereits Hupka in seinem Brief im Anschluß an die „Schlesier-Motto"-Debatte, eben keineswegs nur auf Positionen der sogenannten Vertriebenenverbände.

Czaja stützt seine revanchistische Argumentation mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 1973, auf das Grundgesetz und auch auf die Ausführungen der Regierung Brandt/Scheel.

Danach, so Czaja, seien die „Ostgebiete" keineswegs aus der Zugehörigkeit zu Deutschland entlassen und fremder Souveräntität nicht endgültig unterstellt. Polen sei als Staat souverän, habe aber nicht die territoriale Souveränität in diesen Gebieten, diese sei bis zur friedensvertraglichen Regelung offen. Gegen den bis dahin befristeten Besitz dürfe keine Gewalt angewendet werden. Er nahm damit vollinhaltlich die Argumentation eines Alfred Dregger auf (siehe RM 6/85). Der ausstehende Friedensvertrag als Deckmantel aller revanchistischen Bestrebungen — das ist die zentrale Achse der Argumentation der revanchistischen Kräfte, die auf die offiziellen Dokumente der ersten Jahre der „sozialliberalen Ostpolitik" aufbaut.

Neben den verschiedenen taktischen Varianten und Geplänkeln innerhalb von CDU und CSU und der immer wieder zutage tretenden aggressiven Mobilisierung innerhalb der Verbände (die in der letzten Woche in einer ganzen Reihe von Morddrohungen gegen einen FDP-Abgeordneten deutlich wurde, der gefordert hatte, friedvollere Personen als Czaja und Hupka sollten Vorsitzende der „Vertriebenen" werden) muß man ebenfalls unterstreichen, wie heuchlerisch die Empörung von Leuten wie Jochen Vogel ist. So gut wie viele andere weiß er, daß die Brandtsche neue Ostpolitik eben gerade vermieden hat, im absoluten Klartext endgültigen Verzicht zu leisten, sondern die jetzt so oft geöffneten Hintertüren damals bewußt eingebaut wurden. Dokumente wie der „Brief zur deutschen Einheit" aus der damaligen Zeit zeigen dies sehr deutlich. Der Rückzug auf die juristischen Ergebnisse der damaligen Politik als Ausgangspunkt dazu, eine Front gegen revanchistische Mobilisierung muß auf Dauer wegen dieser Sachlage untauglich bleiben, auch wenn es im politischen Verständnis breiterer Teile der Öffentlichkeit anders aufgefaßt worden war und wird.

Eine solche Basis können nur eindeutige Forderungen sein, wie die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, der Endgültigkeit polnischer Grenzen usw. — politische Forderungen, die sich nicht mit juristischen Formeln (die aus politischen Absichten heraus geschaffen wurden und keine Naturgewalt sind, wie heute oft getan wird) aushebeln lassen.

# Noch mehr Geld für Lambsdorff?

**Einen erneuten Antrag auf Erstattung von Anwaltskosten aus der Bundeskasse hat Otto Graf Lambsdorff gestellt. 50000 DM sollen es diesmal werden, bisher hatte er bereits 140000 DM erhalten. Der Bundesrechnungshof, der auf Antrag der Grünen geprüft hatte, ob es bei diesen Zahlungen an drei Exminister mit rechten Dingen zugegangen sei, hatte in der letzten Woche eine Untersuchung veröffentlicht, nach der diese Bezahlung ohne rechtliche Grundlage vorgenommen worden sei.**

Neben Lambsdorff hatten auch die SPD-Exminister Lahnstein und Matthöfer, beide zu ihrer Zeit Finanzminister, sich Anwaltskosten erstatten lassen — jeweils im Zusammenhang mit der Flick-Affäre. Sie hatten zwar weitaus geringere Summen aus der Staatskasse bekommen, aber in dem Bericht des Bundesrechnungshofes wird das Problem prinzipiell behandelt.

Der Bericht zeigt vor allem auf, daß diese Vorgehensweise bei Erstattungsanträgen im Juli 82 extra für diese Affäre neu eingeführt wurde und von der Wenderegierung bestätigt wurde. Wie auch bereits von Regierungsseite betont wurde, auch die jetzt geforderten 50000 DM solle der adlige Flick-Freund bekommen.

Damals, im Juli 82, war, unter Kanzler Schmidt, nicht nur beschlossen worden, künftig auch frei vereinbarte Honorare der Herren Minister voll zu bezahlen, sondern auch, daß ab sofort, „im Vorgriff" so verfahren werden sollte.

Der entsprechende Erlaß ging allerdings nur an die betroffenen Ministerien, das Finanz- und das Wirtschaftsministerium selbst, sowie ans Kanzleramt. Ein echter „Coup", ganz im Sinne auch von Schmidts Nachfolger als Kanzler.

Dementsprechend auch die Reaktionen im Haushaltsausschuß, vor dem die Grünen in der letzten Woche zu dem Bericht des Rechnungshofes Stellung genommen hatten. Die Forderung der Grünen, die Minister sollten das zuviel bezogene Geld wieder zurückzahlen, wurde abgelehnt. Und das in großer Koalition aller anderen Parteien, auch die anwesenden Sozialdemokraten stimmten nicht für diesen Antrag.

Der Ausschuß beschloß „das Gutachten zur Kenntnis zu nehmen". Fertig — aus.

Und dies eben zur selben Zeit, da die Anklageschrift gegen Lambsdorff bekannt wird, in der ihm vorgeworfen wird, daß er insgesamt 1,1 Millionen Mark für die FDP „schwarz beschafft" habe. Allein bei Flicks von Brauchitsch, seine sonstigen Gönner aus dem Großkapital noch nicht einberechnet, von persönlichem Gewinn ganz zu schweigen.

Die schützende Hand, die da mit Steuergeld über den Manager der Flick-Steuerbefreiung gehalten wird, hätte sich vor Monaten noch nicht so öffentlich zeigen dürfen. Aber je mehr die SPD durch eigene Verwicklung und der Staatsräson (über alles) kalte Füße bekommt, desto mehr zeigt die politische Offensive der gekauften Politiker an Wirkung. Daß die SPD-Abgeordneten noch nicht einmal gegen unrechtmäßiges Geld für Lambsdorff, Lahnstein und Matthöfer stimmten, ist hiervon nur ein trauriger Höhepunkt. Eine Entwicklung, die von einem Gespräch zwischen Franz Josef Strauß (der sich stets als Hauptinteressierter an einer möglichst schnellen Beendigung der ganzen Sache gezeigt hat) und Willy Brandt eingeleitet worden war.

## In seiner Trauerrede

# Strauß — mal wieder ohne Kreide

**Die Trauerrede für den Rüstungsindustriellen Zimmermann nahm Franz Josef Strauß als Anlaß, nach längerer Zeit einmal wieder deutlich seine politischen Absichten darzulegen.**

Das Attentat auf Zimmermann zeige, so Strauß, wie überflüssig es sei, bei polizeilichen und juristischen Maßnahmen „gegen den Terrorismus" auf eine Gefahr der „Überreaktion" des Staates hinzuweisen.

Diese liberale Art der Kritik an alten CSU-Forderungen (von denen sie im deutschen Herbst 1977 im Bündnis mit der Schmidt-Regierung ja einiges durchsetzen konnte) führe eben nur zu neuen Attentaten, so Strauß. Deshalb müsse nun endlich, da es eine andere Regierung in Bonn gäbe, mit solchen Bedenken und Einwänden Schluß gemacht werden.

In diesem Zusammenhang stehen aktuelle Vorstöße von CSU und CDU in bezug auf die Ablehnung des Kompromisses mit der FDP über das Demonstrationsstrafrecht und auch in bezug auf den Datenschutz (nach dem Polizeistaatsmotto „Datenschutz ist Tatenschutz").

Zwar führte er in seiner Trauerrede keine persönliche Polemik. Aber er macht einmal mehr deutlich, daß er vor allem das Justizministerium bei Engelhard in den falschen weil inkonsequenten Händen findet. Seine Forderung war ebenso einfach wie klar: Alle Bedenken auf die Seite wischen und die Forderungen eines Mannes wie BKA-Chef Heinrich Boge einfach erfüllen.

Strauß also einmal mehr als faschistoider „law-and-order"-Prediger, wie er von jeher bekannt war, nur eben in letzter Zeit doch etwas in den Hintergrund getreten. Wenn nötig, so war dies ein weiterer Beweis dafür, daß eine Veränderung seiner politischen Aussagen und Ziele immer nur taktischer Art ist, daß er aber ansonsten zielstrebig und geduldig dafür arbeitet, mehr systematische politische Unterdrückung zu organisieren.

Denn die Vorstellungen des BKA-Chefs beispielsweise sind von einem echten Polizeistaat wahrlich nicht weit entfernt. Und so nutzte eben Strauß — fast als einziger — die Konjunktur zu einem solchen politischen Ausfall.

# Statt Wahlkampfschau — Stoppt den Arbeitsplatzabbau!

**Im März wird in Westberlin gewählt. Im Wahlkampf brüstet sich die CDU damit, durch Neuansiedlung von Betrieben Arbeitsplätze geschaffen zu haben. Die zwei Berichte auf dieser Seite — über AEG und Nixdorf — zeigen, was es mit dem Aufschwung nach Berliner Art auf sich hat.**

### AEG/Marienfelde

## Protest von AEG-Kollegen und Arbeitslosen

Gefeiert werden sollte am 7. Februar die Einweihung der neuen AEG-Fabriken in Marienfelde und Spandau. In Szene gesetzt werden sollte das als CDU-Wahlkampfschau. Gekommen aber waren nicht nur die vom AEG-Vorstand Dürr geladenen Gäste wie Diepgen und Pierroth und andere, sondern auch entlassene ehemalige AEG-Kollegen, gewerkschaftliche Vertrauensleute, Arbeitslose. Ihre Forderung: Statt Wahlkampfschau — Stoppt den Arbeitsplatzabbau!

Bereits um sechs Uhr früh entfalteten Kolleginnen und Kollegen vor dem Werkstor des Marienfelder Betriebes ein rotes Transparent mit dieser Forderung. Sie verteilten ein Flugblatt, in dem dargelegt wurde, daß AEG in Westberlin 3488 Arbeiter und Angestellte entlassen hat, daß im neuen Werk Marienfelde die Entlassung von 30 Angestellten unmittelbar bevorsteht und daß im neuen Spandauer Werk seit Frühjahr 1984 kurzgearbeitet wird.

Während der Einweihungsfeier in der Werkhalle protestierten Gewerkschafter und Belegschaftsvertreter gegen den CDU-Wahlkampfrummel, an dem auch nur eine Minderheit der Marienfelder Belegschaft teilnahm. Während der Reden von AEG-Chef Dürr und des Westberliner regierenden Bürgermeisters Diepgen bliesen die Kolleginnen und Kollegen schnell paltzende Seifenblasen in die Luft, was sich als dem Inhalt der Reden durchaus angemessen herausstellte. Zahlreiche Protestschilder beeinträchtigten den werbewirksamen Gesamteindruck der Veranstaltung doch erheblich.

Immerhin sah sich Diepgen gezwungen, von seinem Redemanuskript abzuweichen, um über angebliche falsche Informationen auf den verteilten Flugblättern zu lamentieren.

Während drinnen die Jubelfeier noch lief, versammelten sich vor dem Tor entlassene AEG-Kollegen, Kollegen verschiedener Berliner Betriebe und Vertreter von Arbeitsloseninitiativen zu einer Protestkundbegung. Norbert Jurek, ehemaliger Betriebsrat des stillgelegten AEG-Werkes Brunnenstraße, ging in seiner Rede auf die Arbeitsplatzvernichtung durch AEG und die Rolle des Westberliner Senates ein. Seine Rede drucken wir auf dieser Seite im Wortlaut ab.

Auf der Kundgebung sprach außerdem ein Kollege vom Solidaritätskomitee für die drei entlassenen BMW-Gewerkschafter und der BR-Vorsitzende von AEG-Marienfelde. Er sagte u.a.: „Ist es nicht vielmehr so, daß der Senat neben AEG und Siemens der größte Arbeitsplatzvernichter, nämlich im öffentlichen Dienst war? Wir rufen alle Arbeitnehmer dieser Stadt auf: Solidarisiert euch mit den Arbeitslosen, verweigert Überstunden und Mehrarbeit! Kämpfen wir gemeinsam für Arbeitszeitverkürzung — nur so schaffen wir mehr Arbeitsplätze für die Arbeislosen."

### Rede von Norbert Jurek, ehemaliger Betriebsrat von AEG/Brunnenstr.

## *„Da steht man fassungslos davor"*

*Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, angesichts der Einweihungsfeier bei AEG-Telefunken, die ja im Grunde nichts anderes ist als eine Wahlkampfveranstaltung der CDU, ist es notwendig geworden, daß diejenigen sich zu Wort melden, die bei dieser Firma ihren Arbeitsplatz verloren haben.*

*Der Vorstand von AEG-Telefunken und der Senat von Berlin wagen es zu feiern, daß im Zuge der Stillegung der AEG-Brunnenstraße und des Aufbaus der beiden neuen AEG-Werke in Berlin an die 2600 Menschen ihre Arbeitsplatz verloren haben.*

*Ich möchte nur daran erinnern, daß die Stillegung der AEG-Brunnenstraße zum größten Teil eine Verlagerung gewesen ist. Zwei Werke zogen innerhalb Berlins um. Die anderen beiden Werke wurden teilweise nach Bremen, nach Essen und nach Spanien verlagert. Das gesamte Produktionsprogramm der Großmaschinenfabrik wurde von AEG-Kanis in Essen un der Tochter LDW in Bremen übernommen. In Essen wurde extra eine neue Werkhalle gebaut.*

*Immer wieder geisterte durch die Presse, daß von der AEG in Marienfelde und in der Nonnendammallee neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das einzige, was neu daran ist, ist der Standott, die Baumaterialien und die Gegenstände, die eigens für diese Einweihungsfeier gekauft wurden.*

*Dieses Täuschungsmanöver kostete den Steuerzahler aber etliche Millionen Mark.*

*Es war der Herr Pieroth, der damals bei der Grundsteinlegung sagte, daß der AEG von seiten des Senats nichts geschenkt wird. Die Wahrheit ist, daß durch die Geschenke des Senats die Stillegung der Brunnenstraße letztendlich besiegelt wurde. Der CDU-Senat kaufte das Grundstück Brunnenstraße und andere AEG-Grundstücke auf. Der CDU-Senat stellt der AEG zwei neue Grundstücke im Wege des Erbbaurechts zur Verfügung. Der CDU-Senat greift der AEG bei der Rückzahlung der selbstverständlich zinsverbilligten Kredite für die Neubauten freundlich unter die Arme.*

*Ab 1985, also ab diesem Jahr, zahlt der Senat jährlich 3,3 Millionen DM für die Rückzahlung der Kredite dazu, bis zu einer Höhe von insgesamt 30 Mio DM. Wenn man aber denkt, daß AEG diese Summe an den Senat zurückzahlen muß, so hat man weit gefehlt. Von diesen 30 Mio. DM braucht AEG nur ganze 8,5 Mio DM an den Senat zurückzuzahlen. 21,5 Mio DM werden ihr geschenkt. Dazu kommt dann noch die Investitionszulage in Höhe von 15 Prozent der Investitionen.*

*Aber das ist ja erst der erste Teil der Steuermittelverschwendung. Das Grundstück in der Brunnenstraße verschlingt ja noch weitere Millionen. Der Senat mach das Grundstück in der Brunnenstraße baureif für die anderen Firmen. Das Senatsprojekt „Technologie- und Industriepark" in der Brunnenstraße soll 83,5 Millionen DM kosten.*

*Nixdorf will im ersten Bauabschnitt 100 Mio von insgesamt 300 Mio DM investieren. Über die Finanzierungsbedingungen ist nichts bekannt. Wenn sie so ähnlich sind wie bei der AEG, ist das ein Geschäft für Nixdorf. Auf jeden Fall bekommt er 15 bzw. 25 Prozent Investitionszulage. Und außerdem hat Nixdorf ja die Bedingung gestellt, daß eine direkte Flugverbindung von Berlin nach Paderborn hergestellt werden muß. Dafür werden aber erst mal nur 600 Arbeitsplätze geschaffen. Weiter, für eine Kabelstation auf dem Gelände der Brunnenstraße sollen 10 Mio DM aufgewendet werden. Sogar die EG, die Europäische Gemeinschaft, will 40,8 Mio DM für das Gelände Brunnenstraße zuschießen.*

*Da steht man fassungslos davor und kann nur noch staunen. Damals, als die AEG Brunnenstraße geschlossen wurde, war kein Geld für die Erhaltung der Arbeitsplätze da. Und jetzt fließen und sprudeln die Geldquellen, daß es eine wahre Pracht ist.*

*Mit einem Wort, mit der Stillegung der Brunnenstraße und dem Abbau von 2600 Arbeitsplätzen werden auf Kosten des Steuerzahlers Millionengeschäfte gemacht. Für bestimmte Leute ist das natürlich ein Grund zum Feiern, aber nicht für uns und für die Mehrheit der Bürger in dieser Stadt.*

# Nixdorf — ein Musterkonzern mal von innen betrachtet

Am 6. November wurde auf dem ehemaligen AEG-Gelände der Berliner Brunnenstraße feierlich der Grundstein für ein neues Berliner Werk des Computerkonzerns Nixdorf gelegt. Die junge Firma mit dem legendären Aufschwung — innerhalb von drei Jahrzehnten vom „Ein-Mann-Betrieb" zum Weltkonzern mit knapp 20000 Beschäftigten und über 3 Mrd. DM Jahresumsatz — genießt das Wohlwollen der öffentlichen Meinung. Der Berliner Senat und fast die gesamte Presse der Stadt sind des Lobes voll über die erhofften 6000(!) Berliner Arbeitspläte, die guten Sozialleistungen, den hohen Ausbildungsstand dieses Unternehmens.

Interviews mit Heinz Nixdorf und dem Berliner Geschäftsleiter Gerhard Lüdtke bestätigen dieses Bild. Nicht zu Wort kommen in der Regel die Beschäftigten der Produktion von Nixdorf. Wie erleben sie, die den hohen Umsatz und Gewinn ihres Arbeitgebers erarbeiten, den Alltag in der Fabrik?

**„Nixdorf ist für Anlagen ein begehrtes Papier" — äußerte unlängst der Chef der Deutschen Bank. Warum? Ganz einfach: der Umsatz ist von 1973—84 um über 700 Prozent gestiegen. Die Pro-Kopf-Leistung hat sich mehr als verdreifacht. Mit welchen Methoden Nixdorf in Berlin die Ausbeutung verschärft — darauf wirft folgender Artikel einer Westberliner Kollegin, der auszugsweise bereits in der „taz" und der SEW-Zeitung „Wahrheit" veröffentlicht worden ist, ein bezeichnendes Licht.**

### Gerücht Nr. 1: Die hohen Löhne — und wie sie zustandekommen

In der Kreuzberger Produktionsstätte am Moritzplatz sind von ca. 720 Beschäftigten etwa 2/3 Frauen. Fast alle ohne fachspezifischen Abschluß arbeiten sie an sogenannten unqualifizierten Arbeitsplätzen mit Prämienlohn. Durch das leistungsbezogene Prämiensystem muß jede Frau jede Minute ihrer Tätigkeit auf einem Prämienzettel nachweisen. Schon allein das kostet Zeit und Nerven, vertut man sich doch leicht dabei und muß sich dann mit fehlenden oder zu vielen abzurechnenden Minuten quälen. Der bisherige Grundlohn beträgt 1646 DM brutto. Dazu kommt abhängig von der individuellen Leistung und der Art der Arbeit die Leistungsprämie. Wiederum abhängig von dieser und einer 100%igen Anwesenheit im Betrieb ist die „Zusatzprämie". Letztere macht bis zu 340 DM aus und wird üblicherweise bei Krankheit und ab 1 Stunde Zuspätkommen ersatzlos gestrichen. Man bedenke, was dies für arbeitende Mütter vor allem alleinstehende — für einen Druck bedeutet.

Im Oktober 84 hat das Arbeitsgericht Berlin festgestellt, daß Nixdorf die Zusatzprämie bei Krankheit im Sinne der Lohnfortzahlung gewähren muß. Zweifellos ein Erfolg der wenigen gewerkschaftlich Aktiven im Betrieb! Die Geschäftsleitung versucht durch ihre Drohung, diese Prämie zu streichen, diesen Erfolg zunichte zu machen. Dagegen besteht natürlich die Möglichkeit, Klage zu erheben.

### Gerücht Nr. 2: gute, büroähnliche Arbeitsatmosphäre und saubere, leichte Arbeit!

Obwohl die Anforderungen an Konzentration, Ausdauer, Sehvermögen, Exaktheit und Schnelligkeit sehr hoch sind und teilweise der an Facharbeiter entsprechen, wir die Tätigkeit der Frauen als „leichte" bewertet. Die Arbeiterinnen bei Nixdorf unterliegen einer **perfekten Kontrolle.**

Kontrolliert wird, wie oft man die Toilette aufsucht, es gibt schriftliche Abmahnungen für Händewaschen und Einpacken vor Arbeitsschluß, Privattelefongespräche von außerhalb werden nur bei äußerster Dringlichkeit und Angabe von Gründen (!) weitergeleitet. Die Arbeitsvorbereitung (Auspakken des Werkzeugs usw.) muß vor Arbeitsbeginn — natürlich unbezahlt — stattfinden. Wer dreimal „nur" eine Minute vor dem Heulton der Sirene stempelt, bekommt 1/4 Stunde abgezogen und kann bisher so der Zusatzprämie verlustig gehen. 8 1/4 Stunden täglich darf ausschließlich produziert werden: keine Kommunikation, kein Händewaschen, kein Telefongespräch, keine Frühstücksbestellung, kein Aufhalten in anderen Abteilungen.

Der Geschäftsführer, Herr Lüdtke, Träger des Bundesverdienstkreuzes anläßlich seines Einsatzes für Behinderte, läßt behinderte Kollegen — der Prozentsatz bei Nixdorf ist überdurchschnittlich hoch — bei Krankheit abmahnen und mit Kündigung bedrohen. Die Frage drängt sich auf, ob die relativ große Zahl dieser Kolleginnen und Kollegen aus sozialen Gründen oder wegen der besonders billigen und willigen Arbeitskraft eingesetzt wird. —

Die Fluktuation ist hoch. Trotz der hohen Arbeitslosigkeit verläßt 1/4 der Belegschaft jährlich die Firma. Wie das, wo dieses Unternehmern sich doch so großzügig und sozial gibt?

### Nixdorfs Verhältnis zur gewerkschaftlichen Interessenvertretung

Heinz Nixdorf, Träger der „goldenen Medaille der Ludwig-Erhard-Stiftung" für seine „Verdienste um die soziale Marktwirtschaft" hält nicht eben viel von den Rechten seiner Belegschaft. In einem Schreiben an die Kollegen wurde die Drohung ausgesprochen, bei einer Arbeitszeitverkürzung mit Lohnkürzungen und Streichung von Sozialleistungen zu antworten. In Berlin-Kreuzberg wurde in einem Schreiben vom 20. Dez. 84 gedroht, im Falle einer Arbeitszeitverkürzung die übertarifliche Zulage je Stunde Verkürzung um 2,5 Prozent zu reduzieren ... (liegt der Red. vor). Die IG Metall machte bereits eine Flugblattaktion zu diesem Vorgehen.

Am Moritzplatz wird eine sehr wirkungsvolle Strategie nach Motto: „Alles was sich regt, fliegt raus" umgesetzt. In einem Werk, wo es schon Mut erfordert, zu seiner Gewerkschaftsmitgliedschaft zu stehen, wurde eine gewerkschaftlich aktive Vertrauensfrau und Auszubildende trotz Kollegenprotest 1980 nach der ersten Ausbildungsstufe gekündigt, ein aktiver Jugendvertreter nicht in die zweite Ausbildungsstufe übernommen — beide wegen „verhaltensbedingter" Gründe. Kollegen und Kolleginnen, die sich beschweren, werden willkürlich innerbetrieblich versetzt, Kollegen werden in sogenannten Mitarbeitergesprächen mit der Geschäftsleitung zu Denunziationen aufgefordert.

Vorarbeiter- und Arbeilungsleiterlisten zu den alle naselang neu erforderlichen Betriebsratswahlen (z.B. drei innerhalb zwei Jahren!) beeinflussen die Vertretungsmöglichkeiten der Belegschaft massiv. Bei Einstellungen, Entlassungen, Versetzungen und Überstunden wird der Betriebsrat nur sehr sporadisch eingeschaltet.

Als vorläufig letzter Höhepunkt wurde eine junge gewerkschaftlich aktive Kollegin (Ersatzmitglied des Betriebsrates) wegen angeblicher Lohnmanipulation — Streitwert: 4,55 DM — fristlos gekündigt. Sie hatte sich beim Ausfüllen der vielen Einzelposten auf ihrem Prämienzettel vertan.

Das Arbeitsgericht hob die willkürliche Kündigung am 9.1.85 im dicht besetzten Verhandlungssaal auf. Der Richter: Wenn die Kolleginnen neben ihrer Arbeit auch noch die gesamte Buchhaltung bewältigen müssen (mind. alle 7 Min. die bearbeitete Leiterplatte mit Nr. und Namen aufschreiben), sind Fehler unvermeidlich. Die Kollegin hätte an führender Stelle für den im Februar mal wieder neu zu wählenden Betriebsrat kandidiert ...

Noch ist sie nicht wieder im Betrieb, obwohl das Urteil auf sofortige Wiedereinstellung lautet. Es ist noch offen, wie weit Nixdorf gehen wird, um sich die unbequeme Kollegin fernzuhalten.

### ... aber immerhin schafft Nixdorf doch Tausende neuer Arbeitsplätze? ...

Die Selbstherrlichkeit des Herrn Lüdtke geht so weit, daß er die viel zu hoch angesetzten Erwartunen auf 6000 neue Arbeitsplätze in Berlin (bislang übrigens schon mal auf die Hälfte reduziert) in einem Interview gegenüber der „Tageszeitung" (taz vom 6.11.84) mit folgender Begründung dämpft:

Das größte Problem sei es, zuverlänssige Mitarbeiter in den unqualifizierten Berufen zu bekommen. Es gebe bei diesen „abnormal hohe Abwesenheitszeiten". Ursache dafür sei das durch das Freizeitverhalten in einer Großstadt wie Berlin geminderte „Bewußtsein zur Arbeitsplatzausfüllung". Weil auch die Bereitschaft zur innerbetrieblichen Arbeitsplatzanpassung fehle, sei die „Berliner Arbeitnehmerschaft nicht in der Lage, die Anforderungen zu erfüllen", die Nixdorf stelle. — Zur Strafe für die faulen Arbeitnehmer gibt es also doch nicht so viele Arbeitsplätze wie versprochen ...

Wann wird es soweit sein, daß Nixdorf seine Untergebenen nicht nur 8 1/4 Stunden täglich, sondern rund um die Uhr zu kontrollieren versucht?

Im Februar 85 finden wieder Betriebsratswahlen statt. Es bleibt zu hoffen, daß die nur noch wenigen Kolleginnen und Kollegen, die sich nicht den Mund verbieten lassen, Gehör finden und daß die entlassene Kollegin unter ihnen ist.

## IGM fordert: Beschäftigungsplan statt Sozialplan

# Grundig: 8 600 Entlassungen?

**In der Ausgabe vom 25. Januar berichteten wir über drohende Massenentlassungen bei Grundig. Gestützt auf Presseberichte nannten wir die Zahl von 5000 drohenden Entlassungen. Inzwischen geht die IG Metall davon aus, daß noch 1985 7000 Kolleginnen und Kollegen die Kündigung erhalten sollen. Das Nürnberger Stadtmagazin „Plärrer“ hat in seiner Februar-Ausgabe Auszüge des Protokolls einer gemeinsamen Sitzung von Vertretern der Grundig-Geschäftsleitung mit dem Wirtschaftsausschuß des Betriebsrats veröffentlicht.**

Dieses Protokoll bestätigt nicht nur, daß noch 1985 7000 Entlassungen durchgeführt werden sollen. Aus ihm geht darüber hinaus hervor, daß bis 1987 die Konzernleitung schon jetzt weitere 1600 Entlassungen einplant.

Das Rationalisierungskonzept beruht auf einer Analyse der berüchtigten Rationalisierungsexperten von McKinsey. Laut McKinsey wurde in den letzten Jahren ein Verlust von 700 Millionen Mark gemacht. Im Protokoll der Sitzung des Wirtschaftsausschusses heißt es:

*„Vor diesem Hintergrund wurde von den McKinsey-Leuten auch die Frage untersucht, ob das Unternehmen Grundig aufgrund dieser wirtschaftlichen Lage überhaupt noch sanierungswürdig sei. Diese Frage konnte nicht von allen Mitgliedern dieser Beraterrunde mit Ja beantwortet werden.“*

Der Philips-Konzern, der Anfang des Jahres die Aktienmehrheit der Grundig AG von Max Grundig gekauft hat, hat aber nun auf „schnellstmögliche Durchführung der Sanierungsprojekte“ entschieden. Das von den McKinsey-Experten entwikkelte „Sanierungsprojekt“ sieht insgesamt 11 Projektfelder mit über 80 Teilvorhaben vor. Dazu gehört etwa die Schließung von einem großen Fernsehwerk, da die Auslastung in den vier Grundig-Fernsehwerken nur bei durchschnittlich 69 Prozent liegt. Dazu gehört Abbau der Typenvielfalt und Umstellung der Produktion auf rentablere Produkte.

Dazu gehört aber eben vor allem das Projektfeld 4: „kurzfristige Personalanpassung“.




Unmittelbar bedeutet das, daß 30 Prozent aller „indirekt (also nicht unmittelbar in der Produktion) Beschäftigten“ von den Abteilungsleitern zur Entlassung an das Büro von Hermanus Koning, dem Grundig-Vorstandsvorsitzenden, gemeldet werden sollten. Stichtag: 31. Januar. Der Protokollant notierte dazu:

*„Mit welcher Härte, um nicht zu sagen Brutalität diese Maßnahme durchgeführt werden muß, macht die ergänzende Aussage deutlich, daß Vorgesetzte, die dabei nicht mitziehen, selbst mit Entlassung rechnen müssen. In solchen Fällen will Herr Koning aus der jeweiligen Personalliste — ohne Ansehen der Person — jeden dritten Beschäftigten selbst herausstreichen!“*

Nach dieser Methode sollen 3200 Sofortkündigungen durchgezogen werden. Das soll eine Kostenersparnis von rund 130 Millionen Mark bringen, also erst knapp ein Drittel der schnellstmöglich angestrebten „Ergebnisverbesserung von 400 bis 500 Millionen Mark“. Den Rest sollen eben die weiteren 3800 Entlassungen in 85 bringen und die zusätzlichen 1600 Entlassungen bis 1987.

*STERN: Trotzdem verkaufen Sie Ihre Firma für weniger als ein Milliarde, die Sie vor ein paar Jahren nicht für zwei Milliarden hergeben wollten.*
*GRUNDIG: Ist ihre Frage nicht ein zu großer Eingriff in die persönliche Freiheit des Unternehmers? Ich stöber' ja auch nicht in Ihren Taschen rum, was Sie wert sind.*
*STERN: Ich habe auch keine 30000 Mitarbeiter, die um ihre Jobs fürchten.*
*GRUNDIG: Hören Sie mal! Bei uns braucht keiner um seinen Job zu fürchten.*
Aus einem „STERN“-Interview im Frühjahr '84.

Die Geschäftsleitung versuchte, den Anschein zu erwekken, daß der Löwenanteil des Personalabbaus in den ausländischen Produktionsstätten vorgenommen werden würde. Inzwischen gibt es aber konkrete Zahlen für Werke in der Bundesrepublik. Demnach wird in Nürnberg mit 1000 Entlassungen gerechnet. In Fürth sollen 1200 ihren Arbeitsplatz bei Grundig verlieren. Nebenbei: den gegenwärtig 7939 offiziell registrierten Arbeitslosen in Fürth stehen 200 offene Stellen gegenüber. Im Grundig-Werk Vohenstrauß in der Oberpfalz sollen 128 der 309 Beschäftigten demnächst ihre Kündigung erhalten.

Die McKinsey-Experten haben der Grundig-Geschäftsleitung auch noch einen anderen Weg der Kostenersparnis zu Lasten der Belegschaft vorgeschlagen. Das Protokoll notiert, daß Grundig offenbar überlegt, *„ob den Mitarbeitern vielleicht bei noch größerem Druck der Angst vor der Arbeitslosigkeit nicht auch noch ein natürlich freiwilliges Lohnopfer in irgendeiner Form auferlegt werden kann.“*

So rücksichtslos die Kapitalseite bei Grundig gegen die Belegschaft vorgeht, so schwach erscheint derzeit die gewerkschaftliche Gegenwehr. In mehreren Werken haben Betriebsversammlungen stattgefunden. Im großen Saal des Nürnberger Gewerkschaftshauses fand Ende Januar eine Versammlung von Vertrauensleuten aus allen Grundig-Werken statt. Gefordert wird die Vernichtung der bereits angelegten Kündigungslisten. Die Erstellung eines Sozialplans wird abgelehnt. Dafür will man einen Beschäftigungsplan, an dessen Erstellung Politiker, Arbeitsverwaltung, Geschäftsleitung, Betriebsrat und IG Metall mitarbeiten sollen. Der Nürnberger IGM-Bevollmächtigte Gerd Lobboda erläuterte, daß ein solcher Beschäftigungsplan sich auf „drei Säulen stützen müßte: Konzentrierte Produktentwicklung, Prozeßinnovation sowie Qualifikationserweiterung und Umschulung der Beschäftigten“.

Dafür soll die Grundig-Geschäftsleitung die für die Umstrukturierung veranschlagten 250 Millionen Mark ausgeben. Dagegen wäre ja nichts einzuwenden. Man würde nur gerne etwas über Kampfmaßnahmen hören, die die Grundig-Geschäftsleitung bewegen könnten, von den teuer bezahlten McKinsey-Projekten abzugehen und den Beschäftigungsplan der IGM zu akzeptieren.

Auf die Finanzierungsfrage gibt es übrigens über die von der Geschäftsleitung für die Sanierung veranschlagten 250 Millionen hinaus noch weitere interessante Antworten: der Philips-Konzern hat im letzten Jahr einen ausgewiesenen Reingewinn von einer Milliarde niederländischer Gulden gemacht. Schließlich sollte man auch den Max Grundig nicht zu schnell in Vergessenheit geraten lassen: immerhin hat er vor knapp einem Jahr ungefähr die Summe als Kaufpreis kassiert, die jetzt bei Grundig als Verluste der letzten Jahre ermittelt wurden.

*128 der 309 Beschäftigten im Grundig-Werk Vohenstrauß warten auf den „blauen Brief“. Die von der Geschäftsleitung angeforderten Vorschlagslisten für die Entlassungen sind nach Fürth gegangen.*

*Betriebsrätin Gisela Schlögel: „Niemand weiß, wen es trifft. Jeder einzelne hat Angst, er ist dabei.“*

*Viele Leute können die Entlassungspläne noch gar nicht fassen. „Sie wissen nur, was bei einer Entlassung auf sie zukommt“, sagt Gisela Schlögel. „Bei einer Arbeitslosenquote von 22,2 Prozent in Vohenstrauß heißt das: Wer arbeitslos wird, bleibt arbeitslos.“*

## HBV-Skandal

# Unterschlagung aufgedeckt — gefeuert

Weil er die Korruptheit des ehemaligen geschäftsführenden Sekretärs der HBV in Nürnberg aufgedeckt hat, wird der HBV-Sekretär Fritz Weißmann vom Vorstand fristlos gefeuert. Seine Kündigungsschutzklage vor dem Arbeitsgericht wurde abgewiesen.

Zur Vorgeschichte: 15 Jahre war Heinz Adam HBV-Sekretär in Nürnberg. 15 Jahre fand eine Revision der Nürnberger HBV-Kasse durch den Bundesrevisor nicht statt. Schließlich wurde entdeckt, daß Adam runde 50000 Mark unterschlagen hatte. Adam hatte auch sonst erheblichen Geldbedarf. Die Noris-Bank (Quelle) gewährte ihm einen Kredit über 50000 Mark. Erstaunlich genug, da Adams keinerlei Sicherheiten bieten konnte, sondern im Gegenteil bereits mit 90000 Mark Konsumschulden in der Kreide stand. Noch erstaunlicher: die Noris-Bank räumte Adam einen extrem niedrigen Vorzungszinssatz ein, der normalerweise allenfalls verdienstvollen Mitarbeitern der Bank eingeräumt wird.

Der Noris-Betriebsrat stellte, nachdem er sich betriebsinterne Informationen besorgt hatte, jede Zusammenarbeit mit Adam ein.

HBV-Sekretär Weißmann hatte erheblich dazu beigetragen, die korrupten Machenschaften des Heinz Adam aufzudecken. Er informierte den HBV-Vorstand. Der hatte es aber nicht gerade eilig, die Vorfälle aufzuklären.

Fritz Weißmann wandte sich, als sich seitens des Vorstandes nichts rührte, an die Öffentlichkeit. Jetzt reagierte der HBV-Vorstand prompt. Kollege Weißmann wurde nach Auffassung des HBV-Vorstandes fristgerecht gekündigt. Ob diese Kündigung aber tatsächlich fristgerecht war, blieb juristisch umstritten und wurde nicht mehr geklärt, weil der HBV-Vorstand mit dieser ersten angeblichen fristgerechten Kündigung zugleich die Falle für die fristlose Kündigung stellte: Kollege Weißmann erhielt vom HBV-Vorstand ein schriftliches Schweigegebot. Als er trotzdem öffentlich Stellung nahm, schnappte die Falle zu und Fritz Weißmann erhielt die fristlose Kündigung. Diese fristlose Kündigung wurde von der HBV übrigens auf Anraten des Nürnberger Arbeitsrichters Roth ausgesprochen, als der Kündigungsschutzprozeß gegen die erste ordentliche Kündigung schlecht für die HBV auszugehen drohte.

In der Urteilsbegründung zur Ablehnung der Kündigungsschutzklage von Fritz Weißmann heißt es: „Weißmann hat dem Ansehen seines Arbeitgebers in der Öffentlichkeit geschadet.“

Rolf Wagner, Nachfolger von H. Adam als geschäftsführender HBV-Sekretär in Nürnberg, meinte zum Ausgang des Prozesses: „Auch Gewerkschaftssekretäre müssen zwischen persönlichen Ambitionen und Auffassungen unterscheiden, die von der Gesamtorganisation für richtig befunden werden.“

Wie soll man das verstehen? Daß Korruption und Unterschlagung eines hauptamtlichen Funktionärs aufgedeckt werden, ist die „persönliche Ambition“ des Fritz Weißmann?

Höchste Zeit, daß die Mitglieder der HBV deutlich machen, was tatsächlich Auffassung der Gesamtorganisation ist. Folgende Adressen bieten sich da an:

**HBV-Hauptvorstand, Teerstegenstr. 30, 4000 Düsseldorf 30**

**HBV Nürnberg, Kornmarkt 5—7, 8500 Nürnberg 1**

Zur Information an den Arbeitskreis für Transparenz in den Gewerkschaften und sinnvolle Verwendung von Beitragsgeldern, der unter folgender Adresse zu erreichen ist: **M. Pfeffer, c/o Nachbarschaftshaus Gostenhof, Adam-Klein-Straße 6, 8500 Nürnberg 80.**

# Sonnabendarbeit und Schichten auf HDW? — NEIN!

„Frischer Wind“, die Zeitung der KPD für HDW/Hamburg, setzt sich in ihrer letzten Ausgabe mit der Lage im Kampf um die Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche auseinander.

Demnach lassen sich folgende Absichten des HDW-Vorstandes vermuten: „Anstatt in der Regel von 7.30 bis 16.00 Uhr von Montag bis Freitag (bzw. nach Einführung der 38,5-Stunden-Woche Donnerstag bis 15.30 und Freitag bis 15.00 Uhr) zu arbeiten, sollen wir HDWler möglichst in **zwei Schichten** und auch am **Sonnabend** regelmäßig arbeiten! Dazu kommt, daß nicht vermeidbare Überstunden in beschäftigungsarmen Zeiten zwangsabgebummelt werden sollen.“

„Frischer Wind“ kommentiert: „Das Kapital vereinnahmt uns, unsere Freizeit, unser Familienleben, unsere gewerkschaftliche und politische Arbeit vollkommen.

Die **Zielsetzung** einer solchen vollständigen Neuregelung der Arbeitszeit ist die Kostensenkung und damit die Erhöhung des Gewinns; nichts sonst!

Durch eine solche Flexibilisierung und Ausdehnung der Anwesenheitszeit der Belegschaft im Betrieb sollen **Arbeitsplätze eingespart** und weitere **Entlassungen möglich gemacht** werden.“

„Können und sollen wir darauf eingehen? fragt die Betriebszeitung der HDW-Genossen und antwortet: „Auf keinen Fall! Die Arbeitszeit **muß gesenkt** werden; wegen der Arbeitslosen, wegen der Azubis, wegen der Gesundheit, wegen der steigenden Gewinne der westdeutschen Unternehmer und Banker. Und zwar für alle — auf 38,5 Stunden.“ Der Artikel der HDW-Genossen schließt: „Die IG Metall muß dabei vorangehen, ein Abwälzen auf die Verhandlungskünste der Betriebsräte wäre Harakiri.

Erforderlich ist in Hamburg die Fortführung der überbetrieblichen Zusammenkünfte und auch eine Konferenz der Vertrauensleute aller norddeutschen Werften, wie dies bereits von mehreren Vertrauenskörpern von der Bezirksleitung der IG Metall gefordert wurde.

Wichtig aber ist, Kollegin und Kollege: Dein Einsatz. Wie willst Du zukünftig arbeiten und leben?“

# BR-Vorsitzender Kuckelkorn für Ford/Deutschland

**10. Dezember: Im englischen Ford-Werk in Dagenham gehen 270 Näherinnen in die vierte Woche ihres Streiks. Seit 16 Jahren verlangen die Näherinnen eine höhere Lohngruppe. Das heißt auch: Gleicher Lohn wie entsprechende Männer. Als im November ein neuer Tarifvertrag unterzeichnet werden sollte, der sie wiederum für Jahre in der Lohngruppe „ungelernt“ festgeschrieben hätte, begannen sie ihren Streik. Noch am 4. Dezember traten 130 Parlamentsmitglieder als Unterstützer für die Näherinnen auf.**

Sie hätten sich wohl kaum träumen lassen, daß ihnen von Köln aus ausgerechnet ein Vertrauenskörpervorsitzender in den Rücken fallen würde:

Wilfried Kuckelkorn, Betriebsrats- und Gesamtbetriebsratsvorsitzender, behauptete auf der Betriebsversammlung am 10.12. in Köln, die Näherinnen wären nur von den englischen Managern aufgestachelt. Ihr Streik solle lediglich den Ford-Managern in den USA beweisen, daß in England keine Werksstillegungen durchzusetzen seien. Und das, obwohl die englischen Werke unrentabel seien und die deutschen — freilich rentablen — Werke dadurch gefährdet würden ...

Soweit Kuckelkorn, der so die Rentabilität zur Geschäftsgrundlage des Ford-Betriebsrates gemacht hat!

**Hier der Hintergrund:** Dem Ford-Management standen und stehen Entscheidungen über Neuinvestitionen für den Getriebebau (5-Gang-Getriebe) und für den Motorenbau an.

Jetzt ging der Run auf die Subventionsmillionen los. Maggy Thatcher bot 50 Millionen Mark dafür an, daß der gesamte 5-Gang-Getriebebau nach England kommt. Kuckelkorn lief nach Düsseldorf und ließ sich 30 Millionen Mark versprechen.

Währenddessen blieb dem Kölner Betriebsrat ein Erfolg bei der Umsetzung des Tarifvertragsergebnisses über die Arbeitszeit (38,5 Std.) versagt. Zwar bot Ford eine einheitliche Verkürzung an, aber lediglich die unpopulären 18 Minuten pro Tag und die Geschäftsleitung lehnte jede Neueinstellung ab (inzwischen wurde diese Regelung den Merkenicher Kollegen der Produktentwicklung per Einigungsstelle aufgedrückt) ...

Es fehlte also an Erfolgen für den Betriebsrat.

Jetzt gewerkschaftliche Mittel einsetzen — das mochte Kuckelkorn nicht einfallen. Stattdessen setzte er auf der Betriebsversammlung auf Ausfälle gegen England und griff dabei auch die streikenden Näherinnen in England an.

Inzwischen wurde bei Ford entschieden, daß das 5-Gang-Getriebe auch in Niehl gebaut wird. Kuckelkorn ließ sich feiern — für eine Entscheidung, die in Dearborn/USA gefallen ist.

## Beschäftigungskrise in der Automobilindustrie

# Welche Lösungen gibt die IGM dazu an?

**Nachdem wir uns im 1. Teil dieses Artikels damit beschäftigt haben, zu welcher Analyse und Einschätzung der Zukunft der Automobilindustrie die IGM in ihrer Studie gekommen ist, geht es im heutigen 2. Teil um die Wege, die vom IGM-Vorstand zur Bekämpfung der zu erwartenden negativen Beschäftigungsentwicklung angegeben werden.**

Es sind im Kern drei Bereiche, die vom IGM-Vorstand angegeben werden: „1. Vorausschauende Strukturpolitik ...; 2. Synchronisation von technischem und sozialem Wandel ...; 3. Beschäftigungsprogramm und Arbeitszeitverkürzung“

### Zu Punkt 1

Unter diesem Stichwort stellt der IGM-Vorstand, in dem Hans Mayr für die Studie verantwortlich zeichnet, fest:

„Das japanische Ministerium für Handel und Industrie (MITI) hat auf dem Gebiet der Strukturpolitik mittlerweile einen weltweit beachteten Ansatz entwickelt (...) es muß (...) darüber nachgedacht werden, inwieweit tragende und bereits erfolgreich erprobte Grundgedanken übernommen werden können.“ (S. 38)

Konkret wird vorgeschlagen und gehofft:

„Unter Federführung des Wirtschaftsministeriums sind Branchenprognosen zu erarbeiten (...) eine solche — gerade auch im ureigensten Interesse der Konzerne selbst liegende Strukturberichterstattung — (...) (bedeutet) vor allem auch die Beobachtung der internationalen Entwicklung (...) Das Wirtschaftsministerium übernimmt damit die Funktion einer Investitonsmeldestelle (...) auf mittlere Sicht gehört vor allem dazu auch, die Entstehung von Überkapazitäten durch einzelwirtschaftliche Fehlplanungen zu vermeiden.“ (S. 39/40)

Gefordert wird dann, daß die Bundesregierung einen Automobilausschuß einberuft, in dem neben dem Wirtschaftsministerium, die Automobilindustrie, die betroffenen Länder und die IGM vertreten sein sollen. Aufgabe soll sein, neben dem Zusammentragen der Informationen, „Koordinierung der eigentlichen Branchenentwicklung“, „Diskussion wichtiger Rahmenbedingungen (...) etwa (...) Verkehrs- und Umweltpolitik“. (S. 42)

Angesichts der bisherigen Politik der Wendeparteien, angesichts des zumindest auf einem Teil der IGM-Schulungen vermittelten Wissens über die Art und Weise des Funktionierens der „freien Konkurrenzwirtschaft“ sind diese Vorstellungen des IGM-Vorstandes wohl mehr als blauäugig. Ganz abgesehen davon, daß die Übernahme japanischer Verhältnisse (und damit auch die Rolle der Betriebsgewerkschaften dort??) doch wohl nicht ernsthaft erwogen werden kann — jedenfalls von Gewerkschaften, wie sie sich programmatisch hier in diesem unseren Lande verstehen.



Gleichzeitig wird vom IGM-Vorstand — ähnlich wie im Stahlbereich — schon vorausgesetzt, daß gewerkschaftlicher und politischer Widerstand zwecklos sein werden, wenn festgestellt wird: „... kommt es um so mehr auf die Schaffung von Ersatzarbeitsplätzen in den anderen Bereichen an (...) je mehr davon ausgegangen werden muß, daß eine Politik der Arbeitszeitverkürzung und eine Qualifizierungsoffensive nicht ausreichen werden, die Beschäftigungsverluste im Automobilbereich voll zu kompensieren.“ (S. 43)

Für den internationalen Bereich wird zwar das Bestehen von Konkurrenz festgestellt, zugleich aber gesagt, daß „internationale Kooperation und Kapitaltransfer keineswegs rundheraus abzulehnen sind.“ (S. 48)

### Zu Punkt 2

Diese „strukturpolitischen“ Vorschläge werden ergänzt durch die Forderung: „Die laufenden Überschüsse an Produktivitätssteigerungen sollen also nicht primär zum Abbau der Belegschaften ausgenutzt, sondern für (...) Humanisierung (...) sowie Verbesserung der Fertigstrukturen (sowie eine) Bildungsoffensive zur besseren Qualifikation benutzt werden“ (S. 55/56)

Damit soll **„Zugleich“** die Basis künftiger langfristiger Produktivitätssteigerungen“ gelegt werden — also auch im Interesse der Unternehmer sein. (S. 56)

Die dann im einzelnen vorgelegten Vorschläge (vorausschauende Qualifikation, Gruppenarbeit etc.) sind z. T. nicht anders, als das, was in den fortgeschrittensten Bereichen ohnehin eingeführt wird. Die durch Teamarbeit, Gruppensprecher usw. — alles nach japanischem Vorbild — entstehenden Gefahren der Ausschaltung von Vertrauensleuten, Betriebsräten und Gewerkschaften in der bisherigen Form werden zwar kurz genannt — als Handlungsorientierung wird aber nur gesagt, daß deshalb „alle solche Prozesse einvernehmlich mit der gewerkschaftlichen Interessenvertretung zu regeln sind.“ (S. 67)

Und da liegt natürlich oft, wie in einer Broschüre der IGM über die sogenannten Qualitätszirkel gezeigt wird, der Hase im Pfeffer, sprich: ist einer ganzen Reihe betrieblicher Interessenvertretungen das Hemd des „eigenen Unternehmens und seiner Konkurrenzfähigkeit“ näher als gewerkschaftliche Orientierung und Solidarität. (S. dazu: Neue Formen der Gruppenarbeit, Qualitätszirkel (QZ), IGM-Vorstand, 1984, besonders Kapitel 4, Angriff auf Betriebsräte- und Vertrauensleutearbeit, S. 14 bis 17)

### Zu Punkt 3

Im dritten Abschnitt seiner Vorschläge kommt der IGM-Vorstand zu den beiden Bereichen „Beschäftigungsprogramm und Arbeitszeitverkürzung“.

So heißt es, „das DGB-Beschäftigungsprogramm ist ganz allgemein der wichtigste wirtschaftspolitische Ansatzpunkt zur Überwindung der Massenarbeitslosigkeit“. (S. 69) Die IGM fordert, entsprechend der Beschlußlage des 14. ordentlichen IGM-Kongresses vom Oktober 1983, daß unter den gegenwärtigen Bedingungen öffentliche Zusatzausgaben von 20 Milliarden Mark im Jahr für ein „Investitionsprogramm zur Sicherung der Beschäftigung durch qualitatives Wachstum“ von der Bundesregierung aufgelegt wird.

Nach einem kurzen Hinweis auf den Arbeitskampf 1984 wird als Perspektive der Arbeitszeitverkürzung nur auf die Umsetzung des abgeschlossenen Tarifvertrages verwiesen, und festgestellt: „Ihre (der Betriebsräte) zentrale Aufgabe wird die Umsetzung dieser beschäftigungsstabilisierenden Maßnahmen sein“. (S. 73) Die weitere Verkürzung der Wochenarbeitszeit ab 1986 wird mit keinem Wort erwähnt, obwohl gerade sie in mehrfacher Hinsicht ein ganz entscheidender Angelpunkt für die Verhinderung der Abwälzung der Krisenlasten auf die Automobilarbeiter wäre.

### Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf?

Angelpunkt ist die weitere Arbeitszeitverkürzung einmal im Sinne einer eigenständigen, kämpferischen und — wie 1984 gezeigt hat — mobilisierenden Perspektive der Gewerkschaften in der Tarifpolitik.

Ein zweiter Punkt ist der kollektive, solidarische Charakter dieser Perspektive — trotz der jetzt vereinbarten Flexibilisierungselemente. Und angesichts der zu erwartenden Konkurrenzschlachten ist eine gemeinsame Position aller Automobilarbeiter dringend nötig.

Zum dritten schließlich hat die Auseinandersetzung um diese Forderung, wie sich ebenfalls schon 1984 zeigte, wichtige politische Auswirkungen. Auswirkungen auf das Kräfteverhältnis zwischen der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung einerseits, dem Unternehmerlager andererseits. Ohne hier im einzelnen eine Bewertung des Beschäftigungsprogramm des DGB vornehmen zu können, dürfte aber bei der derzeitigen Regierungskoalition in Bonn eins klar sein: ohne mächtige politische Bewegung außerhalb des Bonner Parlaments, deren Träger die Gewerkschaften sein müßten, ist an eine Realisierung dieser Forderung überhaupt nicht zu denken.

Für eine solche Bewegung ist der 1986 mögliche und notwendige Kampf um die Durchsetzung der 35-Stunden-Woche Voraussetzung und Hilfe zugleich.

Um so schwerer wiegt der Mangel der IGM-Studie, daß für eine solche Perspektive überhaupt keine Ansätze zu finden sind. Deutlich von sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen geprägt, appelliert der IGM-Vorstand mehr an das „ureigenste Interesse der Automobilkonzerne“, macht „Vorschläge, (die) sich an Arbeitgeber und Bundesregierung gleichermaßen richten“, als eine Handlungs- und Kampfperspektive aufzuzeigen.

So nimmt es denn auch nicht Wunder, daß diese „Vorschläge“ zuerst einmal der Presse vorgestellt wurden, nachdem sie „**vertraulich**“ schon dem Unternehmerverband der Automobilindustrie zur Verfügung gestellt wurden, aber innerhalb der Organisation, innerhalb der Vertrauensleutekörper vorher überhaupt nicht diskutiert und besprochen wurden.

Es wundert von daher auch nicht, daß der IGM-Vorstand z. B. auf die Forderung der IGM-Verwaltungsstelle Bochum (Opel-Bereich) nach einer bundesweiten Konferenz bis heute nicht reagiert hat. Wie die Erfahrungen aus dem „Krisensektor“ Stahl gezeigt haben, ist eine solche Aktivität vom IGM-Vorstand auch nicht zu erwarten — die aktiven, klassenkämpferischen Kolleginnen und Kollegen an den verschiedenen Automobilstandorten müssen das selbst in die Hand nehmen, müssen den Vorstand unter Druck setzen, um eine erfolgversprechende Perspektive des Kampfes zu entwickeln und durchzusetzen.

## Meldungen

### Bundesarbeitsgerichts-Entscheidungen

In drei Entscheidungen vom 29. 1. 1985 hat das Bundesarbeitsgericht erneut die Zulässigkeit von Warnstreiks im Rahmen der „neuen Beweglichkeit“ der IGM bestätigt, wie schon in einer anderen Entscheidung im September 1984. Geklagt hatten u. a. der Verband der Metallindustriellen Niedersachsens und der Arbeitgeberverband Eisen und Stahl. Nachdem andere Klagen von Arbeitgeberverbänden zurückgezogen worden waren, sind damit alle in dieser Sache beim BAG anhängigen Prozesse zugunsten der IGM entschieden — die Arbeitgeberverbände haben inzwischen Verfassungsbeschwerde erhoben.

### Heftige Bundestags-Debatte

Heftig jedenfalls war es laut „Handelsblatt“ am 6. 2. 1985 in Bonn rundgegangen. Die SPD hatte eine aktuelle Stunde zu den Plänen der Bundesregierung durchgesetzt, die Voraussetzungen für Kandidaturen zu den Betriebsrats- und Personalratswahlen zu ändern und Sprecherausschüsse für „leitende Angestellte“ einzurichten.

Anke Fuchs, stellvertretende SPD-Fraktionssprecherin, bot der Regierung Zusammenarbeit an, indem sie die Wendeparteien mahnte, doch zu bedenken, „daß so den Chaoten Tür und Tor geöffnet wird“. Bekanntlich will Blüm die Unterschriftenzahlen für Listen senken. Eine etwas seltsame Koalition gingen in dieser Debatte CSU und Grüne ein. Keller (CSU) und der ehemalige Daimler-Betriebsrat Willi Hoss von den Grünen sprachen sich beide für „Minderheitenschutz“ und damit für die Pläne der Regierung aus. Wobei durch die Bonner Vorlage dem CGB (Christlicher Gewerkschaftsbund) die Wege in Betriebs- und Personalräte sowie in Betriebsausschüsse und für Freistellungen genauso geebnet werden sollen, wie den bei den letzten Betriebsratswahlen verstärkt aufgetauchten Unternehmerlisten.

### Störung des Betriebsfriedens bei Bosch

So sahen jedenfalls die Unternehmer eine Aktion, die in der letzten Woche bei Bosch in Leinfelden bei Stuttgart und in Waiblingen stattfand. Jeweils rund 400 Kolleginnen und Kollegen hatten auf der Frühschicht die Arbeit niedergelegt, um von der hinzugerufenen Geschäftsleitung einen anderen Standpunkt in der Umsetzung der 38,5-Stunden-Woche zu erzwingen.

In Leinfelden wurde neben der 38,5-Stunden-Woche für jeden gefordert, auf die Einführung einer 3. Schicht, also der Nachtschicht, zu verzichten.

In Waiblingen, wo auch viele Angestellte an der Protestaktion teilnahmen, wurde neben den 38,5 Stunden für jeden von der Geschäftsleitung verlangt, auf die Einführung einer 2. Schicht zu verzichten. Nach einer einige Tage vorher im Kreis Reutlingen stattgefundenen Aktion von rund 1000 Metallern gegen die Einführung von Samstagsschichten, sind damit innerhalb kurzer Zeit 3 Streiks gegen Pläne der Unternehmer auf Flexibilisierung in Baden-Württemberg durchgeführt worden. Offensichtlich besteht bei entsprechender Mobilisierung dazu durchaus guter Boden.

Kein Wunder, daß die Unternehmer scharf gegen diese Streiks hetzten. So kommentiert das eher noch zurückhaltende „Handelsblatt“ denn auch: „Diese Arbeitsniederlegungen bei Bosch sind ein krasser Verstoß gegen das Betriebsverfassungsgesetz. (...) Alle Meinungsverschiedenheiten auf der Ebene des Betriebes, also auch über den Inhalt der Betriebsvereinbarungen, mit denen der Tarifvertrag (...) in den Betrieben umgesetzt werden soll, sind nur durch Einigungsstelle und Arbeitsgerichte, nicht aber durch Streik zu lösen.“

Offenbar plant man, gegen den Betriebsratsvorsitzenden in Leinfelden, den Kollegen Schwarz, vorzugehen, denn man wirft ihm eine geplante Aktion vor. Dafür dient eine Stelle aus einem Interview. das Schwarz im November den „Gewerkschaftlichen Monatsheften“ gab, in dem es u. a. heißt:

„Ich fürchte, daß die Tarifauseinandersetzung im Frühjahr erneut beginnen wird. Das kann sogar so weit gehen, daß es wieder zu Arbeitskampfmaßnahmen kommt. Ich kann mir nämlich nicht vorstellen, daß Verfahren vor der Einigungsstelle in diesem Zusammenhang zugunsten der Arbeitnehmer ausgehen würden. Deshalb muß man sich bei der Umsetzung des Tarifvertrages letztlich mehr auf die politische als auf die rechtliche Kraft verlassen.“

### Solidarität mit britischen Bergarbeitern

„Die britische Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterbewegung haben erkannt, daß der Angriff der Regierung, der diesen Streik auslöste, sich nicht nur gegen die Bergarbeiter richtet, sondern gegen die gesamte Gewerkschaftsbewegung ...

Wir können diese Probleme nicht isoliert von den Problemen der anderen westeuropäischen Länder sehen, denn wir müssen erleben, wie überall die traditionellen Industriezweige (Kohle, Stahl, Schiffbau, Eisenbahn, Maschinenbau und die damit verbundenen Industrien) vor unseren eigenen Augen demontiert werden. Deshalb ist es gerade in dieser Zeit lebensnotwendig, internationale Solidarität zu entwickeln.“

So ruft der Kreisvorstand des DGB in Bremen zu einer Veranstaltung für die britischen Bergarbeiter mit Joe Holmes auf. Bemerkenswert ist dabei gerade die Unterstützung der Streikziele der NUM, von denen sich der DGB-Bundesvorstand ja bekanntlich ebenso distanziert wie die Führungn der IGM und der IGBE.

**Die Veranstaltung findet am 19. Februar um 20 Uhr im Bremer DGB-Haus (Friedrich-Ebert-Saal) statt.**

Stattfinden soll nun doch die nationale Solidaritätsveranstaltung, die im ersten für Essen geplanten Anlauf am Störfeuer der DGB-Spitze gescheitert ist. **Neuer Termin ist Samstag, der 9. März ab 14 Uhr in der Duisburger Mercatorhalle.** Neben Joe Holmes und anderen Vertretern der NUM haben verschiedene deutsche Gewerkschafter und Künster ihre Mitwirkung zugesagt. Nähere Informationen können über die Wuppertaler GEW-Adresse bezogen werden. Der Rote Morgen wird in seiner nächsten Ausgabe ebenfalls Genaueres melden.

### Lokalverbot für Türken nicht strafbar

# Frankfurter Gericht fördert Ausländerhetze

„Türken dürfen dieses Lokal nicht betreten / Bu lokala Türkler girimez“ stand auf einem Schild, das ein Gastwirt aus Michelstadt im Odenwald über der Tür seines Lokals aufgehängt hatte. Anders als das Amtsgericht Michelstadt und das Landgericht Darmstadt, fand das Oberlandesgericht Frankfurt nichts dabei. Es sprach den Gastwirt vom Vorwurf der Volksverhetzung frei.

Im Mai 1982 hatte der Gastwirt das ausländerfeindliche Schild an seine Tür gehängt. Einige Monate später, von einem Passanten darauf angesprochen, erklärte er: „Die kommen hier nicht rein, nur ein toter Türke ist ein guter Türke.“ Der Passant erstattete deshalb Strafanzeige. Ein Angehöriger des Landratsamts Darmstadt forderte den Wirt auf, das Schild abzuhängen, was auch geschah.

Das Amtsgericht Michelstadt verurteilte in der ersten Instanz den Wirt wegen dieses Ausspruchs und des Schildes zu fünf Monaten Gefängnis auf Bewährung, weil es den Tatbestand der Volksverhetzung als gegeben ansah.

In der zweiten Instanz, vor dem Landgericht Darmstadt, fiel die Strafe bereits niedriger aus. Die Gefängsnisstrafe wurde in eine Geldstrafe von 150 Tagessätzen, 4500 Mark, umgewandelt. Allerdings war auch für das Landgericht Darmstadt klar, daß der Wirt mit dem Lokalverbot für Türken Volksverhetzung begangen hatte. In der Urteilsbegründung hieß es u. a., daß das Schild „den Türken bescheinigt, daß sie allein aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Heimat ohne Rücksicht auf persönliche Verdienste minderwertig seien und dementsprechend behandelt werden könnten.“ „Darüber hinaus“, so die Darmstädter Richter weiter, „wurde ihnen das Recht, als gleichwertige Persönlichkeiten am Leben der Gemeinschaft teilzunehmen, abgesprochen.“

In der dritten Instanz, vor dem Oberlandesgericht Frankfurt, wurde der Wirt dann schließlich nur noch wegen seiner mündlichen Äußerung verurteilt (2700 Mark Geldstrafe). In dem Lokalverbot für Türken sah das Gericht keine strafbare Handlung. Begründung: aus dem Satz „Türken dürfen dieses Lokal nicht betreten“ sei nämlich nicht zu ersehen, warum sie draußen bleiben sollen. Weder seien sie „zu unterwertigen Gliedern der Gemeinschaft erklärt“ worden, noch habe man ihnen „ihr Lebensrecht innerhalb der Gemeinschaft bestritten.“ (Eine Behauptung, die auf dem Hintergrund der Äußerung des Gastwirts nicht nur zynisch, sondern nachgerade makaber ist!) „Die Schilderaufschriften“, so das Fazit der Frankfurter Richter, „stellen vielmehr eine bloße Diskriminierung der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Türken dar.“ Und „bloße Diskriminierung“ muß ja wohl erlaubt sein, schließlich sind wir eine Demokratie, oder?

Dieses Urteil kann man nicht anders als rassistisch nennen. Gäbe es wirklich Demokratie in diesem Land, dann würde diesen Richtern selbst der Prozeß gemacht. Aber es gibt sie nicht. Und deshalb ist das äußerste, was diese Frankfurter Richter zu befürchten haben, daß ein Bundesgericht ihr Urteil wieder aufhebt. Das wiederum brauchen sie ernsthaft nicht zu befürchten. Denn noch höher sind sie noch schlimmer, wie das Urteil des Bundesgerichtshofes vom Mai letzten Jahres beweist, daß auch in Äußerungen wie „Türken raus“ keine Volksverhetzung erkennen wollte...




**Am 10. März sind in Hessen Kommunalwahlen. Die CDU geht unter anderem mit offen ausländerfeindlicher Politik auf Stimmenfang: „Frankfurts Ausländerproblem liegt in Ihrer Hand: Festigkeit mit Wallmann oder rot/grüne Ideologie“ — so ist eine Wahlkampfannonce der CDU überschrieben, die in allen Frankfurter Tageszeitungen veröffentlicht wurde.**

**Da wird unterstellt, daß Frankfurts Sozialausgaben deshalb besonders hoch seien, weil es in Frankfurt besonders viele Ausländer gäbe. Da wird behauptet, daß Frankfurt auf Grund seiner hohen Ausländerzahlen auch besonders viele „Probleme“ habe.**

**Welche Probleme gemeint sind, wird nicht näher erläutert. Hier wird der Fantasie des Lesers freier Lauf gelassen bzw. nur ein bißchen Nachgeholfen, indem in der gleichen Annonce gefordert wird, daß jugendliche Straftäter unter 21 auch weiterhin ausgewiesen werden sollen.**

**Andere stellen den Zusammenhang zwischen Ausländern und Kriminalität direkter her. Aber die CDU ist ja schließlich keine Liste für Ausländerbegrenzung. Deshalb fehlt auch der plumpe Schlachtruf „Türken raus“. Diese Schlußfolgerung zu ziehen, bleibt dem Leser selbst überlassen.**

**Genauso bei der Aufforderung „Frankfurts Ausländerproblem liegt in Ihrer Hand“. Die CDU fordert niemanden auf, zur Selbstjustiz zu greifen. Oh nein, die Herren halten ihre Hände sauber. Sie beschränken sich darauf, klarzustellen, daß niemand sich an die Erlasse des hessischen Innenministeriums zur Ausländerpolitik zu halten braucht. Wenn der Leser daraus die Schlußfolgerung zieht, daß er sich auch an andere Gesetze nicht zu halten braucht, daß bei der Lösung des „Ausländerproblems“ alles erlaubt ist, kann die CDU doch nichts dafür, oder?**

**Seitdem diese Anzeige erschienen ist, hagelt es Proteste dagegen — aus dem DGB, dem Stadtjugendring, den Kirchen, den Grünen, der SPD usw. Für sie alle besteht Frankfurts Problem nicht darin, daß dort viele Ausländer wohnen. Für sie besteht das Problem in der systematisch geschürten Ausländerfeindlichkeit. Und so gesehen heißt eines der Frankfurter Probleme Wallmann.**

# Bundestagsdebatte über Anti-Terrorismus-Gesetze

In der letzten Woche debattierte der Bundestag auf Antrag der SPD und der Grünen über die sog. Anti-Terrorismus-Gesetze. CDU und CSU fanden diese Debatte, die am gleichen Tag stattfand wie die Beerdigung von Zimmermann, schlicht „makaber“. Versuche ihrerseits, über den Ältestenrat des Bundestags eine Streichung dieser Debatte zu erzwingen, scheiterten aber.

Die Fraktion der Grünen hatte beantragt, den § 129 (kriminelle Vereinigung) und den im Zuge der Terrorismushysterie zusätzlich geschaffenen § 129a (terroristische Vereinigung) ersatzlos zu streichen.

Die SPD hatte lediglich beantragt, den § 129a abzuändern und die „Werbung“ für eine terroristische Vereinigung nicht mehr unter Strafe zu stellen. Auf diese Weise sollen, so der SPD-Abgeordnete Bachmeier in der Debatte, „staatliche Überreaktionen verhindert werden, die der Terroristenszene neue Sympathien zutreiben könnten.“

Die Grünen begründeten ihren Antrag damit, daß die sog. Anti-Terrorgesetze in den 70er Jahren geschaffen worden seien, um politische Interessen und Zwecke nachträglich rechtlich zu legitimieren. Dazu gehören z. B. der Ausschluß von Verteidigern und das Kontaktsperregesetz. Die staatlich angenommene Ausnahmesituation werde mittlerweile als Normalzustand betrachtet und gehandhabt: „Das Sicherheitsdenken wurde zur Doktrin“.

Und diese Doktrin, muß man hinzufügen, wurde und wird keineswegs nur zur Bekämpfung des Terrorismus im eigentlichen Sinne eingesetzt, sondern zur Einschränkung von Meinungs- und Pressefreiheit überhaupt. Bekanntestes Beispiel dafür ist der Prozeß gegen die beiden „radikal“-Redakteure, die ausschließlich deshalb verurteilt wurden, weil „radikal“ Aufrufe von „revolutionären Zellen“ dokumentiert hatte. In diesen Zusammenhang gehört aber auch die berüchtigte „Sympathisantenhetze“ gegen Schriftsteller wie Böll und Jens.

Außerdem sollte sich niemand durch den Begriff „Anti-Terror-Gesetze“ täuschen lassen. Den § 129 gab es schon, als die RAF-Mitglieder noch nicht geboren waren. Zum Kampf gegen revolutionäre Bestrebungen im Klassenkampf nämlich. Nicht nur Leute mit klammheimlichen Sympathien für den „Widerstand“ sollten deshalb diese Bestrebungen der Grünen unterstützen.

### Steckt Lummer dahinter?

# Beschäftigungsverbot beim „Sender Freies Berlin“

„Uns wird erst jetzt bekannt, daß Sie wegen Vergehen nach Paragraph 90 StGB (Verunglimpfung des Staates — RM) sowie wegen Diebstahls von Kfz—Kennzeichen rechtskräftig verurteilt sind. Wir bitten um Verständnis, daß wir angesichts dieser Verurteilung im Interesse des Rufes unseres Hauses von einer weiteren Zusammenarbeit mit Ihnen absehen müssen.“ Mit diesem Schreiben kündigte der „Sender Freies Berlin“ am 18.1.85 einer freien Mitarbeiterin, die für das „Journal 3“ und die Hörfunksendung „Gulliver“ engagierte und kritische Beiträge verfaßte, jede weitere Mitarbeit auf. Das Schreiben ging nicht nur an die Journalistin selbst, sondern auch an die Redakteure, in deren Auftrag sie bisher gearbeitet hat, sowie an die Pressestelle und die Honorarabteilung. Selbst Redakteure anderer Rundfunkanstalten wurden benachrichtigt.

Bei dem „Verbrechen“, auf das sich das Kündigungsschreiben des SFB bezieht, handelt es sich um eine 12 Jahre zurückliegende Jugendstrafe, die längst nicht mehr im polizeilichen Führungszeugnis eingetragen ist. Woher wußte der SFB also überhaupt davon?

Die betroffene Redakteurin ist sicher, daß der SFB diese Information von einem Außenstehenden hat. Und dieser Außenstehende ist nach Ansicht der Journalistin niemand anderer als Berlins Innensenator Lummer. Denn er ist in der Lage, Information von der Datenbank des Zentralregisters abzufragen; ihm ist diese Journalistin sowieso schon ein Dorn im Auge gewesen, und er hatte auch allen Grund, den Beitrag, den die Journalistin als nächstes plante, ganz besonders zu fürchten — einen Bericht über V-Leute nämlich, in dessen Rahmen auch Lummer interviewt werden sollte. Die Redakteurin hat deshalb gegen Lummer auch Strafantrag gestellt.

In einer ersten Runde vor dem Arbeitsgericht wurde der SFB jetzt per einstweiliger Verfügung dazu verurteilt, sein Kündigungsschreiben zurückzunehmen. Die Hauptverhandlung vor dem Arbeitsgericht Berlin findet in dieser Woche statt. Wir werden weiter berichten.

### „...und kein bißchen weiser!“

# Zensur einer Ausstellung über Zensur in Dortmund

**„Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten. ... Eine Zensur findet nicht statt.“ (Art. 5 des Grundgesetzes)**




**Was von diesem Versprechen der BRD-Verfassung hierzulande zu halten ist, dafür lieferte die Stadt Dortmund kürzlich wieder einen überzeugenden Beleg.**

Im Rahmen einer vom Jugendamt Dortmund verantworteten Veranstaltungsreihe zur Erinnerung an das Ende der Naziherrschaft mit dem Titel „40 Jahre danach — und kein bißchen weiser?!“ sollte am 30. Januar 1985 (52 Jahre nach der Machtübernahme durch die Nazis) auch eine Ausstellung der Dortmunder Geschichtswerkstatt in den Räumen des stadteigenen Fritz-Henßler-Hauses (Jugendfreizeitzentrum) beginnen. Titel: „Zensiert — verboten — verbrannt“. Dieser Titel der Ausstellung, die zuvor schon im Dortmunder Stadttheater unbeanstandet gezeigt worden war, gewann plötzlich eine Aktualität, die die Veranstalter so wohl nicht vorhergesehen hatten: Sie wurde selbst Gegenstand einer Zensurmaßnahme.

Die Aussteller hatten sich nicht darauf beschränkt, Dortmunder Beispiele von Zensur, Veröffentlichungsverbot und Bücherverbrennungen aus der Nazizeit zu dokumentieren, sondern auch die Zeit vor und nach dem „tausendjährigen“ Reich einbezogen. Insbesondere die Beispiele nach 1945 provozierten den zuständigen Sozialdezernenten Dr. Manfred Scholle (SPD): Er ließ eigenmächtig vier Schautafeln abräumen, auf denen Dortmunder Beispiele von Zensur seit Bestehen der BRD dargestellt worden waren, so z. B. die Unterdrückung eines kritischen Kommentars über Franz-Josef Strauß anläßtlich der Polizeiaktion gegen den „Spiegel“ 1962 im „Dortmunder kirchlichen Anzeiger“; eine Bücherverbrennung durch evangelische Jugendliche 1965, bei der auch Bücher von Erich Kästner, die bereits 1933 der Bücherverbrennung zum Opfer gefallen waren, den Flammen anheim gegeben wurden; Auftrittsverbote für Polit-Musik-Gruppen und das „Dortmunder Lehrlingstheater“ Mitte der 70er Jahre; Versuche der Zensur an Texten des Dortmunder „Werkkreises Literatur der Arbeitswelt“; Durchsetzung einer Textänderung an dem Roman „Irrlicht und Feuer“ des Dortmunder Schriftstellers Max von der Grün (er hatte geschildert, wie einem Steiger unter Tage der Kopf von einem Panzerförderer abgerissen wurde, mit dessen Hilfe die Kohleabbaumenge und die Arbeitshetze erheblich gesteigert wurden; die Herstellerfirma Westfalia Lünen hatte die Streichung des Wortes „Panzerförderer“ gerichtlich durchgesetzt); schließlich theoretische Texte eines Mitglieds des Vorstandes der Deutschen Journalisten-Union über die „Schere im Kopf“, d.h. die innere Selbstzensur im „pressefreiheitlichen“ Verlagswesen.

Scholles Argument für seinen Zensurakt: Der Nationalsozialismus werde durch die Dokumentierung derartiger Zensurakte „verniedlicht“ und davor müsse er eben die jugendlichen Betrachter der Ausstellung in Schutz nehmen. Wenn schon unbedingt Aktualität gewünscht werde, dann bitteschön hätte man ja die Neonazi-Szene aufs Korn nehmen können.

Wie großzügig! Offenbar ist es seinen Brötchengebern unangenehm, wenn an Hand solcher Dokumentationen eine Form von **Kontinuität** der Herrschaft des Großkapitals vom Kaiserreich über die Weimarer Republik und das Dritte Reich bis in die BRD auch an Hand ihrer Methoden der Meinungspolitik durchsichtig wird.

Wird den Neonazis in Dortmund vielleicht auch deshalb so viel Spielraum gewährt, damit das Geschichtsbild der Jugend auf **diese** Spielart des Faschismus eingegrenzt werden kann und z. B. die SPD-Kamarilla mit ihren eigenen Machenschaften „aus dem Schneider“ ist?

Zutreffend stellte Hans Müller, Professor für Geschichte an der Universität Dortmund und Mitarbeiter der Geschichtswerkstatt, die oben angesprochene Kontinuität in den Methoden heraus: „Am 30. Januar 1985 fand in Dortmund wieder eine Zensur statt.“

Die „Korrektur“ des Geschichtsbildes durch das Dortmunder Jugendamt löste in der Öffentlichkeit breiten Protest aus, der an den zahlreichen Leserbriefen an die Lokalpresse deutlich ablesbar ist. Der Verband deutscher Schriftsteller (VS) in der IG Druck und Papier forderte in einer Presseerklärung vom 1.2.1985 die Stadt Dortmund auf, „die Reihe der Zensurfälle nicht um einen weiteren zu verlängern“ und „die Ausstellung in der ursprünglichen Form zuzulassen“.

Die Geschichtswerkstatt zog die Konsequenz, die gesamte Ausstellung abzuräumen und in den Räumen der evangelischen Petri-Gemeinde aufzubauen.

Die Dortmunder GeSchichtswerkstatt, deren Anliegen es ist, Geschichte von unten als Erinnerung Betroffener an eigene Erlebnisse und Erfahrungen zu vermitteln, trifft sich jeden Mittwoch um 19 Uhr in ihren Räumen Am Oelpfad 27 (Eingang Benninghofer Str.) in Dortmund-Hörde. Telefonisch ist sie erreichbar unter Nr. (0231) 482090.

## Krauss-Maffei: Übernahme durch MBB

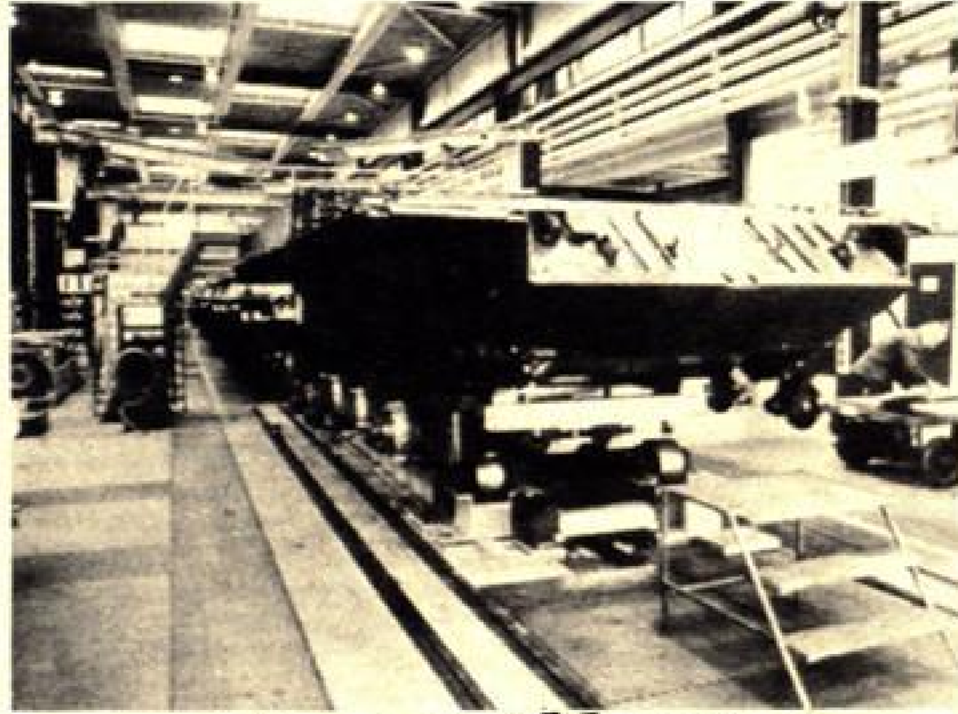
# Jenseits der Legalität

**Die größte Fusion in der Geschichte der bundesdeutschen Rüstungsindustrie erscheint nahezu perfekt — die Übernahme der Krauss-Maffei aus dem Flickschen Imperium zum Rüstungsgiganten MBB. Die Tatsache, daß das Bundeskartellamt diesen Vorgang untersagte hat seine Verwirklichung nicht verhindert.**

Das Kartellamt, dessen Genehmigung für die Übernahme eigentlich Voraussetzung gewesen wäre, denn es entsteht in der Rüstungsindustrie der BRD eine solche neue Größe, die faktisch „Angebot und Nachfrage“ auf jeweils einen reduziert (die Bundeswehr kauf bei MBB), wurde durch eine ganze Serie von Hilfskonstruktionen umgangen. Nun wird nicht MBB direkt Krauss-Maffai aufkaufen, wie es ursprünglich, der Einfachheit halber, geplant gewesen war, sondern, in verschiedenen Kombinationen alle Eigner von MBB, allen voran der Freistaat Bayern. Die Dimensionen, die dieser Vorgang hat — der bisher in der Presse meist nur als rein wirtschaftlicher Vorgang als mehr oder minder normaler Konzentrationsprozeß dargestellt wird — lassen sich heute gar nicht ohne weiters insgesamt abschätzen.

MBB hat heute nicht nur die absolute Vorherrschaft im Bereich der Raumfahrt und des Flugzeugbaus, sondern faktisch auch — seit neuem — im Kriegsschiffbau. So wurde MBB Hauptauftragnehmer beim Bau von gleich 10 neuen Minenkampfbooten für die Bundesmarine. Mit dem Panzerbauer Krauss-Maffai wäre das Rüstungsprogramm völlig abgerundet. Die „IG Farben der Rüstungsindustrie“ ist damit aus der Taufe gehoben. Panzer und Kanonen, Schiffe und Flugzeuge, Raketen und Satelliten (MBB ist „natürlich“ der bundesdeutsche Konzern, der beispielsweise an „Spacelab“ beteiligt ist) zusammengehalten von jeder Art Militärelektronik — das ist die Angebotspalette des neuen Großkonzerns.

Dieser Konzern sitzt, daran sollte man sich erinnern, in



Panzerschmiede Krauss-Maffai

Bayern. MBB und Krauss-Maffai zahlen aber nicht nur Steuern an die Landesregierung (und erhalten von ihr in jeder Hinsicht allerbesten Service), sondern zu beiden hat Franz-Josef Strauß (und die CDU) traditionell beste Beziehungen. Zu MBB nicht nur wegen der Rolle von Partei und Landesregierung bei der Hochentwicklung des Konzerns, sondern auch als Chefverkäufer des Airbus'. Zu Krauss-Maffai durch seine jahrzehntelangen besonders intimen Beziehungen zum gesamten Flick-Imperium.

Das zutreffende Schlagwort vom „Rüstungszentrum Südbayern“ hat als Kern der Förderung der Rüstung durch die Landesregierung gerade auch die spezielle Förderung dieser beiden Unternehmen (und solchen, die nun miteinsteigen, wie der Diehl-Konzern). Wenn der Löwenanteil aller Milliarden, die die Bundeswehr für neue Waffen ausgibt, stets (und mit stets steigendem Prozentsatz) nach Bayern geht, so ist dies nicht zuletzt auf diese beiden Konzerne zurückzuführen — sogar fast ausschließlich auf sie.

Bei diesem großen Ziel, aus den beiden nun einen Konzern zu machen, da darf es wenig verwundern, wenn die Landesregierung sich nicht scheut, ganz offen die Beschlüsse des Kartellamtes zu umgehen, also illegal zu handeln.

Für den Sitz des Zentrums der Rüstung der BRD bietet Bayern außer dieser aktuellen Lage und der subjektiven Bestrebungen beteiligter Gruppen auch noch einige andere, möglicherweise weitreichende, Vorzüge. So zum Beispiel — seit neuestem — den Sitz der Wiederaufbereitungsanlage atomarer Brennstoffe in Wackersdorf. Und daß bei dieser Wiederaufbereitung Plutonium entsteht, ist längst kein Geheimnis mehr. Sprich: Der Grundstoff für Atombomben liegt nebenan (künftig). Und der Atomwaffensperrvertrag läuft auch in überschaubarer Zeit aus. Wobei daran erinnert werden soll, daß die heftigsten Gegner einer Unterzeichnung dieses Vertrages durch die BRD aus Bayern kamen und ihren Sprecher in Franz-Josef Strauß hatten. Und das, immerhin, sollte zu denken geben ...

# „Krieg der Sterne“ — Kohl dafür!

**Fortsetzung von Seite 1**

Was den finanziellen Aspekt betrifft, so machte keiner der Redner ein Geheimnis daraus, daß die Belastungen ungeheuerlich sein werden, und daß sie nur durch weiteres Umschichten in den Staatshaushalten — als Grundvoraussetzung — auch nur teilweise finanzierbar sein werden. Reagans Rede zum Amtsantritt vergangene Woche hatte dies bereits eindeutig unterstrichen. Ein Militäretat von einer Billion Mark im Jahr reicht dazu noch lange nicht aus. Polemisch verkürzt könnte man den Sachverhalt so darstellen, daß die USA dieses einmalige Aufrüstungsprogramm nur bezahlen können, weil es in der BRD so viele Arbeitslose gibt. Weil die westdeutschen Kapitalisten mehr Profit dabei machen in hohen US-Zinsen zu spekulieren, als hier zu investieren. Wenn auf einer solchen Tagung ein demonstrativer Akt für eine Grundsatzentscheidung vollzogen wird, dann fehlen auch nie die Kommentare dazu, wie denn die ganze Sache öffentlich zu vertreten sei — so auch dieses Mal.

Franz Josef Strauß leitete diese Debatte ein, mit der Bemerkung, man müsse etwas gegen das „sowjetische Schlagwort von der Militarisierung des Weltraums“ unternehmen. Somit hatte er seine Linie schon angegeben: Wer von „Militarisierung des Weltraums“ spricht (also eine schlichte Tatsache festhält) der verbreitet sowjetische Schlagworte (und wird nächstes Jahr über alle deutschen Sender von CSU-Spranger als „Einflußagent demaskiert“). Strauß Gegenvorschlag: Man solle von „Weltraum für den Frieden“ sprechen. (Was geradezu klassisch ist: Die Waffe, mit der die meisten Indianer in den USA erschossen wurden, hieß ja auch „Peacemaker“, zu deutsch Friedensstifter — und Raketen für den Frieden war auch schon mal da, hüben wie drüben).

Inhaltlich weitergeführt wurde dieser Teil der Debatte auf der Tagung vor allem an zwei Punkten: Der Segen der technischen Entwicklung und wirtschaftlichen Aufschwungsmöglichkeiten wurde hervorgehoben und vor allem wurde von allen Seiten — wenn auch auf verschiedene Weise — darüber geredet, daß gerade dieses Weltraumprogramm nun endlich das mögliche Ende der Atomkriegsgefahr signalisiere.

Wer den „technischen Fortschritt“ preist, der im Zusammenhang mit dem Weltraumkrieg möglich sei (und auch diese Argumentation ist fast schon klassisch: siehe Weltraumfahrt und — Teflonpfanne), der unterschlägt, welche Forschungen denn nun zugunsten dieses Projektes unterbleiben. Und da wäre mit diesen enormen Summen sehr viele lebenswichtigen Projekte denkbar.

Den Überlegungen, mit dem „Krieg der Sterne“ könne ein Atomkrieg verhindert weden, mochte sich auch Egon Bahn nicht verschließen, der sogar mit einer gewissen Begeisterung darauf einging — einst war auch ihm der sogenannte NATO-Doppelbeschluß als friedenssichernd erschienen.

Das Argument lautet schlicht: Der „Weltraumschild“ werde einen Angriff mit Raketen unmöglich machen. Voraussetzung, dies zu glauben, ist wenig: Die absolute Friedfertigkeit der USA. Wobei Experten verschiedener Länder betonten, bei den kurzen Flugzeiten in Europa wäre dieser Schild eigentlich wirkungslos.

Betrachtet man die Planung in diesem Zusammenhang, dann reiht sie sich in der Tat in die älteren amerikanischen Überlegungen ein, einen auf Europa begrenzten Atomkrieg führen zu können. Der eigene Erdteil gesichert hinter dem Weltraumschild, dazu ein kombiniertes System von atomaren Erstschlagswaffen und hochgerüsteter „konventioneller“ Armeen — die Interpretation, daß es sich um das Abrundungsprojekt langjähriger Hochrüstung handelt, liegt da nahe.

Voraussetzungen für die Verwirklichung werden, soweit noch nicht vorhanden, in der BRD zügig geschaffen: Die Übernahme von Krauss-Maffai durch MBB, die Schaffung eines zentralen Rüstungskonzerns (siehe Artikel in dieser Ausgabe) gehört zu den wichtigsten dieser Voraussetzungen.

## Zivildienstzeitverlängerung

# Einer macht nach 16 Monaten Schluß!

**Seit der vergangenen Woche läuft vor dem Karlsruher Bundesverfassungsgericht eine Klage gegen das neue Zivildienstgesetz. Dieses Gesetz sieht vor, daß Zivildienstleistende künftig fünf Monate mehr Dienst tun müssen, als Wehrpflichtige. Mit der 20monatigen Dienstzeit soll ein Erschwernis geschaffen werden, das möglichst viele Jugendliche in die Bundeswehr treibt.**

Im Verfahren von Karlsruhe geht es vor allem um die Auslegung des Artikels 12 a des Grundgesetzes. Der lautet, eigentlich sehr eindeutig, wie folgt: „*Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden.* ***Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen.***“ Während man in Karlsruhe darüber richtet, wie man die 20 Monate Zivildienst und die 15 Monate Wehrdienst juristisch als gleich erklären kann, hat ein Zivildienstleistender einfach nach 16 Monaten Schluß gemacht.

Der Heidelberger Kriegsdienstverweigerer Roland Kohm war nach einiger Zeit Bundeswehrdienst als Kriegsdienstverweigerer anerkannt worden. Vom 3. Oktober 1983 bis zum 10. Juli 1984 war er Soldat, danach machte er Zivildienst. Dann beantragte er zum Januar 1985 seine Entlassung. Exakt nach 15 Monaten und dreieinhalb Tagen. Das ist nach offiziellen Berechnungen genau die gültige Dauer des Wehrdienstes und der auf einen Mannschaftssoldaten entfallenden Wehrübungen. Hilfsweise stellte Kohm den Antrag vom Stichtag an Sonderurlaub genehmigt zu bekommen, bis eine Entscheidung des Verfassungsgerichts vorläge. Bis Januar bekam Kohm keine Antwort auf die Anträge. Daraufhin brach am 28. Januar — nach knapp 16 Monaten Dienstzeit — seinen Wehrdienst einfach ab.

Das Bundesamt für Zivildienst fährt in diesem Falle eine harte Linie. Kohm ist schon mehrfach aufgefordert worden, seinen Dienst wieder aufzunehmen, ein Disziplinarverfahren wurde eingeleitet. Nehme er den Dienst nicht umgehend wieder auf, so das Amt, werde man Strafanzeige wegen Dienstflucht stellen. Das Bundesamt baut voll auf das Verfassungsgericht, von dem es annimmt, daß es die Zivildienstzeitverlängerung und die eindeutige Formulierung des Grundgesetzes schon in Einklang bringen wird. Roland Kohm hat inzwischen eine Anordnung des Verwaltungsgerichtes gegen seine erneute Einziehung zum Zivildienst gestellt.

## Korrespondenz aus Mutlangen

# Den Widerstand weitertreiben

Mutlangen im Winter '84: Eine kleine Gemeinde im Ostalb-Kreis, Baden-Württemberg, steht ganz im Zeichen des herannahenden Weihnachtsfestes, in den vielen Appellen und Bekundungen bekannter Namensträger in diesen Tagen auch als das Fest der Liebe und Friedfertigkeit schlechthin bezeichnet.

Doch der Schein, den diese winterliche Idylle verbreiten mag, trügt, denn der Anachronismus will es, daß sich dieser Ort in den letzten anderthalb Jahren neben wenigen anderen Orten zu einem der gefährlichsten in Europa entwickelt hat. Gefährlich deshalb, weil just seit diesem Zeitraum die US-amerikanische Regierung bzw. das NATO-Militärbündnis die Realisierung seiner militärischen Stärkedoktrin, in Form einer stufenweisen Stationierung von Pershing II — Erstschlagswaffen, in die Tat umsetzt.

### Ökologische und landwirtschaftliche Schäden

Ort des Geschehens ist eine Kaserne der Amis vor den Toren der Stadt, eine von dreien alleine im Umkreis von Mutlangen. Inoffizielle Informationen gehen davon aus, daß in diesem Teil von Baden-Württemberg faktisch im Umkreis von 2 bis 3 Quadratkilometern mindestens eine militärische Anlage oder Einrichtung steht.

Die oben angeführte Kaserne alleine jedoch nimmt schon ein Areal von annähernd 2 qkm in Beschlag! Verdeutlichen kann man sich dieses riesige Ausmaß, wenn man einmal einen „Spaziergang“ um das mit NATO-Draht fein — säuberlich abgesperrte Gebiet unternimmt. Auf einem solchen „Spaziergang“ kann man sich nicht nur ein Bild von den rein flächenmäßigen Ausmaßen dieser Militärmaschinerie, sondern auch von den, durch diese bedingte ökologischen und landwirtschaftlichen Schädigungen machen. In einem Wasserschutzgebiet, das diese Landschaft zum Teil darstellt, wurden, wie es scheint, gedankenlos große Antennen und Funkempfangsanlagen mit massiven Betonfundamenten in den Boden eingelassen, was zur Folge hat, daß an diesen Stellen das Grundwasser abgesenkt wird.

Setzt man den Rundgang weiter fort, so wird eine lange Zeit der zu beschreitende Weg durch Unmengen von — wie es manchmal erscheint — wahllos ausgelegtem NATO-Draht begrenzt. Im Weg stehende Nadlebäume werden entweder gefällt oder aber als Halterung für diesen Draht verwendet, der mit der Zeit in die Rinde der Bäume eindringt, diese am Unterstamm porös macht und somit die Feinde des Baumes, z.B. in Form von Insekten, begünstigt.

Ein abschließender Aspekt bleibt man bei einer konsequenten Schadenssuche, ist sicherlich auch der Naherholungsverlust der Bevölkerung von Mutlangen, aber sicherlich auch der von Schwäbisch-Gmünd durch eine solche Militäransammlung in einem doch relativ kleinem Gebietsausschnitt. Weitere Gründe ließen sich anführen, was hier jedoch aus Platzgründen nicht möglich ist.

### Gegenöffentlichkeit und Aktionen

Am äußeren Rand von Mutlangen, einige hundert Meter von der Kaserne entfernt, hat sich eine Gegenöffentlichkeit in einem Haus niedergelassen, eine ehemalige Scheune o.ä., das ihr von einem Sympathisanten der Friedensbewegung zur Verfügung gestellt wurde.

Hier ist der Ort, von dem aus versucht wird, über die durch diese Militärmaschinerie verursachten Schäden eine breitere Öffentlichkeit zu informieren, sowie ihre Gefährlichkeit und Bedrohung an sich aufzuzeigen.

Hier ist auch der Ort, von wo aus man sich an praktischen Aktionen gegen diesen Ausschnitt amerikanischer Hochrüstungspolitik beteiligen kann. Eine dieser Aktionen ist beispielsweise, wie schon oben beschrieben, die in einem größeren Rahmen durchgeführte Geländebegehung, sprich „Spaziergang“.

Manchmal ist es dabei auch möglich, realtive Erfolge zu erzielen, wie etwa den, als „Heiligabend“ ein Militärtransporter die Gunst der Stunde nutzen wollte, um unbeschadet seine gefährliche Fracht durch die Lande zu transportieren. Eine konsequente Blockade verhinderte dies, die bald auftauchende „Bullizei“ war trotz gewalttätigen Einsatzes überfordert und mußte schließlich den Transport über Nebenstraßen in die Kaserne zurückmanövrieren.

Eine weitere ständige Aktion, die ebenfalls effektiver wird, je mehr sich daran beteiligen, ist die massenhafte Dauerpräsenz vor dem Hauptzufahrtstor der Kaserne, eine Art Dauermahnwache.

### Voraussetzungen für einen effektiven Widerstand

Ich gehe jedoch davon aus, daß zwei Voraussetzungen gegeben sein müssen, um einen effektiven Widerstand in der Region sicherzustellen.

Da ist zum einen der Umstand, daß eine Stammbesetzung von 10 bis 12 Leuten, wie z.Z. gegeben, alle Hände mit der Organisation zu tun voll hat, es vermessen wäre, von diesen Leuten eine praktische und dazu noch effektive Widerstandsarbeit zu verlangen. Sie sind zu wenig. Von daher wäre eine größere personelle Unterstützung dieser Arbeit nicht nur wünschenswert, sondern müßte für die vielen Widerständler gegen die „Entwicklungen“ in diesem Lande Verpflichtung sein, so weit es die Zeit zuläßt, mindestens einmal dort ein paar freie Tage zu verbringen.

In diesem Zusammenhang schließt sich die zweite Voraussetzung an, die Erkenntnis nämlich, daß es gegen diese Militärmaschinerie vonnöten ist, den Widerstand zu systematisieren und weiter zu disziplinieren, um eben die Effektivität desselben sicherzustellen, ein schlagkräftiges Instrument zu werden. Ich habe hier einige Punkte der Kritik, deren Erörterung jedoch nicht Gegenstand dieses Berichts sein sollen. Auch den oben schon erwähnten „Personalmangel“ kann man ohne weiteres hierzu zählen.

Man kann also das Fazit ziehen, daß in Mutlangen gute Ansätze für eine effektive Widerstandsarbeit schon vorhanden sind, welche besonders hier von der personellen Unterstützung abhängt. Jedoch sollte man nicht schon hier die Zuversicht aufgeben, da zu hoffen bleibt, daß in dieser Region, wie in den anderen auch, die antimilitaristische Bewegung die für ihren weiteren Fortschritt und ihr Weiterbestehen notwendigen Gedankengänge, nach einer Pause schöpferischer Regeneration, weitertreibt.

G.D.



Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserbriefe + + + Leserb

# Nicht unter den Tisch

Betr.: Mein Leserbrief „Wirklich untersuchen" im RM 5/85, „Anmerkung" des Genossen Koch im selben RM

Ich habe in meinem Leserbrief nicht — wie Genosse Koch unterstellt — behauptet, der infragestehende Artikel im TO verschweige die Auffassung von Marx und Engels, daß der Bourgeoisie sämtliche Produktionsmittel entrissen werden müssen. Ich habe vielmehr behauptet, daß der Bourgeoisie sämtliche Produktionsmittel entrissen werden müssen. Ich habe vielmehr behauptet, daß der Artikel die Kritik Marx' und Engels' an der Pariser Kommune verschweigt, und dies entspricht den Tatsachen. Dies Verschweigen hat auch seinen Grund, denn wenn man auch die Mängel und Schwächen der Kommune untersucht, dann ist es eben nicht mehr möglich, die Kommune zu dogmatisieren und der Oktoberrevolution entgegenzustellen, wie Genosse Koch dies tut. Dann ist es auch nicht möglich, unter Berufung auf die Kommune die führende Rolle der Kommunistischen Partei beim Aufbau des Sozialismus in Abrede zu stellen; zeigt doch gerade das (insoweit negative) Beispiel der Kommune, daß der Sozialismus ohne Führung durch die KP nicht aufgebaut werden kann.

Die Gegner einer führenden Rolle der KP pflegen den Befürwortern vorzuhalten, sie würden die Massen bzw. die Arbeiterklasse geringschätzen. Sie müssen dies dann konsequenterweise auch Marx und Engels vorhalten, denn diese gingen keineswegs davon aus, die Arbeitermassen würden immer bewußter werden, bis sie schließlich zu der Erkenntnis kommen, daß eine bessere Gesellschaft notwendig sei. Sie erklärten vielmehr (und dies bereits in der vorimperialistischen Epoche!): „Wenn die sozialistischen Schriftsteller dem Proletariat diese weltgeschichtliche Rolle zuschreiben, so geschieht dies keineswegs ..., weil sie die Proletarier für Götter halten. Vielmehr umgekehrt. Weil die Abstraktion von aller Menschlichkeit, selbst von dem Schein der Menschlichkeit, im ausgebildeten Proletariat praktisch vollendet ist, weil in den Lebensbedingungen des Proletariats alle Lebensbedingungen der heutigen Gesellschaft in ihrer unmenschlichsten Spitze zusammengefaßt sind, weil der Mensch in ihm sich selbst verloren, aber zugleich nicht nur das theoretische Bewußtsein dieses Verlustes gewonnen hat, sondern auch unmittelbar durch die nicht mehr abzuweisende, nicht mehr zu beschönigende, absolut gebieterische Not ... zur Empörung gegen diese Unmenschlichkeit gezwungen ist, darum kann und muß das Proletariat sich selbst befreien." (Die Heilige Familie, Berlin (DDR) 1971m S, 38)

Wenn sich dies aber so verhält — und in Zeiten wirtschaftlicher Krisen, wachsender Massenarbeitslosigkeit, in Zeiten, in denen das Gesetz der absoluten Verelendung gebieterisch in Erscheinung tritt, in denen andererseits eine revolutionäre Situation heranreift, zeigt sich, daß diese Prognose richtig ist — dann folgt daraus, daß das Proletariat durch die gesellschaftlichen Verhältnisse zu gedrückt ist, um sich **als Klasse** die wissenschaftlichen Kenntnisse anzueignen, die es für seinen Befreiungskampf benötigt. So betrachtet es Engels als eine Selbstverständlichkeit, daß die politische Haltung des Proletariats „vor allem davon abhängen wird, was die Arbeiterpartei, das heißt, derjenige Teil der arbeitenden Klasse, welcher zum Bewußtsein der gemeinsamen Interessen der Klasse gekommen ist, im Interesse der Klasse für Ziele erstrebt." (Die preußische Militärfrage und die deutsche Arbeiterpartei, Berlin (DDR) 1974, Seite 47)

Übrigens fielen auch diese beiden Marx/Engels-Zitate der von Genossen Koch in seiner „Anmerkung" erwähnten „Überarbeitung" bzw. neuen Bearbeitung meines Manuskriptes zum Opfer. Der zweite Teil des Manuskripts, der die Entwicklung der Machtverhältnisse in der sozialistischen Sowjetunion zum Gegenstand hatte, wurde durch den Artikel des Genossen Schneider in den „Kommunistischen Heften" Nr. 10 ersetzt. Letzterer arbeitet — grob gesagt — im wesentlichen die **Besonderheiten** der Oktoberrevolution heraus, die auf andere Revolutionen nicht übertragen werden können. Durch diese **einseitige** Zuspitzung wird der falsche Eindruck erweckt, Genosse Koch könne sich bei seinem — im gleichen Heft vorne abgedruckten — Artikel auf Lenin stützen. So fällt z.B. durch unvollständiges Zitieren („Kommunistische Hefte Nr. 10, S. 98 f.) der wesentliche Inhalt des folgenden Lenin-Zitats unter den Tisch:

„Aber die Diktatur des Proletariats läßt sich nicht verwirklichen durch eine Organisation,d ie das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt. Denn nicht nur bei uns, in einem der rückständigsten kapitalistischen Länder, **sondern auch in allen anderen kapitaltischen Ländern** ist das Proletariat immer noch so zersplittert, so zu Boden gedrückt, hier und da so korrumpiert (nämlich durch den Imperialismus in einzelnen Ländern), daß eine Organisation, die das Proletariat in seiner Gesamtheit erfaßt, dessen Diktatur unmittelbar nicht zu verwirklichen vermag. Die Dikatatur kann nur durch die Avantgarde verwirklicht werden, die die revolutionäre Energie der Klasse in sich aufgenommen hat." (Werke Bd. 32, S. 3)

Freilich sagt dies noch nichts über das Tempo, mit dem in einem sozialistischen Deutschland erreicht werden kann, daß sämtliche Werktätigen selbst zur Leitung herangezogen werden und Partei wie Staat schließlich überflüssig gemacht werden. Das ist eine ganz andere Frage. Es geht mir hier nur darum, daß in den beiden Artikeln in den „Kommunistischen Heften" wesentliche Aussagen des Marxismus-Leninismus über die Diktatur des Proletariats unter den Tisch fallen, wobei ich den Grund dafür darin sehe, daß andernfalls offensichtlich wäre, daß die Ausführungen des Genossen Koch zu dieser Frage mit dem Marxismus-Leninismus nicht vereinbar sind.

Demgegenüber legt Genosse Koch in seiner „Anmerkung" die Auffassung des Politbüros dar, daß es mein Artikel-Entwurf war, der wesentliche Aussagen des Marxismus über die Diktatur des Proletariats unter den Tisch fallen ließ (oder zumindest „nicht in der nötigen Vollständigkeit und Klarheit darlegte"). Damit der interessierte Leser sich selbst ein Bild machen kann, schlage ich vor, jedem Interessierten das Manuskript auf Aufforderung zuzuschicken. (Falls nicht mehr vorhanden, schicke ich eine Kopie des Manuskriptes unverzüglich dem RM zu.) Es geht mir dabei nicht darum, „Recht zu haben", sondern es geht mir darum, daß wesentliche Aussagen des wissenschaftlichen Sozialismus nicht unter den Tisch fallen dürfen, und schon gar nicht dann, wenn eine KP ein neues Programm erarbeiten will.

Rotfront P. R.

# Hammer

Leserbrief zu „Hilfe tut not" v. RM 4/85

Liebe Genossen,
das ist ja wohl der größte Hammer, den sich die Redaktion des RM erlaubt. — Man stelle sich vor, das Zentralorgan der Kommunistischen Partei läßt sich für die Propaganda der Bürger einspannen und ruft sogar noch dazu auf, die Löcher, die der Imperialismus in der 3. Welt reißt, zu stopfen.

Kein Wort von der sozialimperialistischen Aggression, die dahinter steckt, keine Kritik an der Weltwährungsbank und den Bemühungen des US-Imperialismus, sich dort breit zu machen. Ein Artikel, der in seiner „Herzigkeit" durchaus unserem „Katholischen Mitteilungsblatt" hier am Ort nahe kommt — da wäre auch der richtige Arbeitsplatz für den Genossen Redakteur, der sich hier ergossen hat.

Genossen, man muß sich als Mitglied der Partei schämen, für so ein Zentralorgan einstehen zu müssen. Es ist höchste Zeit, daß in der Redaktion eine klare Linie herrscht. Für mich ist dieser Artikel eine Provokation an alle Kommunisten.

Rot Front
W.H., Winnenden

# Ernsthaft auseinandersetzen

Liebe Genossen,
ich möchte kurz zu dem Leserbrief „ML-Verschnitt" aus der Nr. 4 von dem Genossen R.P. Stellung nehmen.

Der Genosse zieht teilweise sehr wortgewaltig über die TOs Nr. 9 und 10 her und versucht damit, so mein Eindruck, sich selbst und den Lesern etwas vorzumachen. Ich sehe in den zwei Spalten, die er geschrieben hat, keine einzige inhaltliche Auseinandersetzung mit den Darstellungen, die in den Tos widergegeben werden. Das finde ich sehr schade.

Daß die Artikel bei ihm Verwirrung hervorgerufen haben, kann ich verstehen, aber wieso sagt er nicht klipp undklar, wo denn hier ein ML-Verschnitt produziert worden ist, der in den Reißwolf gehört? Wo werden die grundlegenden Auffassungen von Marx, Engels und Lenin verfälscht? Leider keine Antwort.

Er spricht die Literaturhinweise an. Die Renegaten Trotzki und Bucharin. Lenin hat des öfteren Renegaten z.B. Kautsky zitiert. Daß durch das bloße Zitieren bzw. Anführen von Literatur — bzw. Quellenangaben — schon deren Auffassungen übernommen werden, ist mir neu. Das geschieht in den genannten TOs meiner Meinung nach nicht.

Daß die beiden TOs auf Beschluß des ZKs initiiert wurden, was ja eigentlich bei allen TOs der Fall ist, Herausgeber ist das ZK, keine Kritik zugelassen sein oder nicht erwünscht ist, ist mir neu und kann ich in keiner Weise nachvollziehen. Der Artikel, der über den momentaren Diskussionstand des ZK informiert, geht doch vielmehr davon aus, daß hier Kritik gefragt ist.

Wieso genügen die Artikel nicht einmal den minimalsten Anforderungen einer wissenschaftlich-theoretischen Arbeit? Keine Antwort.

Daß in der Partei „die Urtexte der Klassiker geschult und studiert wurden", und ich füge hinzu: geschult werden, ist gut und wird keineswegs durch Zusammenfassungen ersetzt. Ich will auch nicht „Staat und Revolution" durch das Studium der Werke von Marx und Engels ersetzen, aber diese ausgezeichnete Zusammenfassung von Lenin hat doch auch ihren Wert, oder nicht? Damit will ich jetzt nicht die TOs mit „Staat und Revolution" gleichsetzen.

Daß der Verfasser bei dem TO Nr. 9 und das ausführliche Inhaltsverzeichnis fehlt, mag vielleicht ärgerlich sein, aber damit ist der Inahlt doch noch nicht automatisch falsch. Oder? Findet denn eine Manipulation oder Fehlinterpretation statt?

Der Genosse zitiert die Seite 27 des TO 10. Es betrifft den Dogmatismus, der davon ausgeht, wie Rosa Luxemburg in dem TO zitiert wird, der darauf abzielt, dem internationalen Proletariat nunmehr in allen Stücken die den Bolschewiki aufgezwungene Taktik zur Nachahmung empfehlen zu wollen. Das dies geschehen ist, wird m.E. aus dem TO deutlich. Es geht um die Taktik und nicht um die Strategie!

Als Beispiel sei die Rede Lenins auf dem IV. Kongreß der KI angeführt. LW 33, S. 416. „Auf dem III. Kongreß 1921 haben wir eine Resolution angenommen über den organisatorischen Aufbau der kommunistischen Parteien und über die Methoden und en Inhalt ihrer Arbeit. Diese Resolution ist ausgezeichnet, aber sie ist fast ausgesprochen russisch, d.h. es ist alles den russischen Verhältnissen entnommen." (usw.)

Daß die besonderen Bedingungen der russischen Revolution noch näher dargestellt werden sollten, steht außer Zweifel. Daß Stalin, wie der Genosse schließt, der Wegbereiter des Revisionismus sein soll, geht aus diesem letzten TO nicht hervor. Es geht aber auch nicht hervor, welche Rolle Stalin nun in der Frage der Übergangsgesellschaft Sozialismus eingenommen hat. Dies sollte klargestellt werden. Gleich davon auszugehen, daß er über Bord geschmissen wird, ist eine zu einfache Schwarz-Weiß-Malerei. Man sollte, das zum Abschluß, sich etwas ernsthafter mit den Positionen des ZK auseinandersetzen.

M.L., Kiel

# Innovation

Genossen,
die Gelegenheit ist günstig: Noch wird jeder veröffentlicht, der Interesse daran hat, aus materialistischer Sicht Innovationen einzubringen.

Deshalb konkret zur Sache. Ich lese gerade das Buch von A. Gorz: „Wege ins Paradies". Dabei hat mir das Kapitel „Die mikroelektronische Revolution" einiges zu denken gegeben. Gorz sagt:

1. „Automatisation an sich ist gesellschaftlich ambivalent" sprich: klassenneutral.

2. Die neuen Technologien ermöglichen es, „sowohl Investitionen (fixes konstantes Kapital) und Arbeitskraft (var. Kapital) als auch Rohstoffe (zirkulierendes konstantes Kapital), insbesondere Energie, einzusparen. Darin besteht ihre radikale Neuheit." Die technische Revolution führt zur „Abnahme des Gesamtmasse des fixen Kapitals, das zur Produktion eines schnell wachsenden Warenvolumens notwendig ist. Man beachte den Gegensatz!

Der Staat steht nun in einem besonderen Dilemma. Wenn er Investitionen fördert, „fördert er also durchaus die Erneuerung des Produktionsapparates und die Wiederherstellung der Profitrate (mehr Arbeitskräfte = höherer Mehrwert) aber auch Kapitalzerstörungen (durch Firmenschließungen, Abbau bestehender Anlagen) und Arbeitsplatzvernichtung." In der Tendenz setzt sich jedoch die Vernichtung von Arbeitsplätzen durch. „Die Belebung der Investitionen kann also nicht das Wachstum beleben ..."!

Gorz weiter: „Die Arbeitszeit wird nicht mehr das Maß des Tauschwerts und der Tauschwert nicht mehr das Maß des ökonomischen Werts sein können." Ganz einfach deshalb, weil immer weniger Arbeitszeit (in der Tendenz gleich Null) notwendig sein wird, um diesen Tauschwert zu erwirtschaften. Da der Tauschwert seine materielle Basis in der investierten Arbeitszeit hat (te), verliert er natürlich auch seine Bedeutung als Maß des ökonomischen Wertes. Eigentlich Kommunismus, wenn da nicht die Frage nach den Machtverhältnissen bestehen bliebe.

Trotz alledem: „Der Lohn", so Gorz, „kann nicht mehr vom Arbeitsquantum und das Recht auf Einkommen nicht mehr dem Besitz eines Arbeitsplatzes untergeordnet werden."

Letztendlich wird alles eine Machtfrage sein. Fragt sich nur, welche gesellschaftliche Schicht sich zur tatsächlichen treibenden Kraft entwickeln wird.

Mein Wunsch: Hoffentlich beginnt die Arbeiterschaft bald darüber nachzudenken.

W. B., Schiffweiler

# Unzureichend

Leserbrief zur Einheit der revolutionären Sozialisten"

Ich lese seit einiger Zeit regelmäßig den „Roten Morgen". In der Ausgabe vom 11. Jan. 85 schreibt der Parteivorsitzende H.D. Koch: „Wir bemühen uns heute um den Zusammenschluß all jener in einer Partei, die eine politische Revolution der Arbeiterklasse zum Sturz der bürgerlichen Herrschaft und zur Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse anstreben, die den Kapitalismus beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft wollen, die die Verhältnisse in den revisionistischen Ländern ablehnen." (S. 9)

Dazu einige Bemerkungen:

1. Warum nur eine „politische" Revolution? Was ist mit der ideologischen und ökonomischen Umwälzung der bestehenden kapitalistischen und zukünftigen sozialistischen Gesellschaft, ohne die das Proletariat nie und nimmer zu einer kommunistischen Gesellschaftsordnung kommen kann? Wird die theoretische Grundlage eines Zusammenschlusses auf den Willen zur politischen Revolution **beschränkt**, so ist das eine völlig opportunistische Einengung der Aufgaben der sozialistischen Revolution und ein faules, prinzipienloses Zugeständnis an das trotzkistische Spektrum.

2. Die „Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse", wird an die Stelle des alten marxistischen Eckpfeilers „Diktatur des Proletariats" gesetzt. Das ist Revisionismus. Die Arbeiterklasse muß eben **nicht nur** die Macht erobern, sondern ihre Diktatur für die **ganze** Geschichtsperiode des Sozialismus ausüben, um die Klassen aufzuheben. Die Formel „Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse" läßt 1. offen, auf welche Weise diese Eroberung vor sich gehen soll; sie beschränkt 2. die Vereinheitlichung nur auf die Machtergreifung (und auch hier nur auf ihre politische Seite) und läßt 3. den gesamten Inhalt der historischen Aufgaben des Proletariats **nach** der Machtergreifung, die in der Losung von der Diktatur des Proletariats enthalten sind, unter den Tisch fallen. „Eroberung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse" — dem können Anarchisten zustimmen, da diese Formel das Problem eines proletarischen **Staates** offen läßt, dem können kleinbürgerliche Demokraten und Reformisten zustimmen, da die Eroberungen auf friedlichem, parlamentarischem Weg nicht ausgeschlossen wird. Kommunisten müssen die Verwendung dieser alten opportunistischen Losung bekämpfen.

3. Vereinigt werden sollen alle, „die den Kapitalismus beseitigen und eine sozialistische Gesellschaft wollen". Das wollen linke SPDler, Teile der Grünen, die Trotzkisten, Anarchisten, demokratische Pfadfinder und mancher Pfarrer auch. So eine durchgeseichte Kaugummilosung als theoretische Grundlage oder gemeinsames politisches Ziel für eine Partei anzugeben, ist eine politische **Bankrotterklärung** und Ausdruck vollständiger Prinzipienlosigkeit. Eine Einheit, die sich auf das Erreichen des Sozialismus (in dem noch Klassen existieren) beschränkt, die Fragen der historischen Erfahrungen und der Taktik des Proletariats ausklammert und auf die offene Proklamierung des Kommunismus als dem Endziel kommunistischen Kampfes verzichtet, mag sich noch so oft „revolutionär" nennen, es ist keine revolutionäre, sondern eine opportunistische Einheit (falls sie überhaupt zustande kommt). Eine solche Einheit ist für den Kampf der Arbeiter keinen Pfifferling wert.

4. Die bloße (passiv bleibende) „Ablehnung" der „Verhältnisse" in den revisionistischen Ländern ist für eine Einheit wirklicher Revolutionäre **absolut unzureichend** und äußerst schädlich.

5. Was haben Kommunisten mit Anarchisten und kleinbürgerlichen Demokraten in einer Partei zu suchen? Die Arbeiterklasse braucht die Einheit aller revolutionären Marxisten-Leninisten in einer Kommunistischen Partei und diese Einheit setzt den Bruch mit allen selbsternannten und opportunistischen „Sozialisten" voraus.

Lisa Engk, Stuttgart, 1.2.85

# Seminar zur gewerkschaftlichen Frauenpolitik

**am Wochenende 16./17. März 1985 im Raum Ruhrgebiet**

**Themen:**

**1. Stand gewerkschaftlicher Frauenpolitik. (Was hat sich in den letzten Jahren entwickelt, wie soll es weitergehen?)**
**2. Praktischer Erfahrungsaustausch zur Arbeit in gewerkschaftlichen Frauenausschüssen, betrieblichen Frauengruppen usw. (Hier wollen wir u.a. auch in einer gesonderten Arbeitsgruppe Kolleginnen, die in diese Arbeit neu einsteigen bzw. die gewerkschaftliche Frauenarbeit an ihren Orten ankurbeln wollen, praktische Tips geben.)**
**Dieses Seminar wird gemeinsam von RGO-, GIM- und KPD-Frauen veranstaltet. Alle Kolleginnen, die an diesem Seminar interessiert sind, sind herzlich eingeladen.**
**Anmeldungen bitte möglichst umgehend, spätestens bis 4. März 1985 schicken an RGO, Postfach 41 03 32, 4600 Dortmund 41.**

---

**Anmeldung zum Frauenseminar 16./17. März 1985**

..............................................................
**Name** **Anschrift**

..............................................................
**Teilnehmerzahl** **Gewerkschaft***

***Gewerkschaftszugehörigkeit nach Möglichkeit bitte angeben, da es die Vorbereitung des Seminars erleichtert.**

## Abonniert die Wochenzeitung der KPD

Hiermit bestelle ich: Abonnement(s) ... ab Nr. .......

○ jährlich 60 DM
○ halbjährlich 30 DM
○ Ich bin arbeitslos / Schüler / Student und zahle nur den halben Preis. Bescheinigung liegt bei.

○ Ich lege Post/Bankscheck bei über DM ....................
○ Ich habe den Betrag von DM ........ an den Verlag überwiesen
○ Ich bitte um Vorausrechnung

Name Vorname ........................................

Straße ........................................

PLZ/Ort ........................................

Die Abonnementgebühren sind im Voraus zu zahlen. Das Abonnement verlängert sich, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird.
Bankverbindungen: Stadtsparkasse Dortmund, Kto.-Nr.: 321000 290 (Bankleitzahl 440 501 99) Postscheckkonto Dortmund 79600-461

# Heimarbeit

***Eine der wesentlichsten Auswirkungen der „neuen Techniken" ist nicht nur die Wegrationalisierung von Arbeitsplätzen, sondern auch die — zumindest mögliche — Veränderung der Struktur der Arbeitsplätze. In unserer heutigen Folge unserer Artikelreihe geben wir Auszüge aus einem Referat des Dortmunder Professors Friedrichs wieder, das von der Technologieberatungsstelle des DGB veröffentlicht wurde (in „Technik und Gesellschaft" Heft 4 des Landesbezirks NRW des DGB). Er befaßt sich mit der Auswirkung neuer Technik auf den Bereich Heimarbeit.***

## Verbreitungschancen

Bisher ist die Verbreitung der elektronischen Heimarbeit in der Bundesrepublik Deutschland noch sehr gering, genaue Zahlen liegen nicht vor. In den USA wird die Zahl der elektronischen Heimarbeitsplätze auf einige Tausend geschätzt.

Um abschätzen zu können, in welchem Maße sich elektronische Heimarbeit in den nächsten Jahren in der Bundesrepublik durchsetzen wird, können also extrapolierbare Basisdaten zur Zeit nicht herangezogen werden. Vielmehr sollen im folgenden politische und ökonomische Faktoren angeführt werden, die die Verbreitung positiv bzw. negativ beeinflussen werden.

Im politischen Raum sind es vor allem die weitreichenden Verkabelungspläne der Bundesregierung und insbesondere des Bundespostministers, die die netzmäßige Infrastruktur für eine Verbreitung der Heimarbeit in den nächsten zehn Jahren vorbereiten. Darüber hinaus werden staatliche Förderungsprogramme zur Etablierung der Heimarbeit aufgelegt: So hat die CDU-geführte Landesregierung von Baden-Württemberg einen Feldversuch zur elektronischen Heimarbeit gestartet, der sich insbesondere auf die Abwicklung von Textverarbeitungsaufgaben über das Teletex-Netz bezieht. Aber auch die SPD-Landesregierung von Nordrhein-Westfalen fördert — wenn auch nicht direkt, so doch indirekt über ihre Medienpolitik — die Einführung von Heimarbeit: So betonte z.B. Ministerpräsident Rau, daß Nordrhein-Westfalen das erste Bundesland gewesen sei, das den Bildschirmtext-Staatsvertrag ratifiziert habe. Allerdings hat die nordrhein-westfälische Landesregierung nichts unternommen, um in den Staatsvertrag Regelungen einzubringen, die vor den Gefahren einer über Bildschirmtext organisierten Heimarbeit schützen. Insgesamt ist die Verkabelungsposition der SPD unter Arbeitnehmergesichtspunkten ausgesprochen ambivalent. Einerseits lehnt sie aus medienpolitischen Gründen (Privatfernsehen) den Aufbau eines Kupferkoaxialverteilnetzes ab, andererseits befürwortet sie die Einrichtung eines Glasfaser-Vermittlungsnetzes, ohne gleichzeitig Regelungen zu treffen, um die Auswirkungen des durch die Glasfaserverkabelung mit Sicherheit zu erwartenden enormen Rationalisierungsschubs auf die Arbeitnehmer abzuwenden.

Unter gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten stehen staatliche Investitionen in Höhe von zunächst 25 Milliarden DM für die Kupferverkabelung und anschließend noch einmal 100 Milliarden DM für die Glasfaserverkabelung zur Debatte. Derartige Investitionen sind medienpolitisch alleine nicht zu rechtfertigen, sondern führen zu einer starken Ausrichtung an den Bedürfnissen der geschäftlichen Kommunikation, nicht zuletzt in Richtung auf eine Verstärkung des Trends zur elektronischen Heimarbeit.

Im einzelwirtschaftlichen Bereich ist die Rentabilität und Praktikabilität der elektronischen Heimarbeit gelegentlich bestritten worden. Die Gerätekosten seien zu hoch und die Ausnutzung von Geräten und Übertragungsleitungen zu gering. In vielen Fällen käme diese Form der Arbeit auch deshalb nicht in Frage, weil die Geheimhaltung von Unternehmesdaten nicht gewährleistet sei. Darüber hinaus wird die fehlende Möglichkeit zur Arbeitszeitkontrolle als Einführungshemmnis betrachtet.

Es läßt sich eine Vielzahl von Argumenten anführen, die die genannten Behauptungen weitgehend entkräften.

Das Geheimhaltungsargument wird die Verbreitung der elektronischen Heimarbeit kaum behindern. Erstens gehört der größte Teil der zu erfassenden Daten und Texte nicht zu den besonders geheimzuhaltenden Unternehmensdaten. Diese wird man sicher nach wie vor von Sekretärinnen in besonderen Vertrauensstellungen bearbeiten lassen. Zweitens besteht auch in den traditionellen Büros die Möglichkeit, vertrauliche Unterlagen zu kopieren und aus dem Betrieb herauszubringen.

Die Gerätekosten sind in den letzten Jahren kontinuierlich, teilweise drastisch, gefallen und es gibt keinen Zweifel, daß sich dieser Trend in Zukunft fortsetzen wird. Gegebenenfalls ist die Frage der Gerätekosten für die Unternehmen auch völlig unerheblich. Dann nämlich, wenn sich eine Eigenfinanzierung der Arbeitsmittel am elektronischen Heimarbeitsplatz durch die Heimarbeiter selbst durchsetzen sollte. Einerseits könnte die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt diese Tendenz erzeugen, andererseits gehören Heimcomputer, Bildschirmtextanschluß und Videostation wahrscheinlich bald ohnehin zur Standardeinrichtung einer Wohnung. Auch die Datenübertragungskosten werden mit großer Sicherheit sinken. Bereits jetzt bietet die Bundespost mit Datex-P einen preiswerten Datenübertragungsservice an. Die infrastrukturellen Voraussetzungen für eine Auslagerung von Bürotätigkeiten in die Wohnungen wurden in den letzten Jahren mit der betrieblichen Dezentralisierung der Datenverarbeitung (arbeitsplatzbezogene EDV) ohnehin geschaffen, so daß dadurch Mehrkosten nicht anfallen.

Stattdessen ist mit Kosteneinsparungen bei Gebäuden, Maschinen und Sozialeinrichtungen zu rechnen. Die wesentlichen Einsparungen, die die Verbreitung der elektronischen Heimarbeit fördern werden, sind jedoch folgende: Es ergibt sich die Möglichkeit zur Realisierung eines kapazitätsorientierten variablen Arbeitskräfteeinsatzes im Bürobereich (wie er bisher bereits in Teilen des Handels praktiziert wird). Personal braucht nicht mehr für Spitzenzeiten vorgehalten zu werden, die Schwankungen im Arbeitsanfall werden vielmehr von den Beschäftigten durch entsprechende Disposition ihrer Freizeit selbst ausgeglichen. Dazu ist mit einer Absenkung des Lohnniveaus (und damit der Personalkosten) aus zwei Gründen zu rechnen: Einerseits werden Frauen, die aus privaten Gründen an die Wohnung gebunden sind (Haushalt, Kinderbetreuung usw.), als Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt auftreten („Heimarbeiter-Reservearmee"). Die objektiven und subjektiven Schwierigkeiten, diese Beschäftigten gewerkschaftlich zu organisieren und tarifpolitisch zu vertreten, werden nicht nur das Lohnniveau der Heimarbeiter selbst, sondern auch das der mit ihnen konkurrierenden Büroarbeiter senken. Zum anderen wird, da elektronische Heimarbeit nicht an bestimmte Standorte gebunden ist, diese Form der Arbeit vor allem in bundesrepublikanischen „Billiglohnzonen" Verbreitung finden, also etwa in traditionell strukturschwachen Gebieten oder Gebieten mit Strukturkrise und daraus folgender hoher Arbeitslosigkeit. Auch dieser Effekt wird das Lohnniveau und die Personalkosten senken. Insgesamt läßt sich also feststellen, daß von der Kostenseite her elektronische Heimarbeit für die Unternehmen durchaus attraktiv sein wird. Erste Experimente, die mit elektronischer Heimarbeit bei Siemens durchgeführt wurden, bestätigten diese Einschätzung. In einem Erfahrungsbericht kommt Siemens zu dem Ergebnis: „Qualität und Arbeitsproduktivität bei der Telearbeit liegen höher als bei vergleichbarer Büroarbeit." (zit. nach: Metall, 24.6.83, S. 21).

Zusammenfassend läßt sich —wegen des mangelhaften Datenmaterials mit aller Vorsicht — sagen, daß die elektronische Heimarbeit eine nicht unerhebliche Verbreitungschance besitzt. Allerdings sollte klar sein, daß die traditionelle Büroarbeit in den Betrieben nach wie vor dominierend sein wird. Aber selbst wenn langfristig der Anteil der Heimarbeit nicht mehr als 10 Prozent der Büroarbeit ausmachen sollte, ist dies für die Struktur der Büroareit und die in Büroberufen Beschäftigten wie auch für die Heimarbeiter mit erheblichen Auswirkungen verbunden.



Arbeitslose — unter ihnen sollen vor allem Heimarbeiter geworben werden




Teilzeitkräfte — sowohl ihre Zahl als auch die der Heimarbeiter und — vor allem — Heimarbeiterinnen werden anwachsen und mit ihnen die Zahl weitgehend rechlos beschäftigter Menschen

## Auswirkungen auf die Arbeitnehmer

In der Diskussion um die elektronische Heimarbeit werden eine Reihe von Vorurteilen genannt, die eine Verbreitung dieses Arbeitstyps als gesellschaftlich wünschenswert erscheinen lassen. Auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wird vor allem die Reduzierung der Umweltbelastungen hervorgehoben, die bei verstärkter Heimarbeit durch das verringerte Verkehrsaufkommen und die zu erzielende Energieeinsparung eintritt. Die weitgehende Standortunabhängigkeit der elektronischen Heimarbeit könnte zu einer Entflechtung der traditionellen (in vielen Fällen zu hoch verdichteten) Ballungszentren genutzt werden. Gleichzeitig könnte durch diese Dezentralisierung ein regionaler Beschäftigungsausgleich erzielt weden. Schließlich könnten durch diese Arbeitsform Beschäftigungschancen für beruflich benachteiligte Bevölkerungsgruppen geschaffen werden; genannt werden in diesem Zusammenhang meist die Behinderten, denen durch elektronische Heimarbeit eine Teilnahme am Berufsleben ermöglicht werde.

Auch für den einzelnen werden Vorteile geltend gemacht, so etwa die Möglichkeit zur selbständigen Einteilung der Arbeit, der Wegfall von Fahrzeit und Fahrtkosten und die Reintegration der erst mit Aufkommen von Manufaktur und Industrie scharf getrennten Lebensbereiche „Arbeit" und „Freizeit". Speziell für Frauen mit Kindern wird hervorgehoben, daß diese durch die elektronische Heimarbeit weiterhin die Möglichkeit hätten, ihren Beruf auszuüben.

Die genannten positiven Aspekte sollen keineswegs verbannt werden; dennoch muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Medaille auch in diesem Fall häufig eine Kehrseite besitzt: Ein regionaler Beschäftigungsausgleich ist sicher anzustreben, zu befürchten ist jedoch — wie oben ausgeführt —, daß er mit einem erheblichen Druck auf das vorhandene Lohnniveau verbunden ist, jedenfalls, solange sich die Beschäftigten nicht kollektiv und organisiert dieser Gefahr des Lohnabbaus widersetzen. Elektronische Heimarbeit für Behinderte sollte nur für Schwerstbehinderte, die ihre Wohnung praktisch nicht mehr verlassen können, in Betracht gezogen werden. In allen anderen Fällen verhindert sie die notwendige Integration der Behinderten in die Gesellschaft. Auch die Möglichkeit zur selbständigen Einteilung der Arbeit ist nur die eine Hälfte der „Arbeitszeitordnung" von Heimarbeitern; die andere: Mehrarbeiten in Spitzenzeiten zu übernehmen und termingerecht abzuliefern, möglicherweise auch durch Verrichtung von Überstunden und Nachtarbeit; und in schwachen Zeiten auch keine Arbeit zu haben und keinen Lohn. Und schließlich, was die Möglichkeit für Frauen betrifft, ihren Beruf weiter auszuüben: Tatsächlich mag die elektronische Heimarbeit die einzige Möglichkeit für Frauen sein, dies zu tun. Man sollte allerdings nicht die enorme Belastung vergessen, die damit verbunden ist, parallel Kinder zu betreuen, den Haushalt zu versorgen und gleichzeitig Konzentration erfordernde Textverarbeitung fehlerfrei im Akkord zu erledigen.

Darüber hinaus ergibt sich für die Arbeitnehmer eine Vielzahl weiterer Gefährdungen durch eine breitere Nutzung der elektronischen Heimarbeit:

1) Es ist eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen zu befürchten. Da gegenwärtig Heimarbeiter als Selbständige angesehen werden, fallen sie aus der Arbeitsschutzgesetzgebung weitgehend heraus. Weder die Bestimmungen zum Kündigungsschutz noch die zum Mutterschutz haben Güitigkeit. Ebensowenig gelten die Rechte aus dem Betriebsverfassungsgesetz oder die Unfallverhütungsvorschriften. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Nach langen Auseinandersetzungen um die Ergonomie an Bildschirmarbeitsplätzen wurden inzwischen von der Verwaltungsberufsgenossenschaft die „Sicherheitsregeln für Bildschirm-Arbeitsplätze im Bürobereich (ZH 1/618)" verabschiedet. Gerade bei den elektronischen Heimgeräten muß man davon ausgehen, daß sie den arbeitswissenschaftlichen Erkenntnissen weit weniger entsprechen als die kommerziellen Geräte in den Betrieben. Aber gerade für die Geräte der Heimarbeiter würden die genannten Sicherheitsregeln nicht gelten.

2) Es ist eine Ausdehnung akkordähnlicher Arbeit zu befürchten. Arbeiten, die herkömmlich noch im Zeitlohn verrichtet werden, wie dies z. B. bei Textverarbeitung der Fall ist, werden in der elektronischen Heimarbeit mengenmäßig kontrolliert — in vielen Fällen unmittelbar über das Arbeitsgerät (elektronischer Anschlag- und Fehlerzähler) —, weil eine Kontrolle der Arbeitszeit nicht mehr möglich ist. Insgesamt nimmt damit die Tendenz zu anonymer technischer Kontrolle zu.

3) Die gegenwärtig verstärkt diskutierten Konzepte von Mischarbeit an computergestützten Arbeitsplätzen, etwa die Mischung von Schreibarbeit mit Sachbearbeiter- oder Sekretariatstätigkeiten, werden bei elektronischer Heimarbeit kaum realisierbar sein. Stattdessen wird der Grad der Arbeitsteilung und das Ausmaß der Formalisierung der Arbeit steigen.

4) Die fehlende Vergleichsmöglichkeit mit der Leistung von Kollegen im Betrieb wird zu einer schleichenden Leistungserhöhung und Intensivierung der elektronischen Heimarbeit führen, um „auf der sicheren Seite" zu liegen. Das Ergebnis der zitierten Siemens-Experimente mit Heimarbeit weist in diese Richtung.

5) Die elektronische Heimarbeit führt zu einer Isolierung von den Kollegen, zu einer neuenForm von Vereinsamung, zu Tendenzen der Entsolidarisierung und zur Auflösung der vorhandenen kollektiven Interessenvertretungsstrukturen. Dieser Trend spiegelt sich selbst in den Aussagen der Manager, die die Heimarbeitsexperimente durchführen, wider, so berichtet etwa der zuständige Manager des erwähnten Lufthansaversuchs: „Die Frauen haben inzwischen eine sehr starke Scheu, zu den 14tägigen Besprechungen zu kommen." Die in den letzten Jahren verstärkt zu beobachtende Abdrängung der Frauen aus den Betrieben in den Privatbereich findet mit der elektronischen Heimarbeit ihre konsequente Fortsetzung. Als Selbständige werden diese Heimarbeiterinnen ohnehin nicht vom Betriebsrat vertreten; sollte es sich bei den Beschäftigten an den Heimcomputerarbeitsplätzen um Arbeitnehmer handeln — dies würde eine Änderung des geltenden Heimarbeitsgesetzes erfordern —, wäre eine Vertretung durch die Betriebsräte formal zwar gewährleistet, realiter aber aufgrund der völlig dezentralen Struktur dieser Beschäftigungsgruppe praktisch unmöglich; ähnliches gilt für die gewerkschaftliche Interessenvertretung.

6) Schließlich soll noch einmal auf die Gefahr des Lohnabbaus hingewiesen werden, die oben bereits unter dem Gesichtspunkt der Personalkosten bei der Diskussion der Verbreitungschancen der elektronischen Heimarbeit ausführlich erläutert wurde.

# Kommuniqué der Nationalen Leitung der FSLN zur Religionsfreiheit von 7. Oktober 1980 (Auszüge)

1. Für die FSLN ist die freie Religionsausübung ein unveräußerliches Menschenrecht, das durch die Revolutionsregierung in vollem Umfang verbürgt wird. Dieser Grundsatz steht seit langer Zeit in unserem revolutionären Programm, und wir müssen auch in Zukunft daran festhalten. Überhaupt kann im neuen Nicaragua niemand diskriminiert werden, weil er seinen Glauben öffentlich bekennt oder verbreitet. Das gleiche Recht haben auch diejenigen, die sich zu keinem religiösen Glauben bekennen.

2. Einige Autoren haben behauptet, daß die Religion ein Machanismus der Entfremdung sei, der dazu diene, die Ausbeutung einer Klasse durch die andere zu rechtfertigen. Diese Behauptung hat insofern zweifellos einen historischen Wert, als die Religion in bestimmten geschichtlichen Epochen als theoretische Grundlage politischer Herrschaft diente. Es genügt, sich ins Gedächtnis zu rufen, welche Rolle die Missionare bei der Unterwerfung und Kolonisierung der Indianer in unserem Land gespielt haben. Dennoch stellen wir Sandinisten fest, daß nach unserer Erfahrung die Christen, wenn sie — gestützt auf ihren Glauben — in der Lage sind, sich den Anforderungen des Volkes und der Geschichte zu stellen, von ihrem eigenen Glauben zum revolutionären Engagement gedrängt werden. Unsere Erfahrung zeigt uns, daß man gleichzeitig Glaubender und konsequenter Revolutionär sein kann und daß es keinen unüberbrückbaren Widerspruch zwischen diesen beiden Dingen gibt.

3. Die FSLN ist die Organisation der Revolutionäre Nicaraguas, die sich freiwillig vereinigt haben, um die soziale, ökonomische und politische Realität unseres Landes gemäß bekanntem Programm und nach bekannter Strategie zu verändern. Alle, die mit unseren Zielen und Vorstellungen übereinstimmen und über die von unserer Organisation geforderten persönlichen Qualitäten verfügen, haben das Recht, sich in unseren Reihen zu engagieren, unabhängig von ihren religiösen Überzeugungen. Ein Beweis dafür ist, daß drei katholische Priester zur *Asamblea Sandinista* * gehören. In der FSLN sind viele Christen aktiv, und solange es in Nicaragua christliche Revolutionäre gibt, wird es auch Christen in der *Frente Sandinista* geben.

4. Die FSLN ist sich als Avantgarde der ungeheuren Verantwortung bewußt, die auf ihren Schultern liegt. Sie wacht sorgsam über Einheit und Durchschlagskraft ihrer Organisation im Blick auf die Ziele, um derentwillen sie sich ausdrücklich konstituiert hat. Innerhalb der Parteigrenzen der FSLN hat religiöser Bekehrungseifer keinen Platz, weil dies den spezifischen Charakter unserer Avantgarde entstellen und Faktoren der Spaltung einschleusen würde, finden sich doch in der *Frente Sandinista companeros* mit verschiedenem oder gar keinem religiösen Bekenntnis zusammen. (...)

8. Ein weiterer Punkt, der in letzter Zeit diskutiert wurde, ist die Mitarbeit von Priestern und Ordensleuten in der Regierung des Nationalen Wiederaufbaus. In diesem Zusammenhang stellen wir fest, daß es — ungeachtet seines Standes — das Recht eines jeden nicaraguanischen Bürgers ist, an der politischen Führung des Landes mitzuwirken. Die Regierung des Nationalen Wiederaufbaus garantiert dieses im Gesetz verankerte Recht.

Die *companeros* im Priesteramt, die Regierungsaufgaben ausüben und so dem Appell der FSLN und ihrer staatsbürgerlichen Pflicht nachgekommen sind, haben bis heute eine außerordentliche Arbeit geleistet. Unser Land, das sich großen und schwierigen Problemen gegenüber sieht, bedarf der Mitarbeit aller Patrioten, um vorwärtszukommen, besonders aber derer, die — im Gegensatz zur Mehrheit unseres Volkes — die Möglichkeit hatten, eine höhere Bildung zu erlangen. Deshalb wird die FSLN auch weiterhin alle Bürger, Laien oder Ordensleute, deren Erfahrung und Qualifikation für unser Weitergehen nötig ist, auffordern, an den revolutionären Aufgaben mitzuwirken. Wenn einer von unseren *companeros* im Priesteramt sich aus persönlichen Gründen entscheidet, seine Regierungsverantwortung aufzugeben, dann ist das sein gutes Recht. Es ist Sache des persönlichen Gewissens, ob einer das Recht zur Mitarbeit wahrnimmt und seiner patriotischen Verpflichtung nachkommt.

9. Die Revolution und der Staat haben einen anderen Ursprung, andere Ziele und Tätigkeitsfelder als die Religion. Für den revolutionren Staat ist Religion Privatsache, die in die Zuständigkeit von Einzelpersonen, von Kirchen oder von besonderen Vereinigungen fällt, die sich mit religiöser Zielsetzung organisieren. Der revolutionäre Staat ist — wie jeder moderne Staat — nichtreligiös (*laico*); er kann keine Religion zu der seinen machen, weil er das ganze Volk — sowohl Gläubige wie Nichtgläubige — repräsentiert.

Mit der Veröffentlichung dieses offiziellen Kommuniqués beabsichtigt die Nationale Leitung der FSLN nicht nur, das hier behandelte Thema zu klären, sondern vornehmlich, allen aktiven Revolutionären der FSLN und den Kirchen die Pflicht und die Verantwortung vor Augen zu führen, die ihnen beim Wiederaufbau unseres Landes zukommt — eines Landes, das 159 Jahre lang von Plünderung, Unterdrückung und Abhängigkeit heimgesucht wurde. Der Aufbau der Zukunft Nicaraguas ist eine historische Herausforderung, die über unsere Landesgrenzen hinausgeht und andere Völker stärkt in ihrem Kampf für die Befreiung und integrale Bildung des neuen Menschen. Dies ist ein Recht und eine Pflicht alle Nicaraguaner, unabhängig von ihren religiösen Überzeugungen.

„Sandino gestern — Sandino heute — Sandino immer"
Managua, den 7. Oktober 1980.
Nationale Leitung der FSLN

*Sandinistische Versammlung, Entscheidungsgremium mit rund 60 FSLN-Mitgliedern

Vatikan gegen revolutionäre Priester

# Zum Kirchenkampf in Nicaragua

**Der Vatikan mischt sich wieder verstärkt in Lateinamerika ein. Nach der Reise des Oberhauptes der katholischen Kirche in verschiedene Länder Südamerikas ist die Linie deutlich geworden: die Kirche in Lateinamerika soll fester an die Leine genommen werden, die konservativ-reaktionären Positionen Roms sollen wieder das Bild der Kirche bestimmen. Verstärkt auf den Plan getreten ist auch die römische Glaubenkongregation, die Hüterin der reinen Lehre, bekannter unter ihrem früher berüchtigten Namen: die *Heilige Inquisition*.**

**Unter Vorsitz des deutschen Bischofs Ratzinger greift diese mächtige Institution immer schärfer die Theologie der Befreiung an, verhört progressive Theologen und Priester, verdammt „Irrlehren" und hat jetzt vier nicaraguanische Politiker im Visier.**

**Auf dieser Seite befinden sich zwei Dokumentationen. Sie stellen keine Auseinandersetzung mit der Theologie der Befreiung dar (was noch nachzuholen ist,) sondern sollen die Rolle der Kirche, des Glaubens in Nicaragua beleuchten. Besonders interessant sind die Ausführungen im Kommuniqué der Nationalen Leitung der FSLN, die deutlich macht, wie die revolutionäre Führung in Nicaragua die Religionsfreiheit im allgemeinen und ihr Verhältnis zu christlichen Revolutionären im besonderen sieht.**

Die vier katholischen Geistlichen, die für die revolutionäre Regierung Nicaraguas arbeiten, sind schon öfter von Rom aus aufgefordert worden, ihre Ämter niederzulegen. Kürzlich kam nun ein Ultimatum aus dem Vatikan — kurz darauf die Suspendierung Ernesto Cardenals vom Priesteramt. Mit ihm, dem nicaraguanischen Kultusminister, sind von dem Bannstrahl aus Rom betroffen Cardenals Bruder Fernando, der das Erziehungsministerium leitet und der schon aus dem Jesuiten-Orden ausgeschlossen worden ist. Ferner handelt es sich um den nicaraguanischen Außenminister, Pater Miguel d'Escoto, und den Botschafter bei der Organisation Amerikanischer Staaten (OAS), Edgar Parrales. Alle vier haben erklärt, daß sie der Aufforderung aus Rom, ihre „weltlichen" Ämter niederzulegen, nicht nachkommen werden.

Nach der Suspendierung vom Priesteramt erläuterte Ernesto Cardenal, warum er der Aufforderung Roms nicht nachgekommen sei: *„Ich kann nicht zurücktreten, denn das würde bedeuten, mein Volk im Stich zu lassen in einer Situation, wo Nicaragua angegriffen wird, das wäre Verrat"*. Cardenal erinnerte daran, daß der Papst zu den Aggressionen gegen Nicaragua schweigt, und die gleichen Positionen einnimmt wie US-Präsident Reagan.

Nun könnte man es sich sehr leicht machen, und sagen: *„Eine gute Entscheidung, jetzt haben die ohne Priesteramt mehr Zeit für die revolutionäre Regierung"*. Das würde aber die Tragweite dieser römischen *„Unvereinbarkeitsbeschlüsse"* nicht deutlich machen. Denn schon heute ist die katholische Kirche Nicaraguas gespalten. Die Situation, wie sie Enrique Schmidt in nebenstehendem Beitrag schildert, ist schon vorbei. Nur kurz haben sich die Bischöfe des Landes, der hohe Klerus mit den revolutionären Entwicklungen abgefunden. Heute stehen sie offen auf Seiten der Feinde der Revolution, arbeiten mit den Gegnern der Befreiungsfront zusammen und sind auch schon mehrerer konterrevolutionärer Delikte überführt. Spätestens beim Besuch des Papstes in Nicaragua im März 1983 ist die Kirchenspaltung öffentlich geworden. Hunderttausende Christen, zumeist in kleinen Basisgemeinden organisiert, unterstützen — ausdrücklich aus christlichen Motiven heraus — die nicaraguanische Revolution. Sie protestierten laut bei einer großen Predigt des Papstes in Managua. Die vier von Ratzingers Glaubenskongretation unter Beschuß genommenen Priester sind Symbolfiguren dieses Christentums, das die Revolution unterstützt. Die Taktik der vatikanischen Inquisitoren ist folgende: man versucht die Brüder Cardenal, d'Escoto und Parrales außerhalb der „Legalität" der Kirche zu stellen und hofft, daß die traditionellen Bindungen der Massen an die „Mutter" (Amts)-Kirche noch stark genug sind, um eine Solidarität mit den vier „Ausgeschlossenen" zu verhindern. Indem man die progressiven Priester in aller Öffentlichkeit ihrer „seelsorgerischen" Legitimation beraubt, glaubt man in Rom die traditionalistischen — nämlich rückschrittlichen und reaktionären katholischen Würdenträger wieder zu den eigentlichen Autoritäten werden zu lassen. Damit wird deutlich, daß der Schachzug des Vatikans ein Zug im Spiel, im Krieg der internationalen Reaktion gegen das befreite Nicaragua ist und direkt seinen Feinden dienen soll.




**Im Bremer Universitätsviertel ist eine Straße nach dem ermordeten ehemaligen nicaraguanischen Postminister Enrique Schmidt benannt worden.**

**In seiner Dissertation (Doktorarbeit) hat Enrique Schmidt, der nicaraguanische Revolutionär, auch kurz zur Rolle der Kirche in Nicaragua Stellung genommen. Enrique Schmidt, der in der Bundesrepublik studierte, ist im vergangenen November im Kampf gegen reaktionäre Contra-Banden in Nicaragua gefallen. Aus seiner Arbeit *„Ökonomie und koloniales Erbe"* zitieren wir im folgenden. Die Dissertation ist auch als Buch in der Edition Nahua-Wuppertal erschienen.**

# Die Stellung der Kirche

Die Kirche ist in Nicaragua traditionell eine Stütze der Diktatur gewesen. Erst in den letzten Jahren mit der zunehmenden Verschärfung des politischen Kampfes unternahm die obere Hierarchie eine Kursänderung ihrer bisherigen Politik.

Die Kirche als soziale Institution spiegelt genau die bestehenden Auseinandersetzungen und Widersprüche der Gesellschaft wider. Traditionell haben die Gemeindepfarrer und all die Priester, die aufgrund ihrer sozialen Arbeit in der Bevölkerung Zeugen der Ausbeutung und der Ungerechtigkeit sind, offen den Widerstand unterstützt. Manche von ihnen haben sogar an dem bewaffneten Kampf direkt teilgenommen. Dir Kirche hat traditionell in Nicaragua eine den bestehenden Status quo erhaltende Funktion ausgeübt. Die Art und Weise aber, in der die Kirche diese Funktion wahrnimmt, ist sicherlich eine andere, als z. B. die Nationalgarde es tut. Beide Institutionen haben aber im Grunde genommen gemeinsame Ziele gehabt: die eine die Verteidigung der Diktatur durch das Monopol der Gewalt, die andere durch die ideologisch-religiöse Bewußtseinsmanipulation. Da aber die Kirche, um diese Funktion zu erfüllen, den Kontakt mit dem Volk suchen muß, werden die Strukturen der Kirche von den sozialen und politischen Auseinandersetzungen leichter berührt und angegriffen. Die Folge dieses Prozesses ist dann die aktive Parteinahme der einfachen Pfarrer für die Sache des Volkes. Etwas anderes passiert bei der oberen Hierarchie, die im Grunde genommen die Freiheitsbewegung deshalb unterstützt, um nicht zwangsläufig in Isolation zu geraten. Genau dieselben Bischöfe, die heutzutage mit Entschiedenheit sogar den bewaffneten Kampf „im Falle Nicaraguas" verteidigen und legitimieren, haben vor einigen Jahren das Waffenarsenal der Nationalgarde gesegnet oder noch 1977 über 250 Messen für die Gesundheit des Diktators abhalten lassen, als er einen Herzanfall bekam.

## Stichwort Hunger

### Teuflischer Kreislauf

**Die Fleisch- und Milchproduktion innerhalb der EG ist eine riesige Überproduktion. Die Kühlhäuser sind voll, man spricht schon von einem EG-Milchsee. Die Produktion, die Massentierhaltung bedingt einen ungeheuren Futtermittelbedarf. 43 Prozent dieser Futtermittel, die in der EG verfüttert werden, kommen aus Ländern der dritten Welt. Der Futtermittelbedarf der Bundesrepublik wird sogar zu fünfzig Prozent aus Ländern der dritten Welt gedeckt.**

**Futtermittel kommen aus Thailand, aus Indien, aus Brasilien, aus den Ländern der Sahel-Zone(!) zu den fabrikmäßigen Tierhaltungsbetrieben nach Mitteleuropa. Während in den Ursprungsländern Menschen verhungern, wird hier Milch zum Beispiel in Unmengen produziert — und wandert als teures Milchpulver oft wieder in diese Länder zurück. Ein Beispiel dafür beschrieb die progressive Zeitung Bauernblatt (Nr. 45):**

Paradebeispiel der Agrarexportstrategie der EG-Staaten und ihrer Ernährungsindustrie ist die erfolgreiche Verankerung europäischen Milchpulvers im indischen Markt.

Eingeleitet wurde die „Weiße Revolution" 1970 mit Hilfe des größten Entwicklungsprojekts der Welt, der sogenannten „Operation Flood", durchgeführt von der EG, der Welternährungsorganisation und dem indischen Staat. Die Grundidee ist folgende: Freie EG-Lieferungen an Magermilchpulver und Butteröl werden in speziell dafür erstellten Fabriken in Indien zu Frischmilch rekombiniert. Diese Milch wird von der indischen Regierung an Zentralmolkereien, die städtische Ballungsgebiete versorgen, verkauft. Die Einnahmen aus diesem Verkauf sollen der Modernisierung der einheimischen Milchwirtschaft dienen: Einerseits sind ertragssteigernde Maßnahmen bei der Milchproduktion vorgesehen, etwa durch die Einkreuzung europäischer Rassen, Verbesserungen der Veterinärdienste und der Futterwirtschaft; andererseits soll die Milcherfassung durch ein Netz genossenschaftlich organisierter Sammelstellen und Molkereien ausgebaut und rationalisiert werden. Ziel ist es, mit der zunehmenden Eigenproduktion an Milch die EG-Milchpulverhilfe langsam überflüssig zu machen.

Tatsächlich ist jedoch das Gegenteil eingetreten. Die EG-Lieferungen haben nicht ab-, sondern zugenommen. Der moderne Milchsektor hat mit Hilfe der billigen EG-Lieferungen die traditionelle Milchwirtschaft zerstört und den Inlandsmarkt monopolisiert. Die aufgebauten Molkereikapazitäten müssen ausgelastet werden. Da die Programme zur Ertragssteigerung der eigenen Milchproduktion aufgrund vieler Fehlplanungen nicht den gewünschten Erfolg hatten, wurden die Lücken mit zusätzlichen EG-Lieferungen geschlossen. Diese Lieferungen sind nur begrenzt als Nahrungsmittelhilfe erhältlich; ab 1985 ist es geschafft: Indien wird wohl der größte Käufer der EG für Milchüberschüsse sein. So schafft man sich Kunden, so folgen kommerzielle Warenströme der karitativen Hilfe.

Schon bisher hat die europäische Wirtschaft nicht schlecht an diesem Programm verdient. Ein großer Teil der Mittel ist in Form von Aufträgen an europäische Firmen (in harten Devisen) zurückgeflossen. So konnten multinationale Konzerne die Molkereiausstattungen, Milchtechnologien, Impfstoffe und Besamung liefern bzw. in Indien selbst entsprechende Fabriken einrichten. Indien war gezwungen, die Aufträge international auszuschreiben, obwohl auch einheimische Firmen liefern konnten.

Besonders pervers ist, daß im Zusammenhang mit dieser Modernisierung die Versorgung des ärmeren Teils der Bevölkerung mit Milchprodukten nicht besser, sondern schlechter wurde. Die Armen sehen sich ihrer Milch beraubt, die jetzt als teilweise teure weiterverarbeitete Milchprodukte, Babynahrung oder in Tetrapack-Behälter verpackt unerschwinglich geworden ist. Die offizielle Rechtfertigung lautet: „Milch sei für die Armen sowieso ein zu teures Eiweiß. Es ist besser für sie, sie verkaufen ihre Milch und kaufen für die Einnahmen preisgünstigere Eiweißträger."

Zum Schluß noch das Eigentliche: Ein Grund, warum die Steigerung der eigenen Milchproduktion nicht nachkam, war der Mangel an gutem Futter, vor allem Kraftfutter. Gleichzeitig muß man aber wissen, daß Indien z. B. 1982 250000 Tonnen Ölschrote an die EG als Kraftfutter verkaufte, die bei uns zur Erzeugung unserer Milchüberschüsse eingesetzt werden. Diese Menge Kraftfutter produziert rund 550000 Tonnen zusätzliche Milch in der EG. Getrocknet entspricht das einer Menge von 50000 Tonnen Butteröl, also fast genau die Menge, die die EG Indien als Nahrungsmittelhilfe im Rahmen der „Operation Food" jährlich zur Verfügung stellt. Ein geschlossener Kreislauf internationaler Agrarverflechtungen. Nur wer profitiert — und auf wessen Kosten?

Chile
## Verhaftungen

In Chile sind zehn Gewerkschaftsführer der Demokratischen Volksbewegung (MDP) verhaftet worden. Unter ihnen ist das KP-Mitglied Sergio Vuscovic, der unter Allende Bürgermeister der großen Stadt Valparaiso war. Gründe für die Verhaftungen nannte das Militärregime nicht. Die andauernde Unterdrückungswelle hat auch das Informationsblatt der chilenischen Journalistengewerkschaft „Brief an die Journalisten“ getroffen. Polizei beschlagnahmte in der vergangenen Woche die Druckmaterialien zur Herstellung des Informationsblattes, sowie alle bisher erschienenen 56 Ausgaben.

Der „Brief an die Journalisten“ wurde nach der im Rahmen des Ausnahmezustandes im vergangenen Jahr eingeführten Pressezensur gegründet, und wurde nach Angaben der Herausgeber an Botschaften, Gewerkschaften und Berufsverbände verteilt. Der Rundbrief war ein wichtiges kritisches Medium für die Opposition in Chile.

Guatemala
## Massenmorde an Indios

Von zahlreichen Morden an der indianisch-bäuerlichen Bevölkerung durch das guatemalteikische Heer berichtete die unabhängige oppositionelle Nachrichtenagentur SIAG-Press jetzt in Mexico. Demnach seien am 21. Januar rund 500 Soldaten in Patzun in der Provinz Chimaltenango in der Nähe der Hauptstadt zusammengekommen und haben, nach Berichten Geflohener, mindestens zehn Bauern verhaftet und kurz darauf erhängt. Ihnen seien Augen, Zungen und Hoden abgerissen worden. Später habe man die Leichen mit Benzin übergossen und verbrannt.

Zwei Tage später sind in Xeapzan rund 30 Personen, unter ihnen 20 Kinder auf die gleiche brutale Weise ermordet worden. Ähnliche Meldungen gibt es aus anderen Siedlungen. Die Militäroperationen sind laut SIAG-Press noch im Gange. Sie sind offensichtlich Teil einer systematischen Durchkämmung einer ganzen Region.

Südafrika/Azania
## Neuer Polizeimord

Bei militanten Unruhen in einer schwarzen Vorstadt von Prot Elizabeth ist ein schwarzer Jugendlicher von der Polizei erschossen worden. Wie die Polizei mitteilte, hätten rebellierende Jugendliche eine Polizeipatrouille angegriffen, daraufhin hätte die Polizei das Feuer auf die Jugendlichen eröffnet.

Nelson Mandela, der seit 22 Jahren eingekerkerte Führer der Befreiungsbewegung ANC hat ein Angebot des südafrikanischen Premiers Botha ausgeschlagen. Botha hatte angeboten, Mandela sofort freizulassen, wenn er öffentlich auf jede Gewaltanwendung ablehne. Der Gefangene Nelson Mandela antwortete kategorisch mit Nein. Seine Frau Winnie Mandela kommentierte: *„Botha spricht von der Freiheit meines Mannes, mein Mann spricht von der Freiheit des Volkes“.*

Südkorea
# Begrüßung auf „südkoreanisch“

**Die Bilder von der Heimkehr des südkoreanischen Oppositionspolitikers Kim Dae-Jung gingen um die Welt. Geheimdienstler und Polizisten griffen zu, isolierten ihn von mitreisenden Freunden, schlugen zu. Zur gleichen Zeit waren in Seoul die größten Demonstrationen seit Jahren von der Polizei aufgelöst worden. — Schlaglichter auf eine der brutalsten Diktaturen der sogenannten freien Welt.**

Kim Dae-Jung ist einer der Führer der bürgerlich-demokratischen Opposition gegen die brutale Diktatur des amtierenden Präsidenten Tschun Du-Hwan. Unter dem Regim Tschungs war Kim Dae-Jung 1980 zum Tode verurteilt worden und lediglich unter starkem Druck der internationalen Öffentlichkeit zu zwanzig Jahren Haft „begnadigt“ und vor zwei Jahren in die USA entlassen worden. Seine Partei, die „Neue Demokratische Partei“ (NDP) ist in Korea verboten, viele Funktionäre sind in Haft oder haben ein striktes Verbot jeglicher politischer Betätigung. Mittlerweile wurde eine Nachfolgeorganisation gegründet, die NDKP, die „Neue Demokratische Korea Partei“. Sie ist heute Sammlungsbewegung für die breite Opposition gegen Tschun. Bei den in diesen Tagen anstehenden Parlamentswahlen kann sich die Opposition allerdings höchstens einen kleinen Achtungserfolg ausrechnen, die Wahlgesetze, die Praktiken in Südkorea werden die Kräfte um den Präsidenten Tschun Hu-Hwan in der Mehrheit belassen.

Die Sorge der Herrschenden in Südkorea, die Wiederkehr des populären Oppositionellen könnte ihre Macht ins Wanken bringen, hat zu extremen Vorbereitungen für diesen Augenblick gesorgt. Tausende Polizisten waren aufgeboten, allein 8000 auf dem Flughafen. Kims Freunde in Südkorea wurden unter Hausarrest gestellt, eine Veranstaltung der NDKP kurzfristig verboten, Demonstranten, die mit Willkommenstransparenten und Parolen auf die Straße gingen, von starken Polizeieinheiten vertrieben.

Die Sorge, daß Kim das Schicksal des philippinischen Oppositionspolitikers Aquino ereilen könnte, der bei seiner Rückkehr nach Manila erschossen wurde, hat viele Freunde Kims aus den USA veranlaßt, mit nach Seoul zu reisen. Trotzdem wurde Kim sofort von Sicherheitskräften ergriffen, auf Umwegen in sein Haus gefahren, wo er praktisch im Belagerungszustand lebt. Das Haus ist vollständig abgeriegelt und umstellt, jeglicher Kontakt des Politikers zur Opposition soll unterbunden bleiben.

Die Schläge und Angriffe des südkoreanischen Militärs und der Polizisten auch gegen die Begleiter des Oppositionellen, die man überall im Fernsehen verfolgen konnte, wurden zunächst von der Regierung geleugnet. Die südkoreanische Regierung hat in einer Presseerklärung kurzerhand bestritten, daß es überhaupt zu Gewalttätigkeiten gekommen sei. Die Bilder, die Aussagen von US-Kongreßmitgliedern und Diplomaten beweisen das Gegenteil. Als Proteste aus Washington laut wurden, beeilte man sich in Seoul einen Untersuchungsausschuß einzuberufen. Aller Terror gegen die eigene Bevölkerung hat nicht soviel Folgen in Südkorea, wie einige Schläge und Rangeleien mit US-Bürgern. Tschun will es sich natürlich nicht mit den großen Herrn in den USA verderben. Ohne die wäre seine Macht schon lange zu Ende. Nebenbei: in diesem südostasiatischen „Musterland“ sollen die nächsten olympischen Sommerspiele stattfinden...

**In Thorn ging der Prozeß gegen die Mörder des oppositionellen Priesters Popieluszko zu Ende. Der Hauptangeklagte Piotrowski kam an der Todesstrafe vorbei und erhielt 25 Jahre Gefängnis, ebenso der Angeklagte Pietruszka, zwei weitere Angeklagte erhielten 14 und 15 Jahre Gefängnis.**

# Der Prozeß von Thorn

War der Prozeß nun ein Beweis für die Rechtsstaatlichkeit des Systems in Polen, ein Beleg dafür, daß hohe und höchste Stellen rigoros gegen diese Gewalttat einschreiten wollten? Dagegen sprechen viele Momente. An erster Stelle ist sicherlich zu nennen, daß der Prozeß überhaupt nur zustandekam, weil die Herrschenden um den General Jaruzelski nicht umhin konnten, sich von Teilen ihres Geheimdienstes und seiner Methoden zu distanzieren. Unabsehbar wären die Folgen gewesen, wäre die Opposition im Lande erstarkt, wenn die Regierung versucht hätte, diesen feigen Mord voll zu decken.

Dennoch bleiben viele offene Fragen. Viele Spuren wurden nicht verfolgt. Die Anwesenheit eines Obersten und vieler Beamte am Tag der Entführung in der Nähe des Tatortes. Der Tod zweier Staatssicherheitsbeamter, die die Ermittlungen leiteten, durch einen mysteriösen Verkehrsunfall. Ein Memorandum an die katholische Kirche, daß wenige Wochen vor dem Mord vor *„regierungsfeindlicher, konterrevolutionärer und krimineller“* Tätigkeit des Priesters Popieluszko warnte. Auch wiederrufene Aussagen der Angeklagten über Verbindungen *„nach oben“* fielen später einfach unter den Tisch. So ist der Prozeß sicherlich auch ein Erfolg der Herrschenden — die Vertuschungsstrategie hat gewisse Erfolge gehabt.

Aber: es ist deutlich geworden, daß das Regime — juristisch beweisbar oder nicht — mitschuldig an dem feigen Anschlag ist. Und es ist unglaubhaft, die Angeklagten als selbständig handelnde Einzeltäter hinzustellen wie es die UZ (Zeitung der DKP) tut. Sie schreibt einfach: *„Sie* (die Angeklagten, RM) *verstießen gegen die zielstrebig realisierte politische Linie der polnischen Machtorgane — die Linie der Festigung des Staates, der Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen, der Überwindung der Krise und der schlechten Praktiken der vergangenen Jahre.“* Nur — die Angeklagten waren Teil dieser Machtorgane des polnischen Staates — mit einflußreichen Verbindungen. Auch der Versuch der Staatsanwaltschaft in diesem Prozeß, während der abschließenden Plädoyers eine Gleichheit zwischen Opfer und Mörder herzustellen, indem man vor allem von den *„konterrevolutionären“* Aktivitäten Popieluszkos sprach und somit *„Verständnis“* für die Mörder zu erreichen suchte, zeigt, daß es den Herrschenden in Polen nicht recht war, daß dieser Prozeß stattfinden mußte. Nicht zuletzt der Versuch der „kleinen Beamten“ sich für ihre Verbrechen zu entschuldigen, indem sie immer wieder beteuerten, sie hätten ja nur *„auf Befehl“* gehandelt, erweckt Assoziationen, die aus anderen Prozessen gegen Verbrecher bekannt sind, die im Namen einer staatlichen Macht handelten.

Philippinen/Aquino-Mordprozeß
# Die Killer kommandierte der Generalstab

**Am 21. August 1983 wurde der philippinische Oppositionspolitiker Benigno Aquino bei der Rückkehr nach Manila auf dem Flughafen erschossen. Sein angeblicher Mörder starb direkt danach durch Kugeln von Polizei, bzw. Militär. Der philippinische Diktator Marcos und sein Stabschef Fabian Ver verbreiteten sofort die Tathergangsversion, Aquino sei von dem Kriminellen Rolando Galman im Auftrag von Kommunisten umgebracht worden, um *„die Regierung zu entstabilisieren“*.**





Massenhafte Proteste, öffentliche Anklagen gegen Marcos und sein Militär führten schließlich zur Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der monatelang arbeitete. Das Ergebnis war klar: die offizielle Darstellung war falsch. Aquino war eindeutig einem *„militärischen Mordkomplott“* zum Opfer gefallen, die Mörder seien in der fünfköpfigen Escorte zu suchen, die Aquino aus dem Flugzeug führte. Hauptverdächtige: die beiden Feldwebel, die direkt hinter Aquino die Treppe vom Ausstiegstunnel am Flughafen heruntergingen.

Als Drahtzieher des Mordes ist der Stabschef des Präsidenten Marcos, sein entfernter Vetter Fabian Ver angeklagt. Der Mitwirkung und Vertuschung beschuldigt sind zwei weitere Generäle, fünf Offiziere, siebzehn Soldaten und der Geschäftsmann Hermilio Gosuico, der den angeblichen Attentäter vier Tage vor dem Mord an Aquino aus einem Bauernhaus nördlich von Manila abgeholt und zu den Militärs gebracht haben soll.

Diese von der umfangreichen Anklage her eindeutig nachgewiesene Beteiligung der höchsten Spitzen der philippinischen Diktatur ist von Anfang an von Millionen gemutmaßt worden. Daß ein Mann wie Ver, der ein enger Vertrauter des Diktators Marcos ist, auf der Anklagebank sitzt, ist vor allem ein Erfolg der umfangreichen, breiten und konsequenten Protestbewegung, die sich nach dem feigen Mord an Aquino bildete. Fabian Ver, der als abgebrochener Jurastudent jahrelang seinem Verwandten Marcos als Chauffeur und Leibwächter diente, hat vom Hauptmann zum Major, zum Chef der Leibgarde des Präsidenten, dann zum Brigadegeneral, zum Leiter des Geheimdienstes und schließlich zum Chef des Generalstabes eine steile Karriere unter dem Diktator hinter sich. Er soll den Befehl zur *„Oplan Balikbayan“* (Operation Heimkehr) gegeben haben. Die Bedrohung durch die Todesstrafe für die am Flughafen anwesenden Soldaten könnte dazu geführt haben, daß sie mehr über die Rolle des Marcos-Vertrauten in diesem Mordkomplott berichten.

Frankreich:
# Die KPF in der Krise

**Am letzten Wochenende fand in der Pariser Vorstandt Saint Ouen der 25. Parteitag der Kommunistischen Partei Frankreichs statt. Es war der erste Parteitag nach Beendigung der Regierungsbeteiligung der KPF an Mitterands Regierung, der erste Parteitag nach den zum Teil erheblichen Verlusten bei Wahlen, die die KPF hinnehmen mußte.**

Der Parteitag der KPF war durch 97 regionale, bzw. Kreiskonferenzen vorbereitet worden. Auf lediglich drei dieser Konferenzen konnten sich Kritiker des Kurses der Parteiführung durchsetzen. Ein Resolutionsentwurf wurde in 94 Versammlungen gebilligt, und bildete die Grundlage für den Rechenschaftsbericht des Parteivorsitzenden Marchais. Die Hauptaussagen des Fünf-Stunden-Referats von Marchais waren: erstens eine alleinige Schuldzuweisung an die sozialistische Partei Mitterands am Auseinandergehen der Regierungskoalition, ein vehementes Bekenntnis zu den Ländern des *„realen Sozialismus“* und der Sowjetunion, sowie ein Abgehen vom bisherigen Konzept von der *„Einheit der Linken“* zugunsten einer nebulösen *„neuen Sammlungsbewegung der Mehrheit des Volkes“, eines Konzeptes, daß an die neueste DKP-Kreation, der Einheit aller „links von der CDU-Spitze“* (UZ) erinnert.

Keinerlei selbstkritische Aussagen gab es zu den Wahlniederlagen, dem Mitgliederschwund, den sogar die UZ — trotz ansonsten euphorischer Berichterstattung über diesen Parteitag — konstatieren mußte. Marchais, der offensichtlich die beherrschende Integrationsfigur der KPF darstellt, sah keinen großen Anlaß zur Sorge: *„Es mag in der Tat paradox erscheinen, daß eine Partei, die in drei Jahren zwei ernsthafte Wahlniederlagen erlebt hat gerade daraus den Schluß zieht, daß die Strategie gut war und diese sich vertiefen muß“.* (Aus dem Rechenschaftsbericht).

Nicht alle in der Partei können mit solchen Widersprüchen leben. Nach der Wahlschlappe bei den Parlamentswahlen 1981 sank der Stimmenanteil der KPF von 21 auf 16 Prozent, bei den Europawahlen 1984 gar auf 11 Prozent. Die Opposition innerhalb der Partei, die sich als reformerische Kraft in der KPF versteht, hat von ihrer Anzahl her nicht viel zu melden. Trotzdem stellt sie wichtige Fragen auf dem Parteitag. Neben den Delegierten der drei „nichtkonformen“ Kreise war es der Delegierte Felix Damette, der im Parteiapparat der KPF für die Regionen und Fragen der Dezentralisation zuständig ist, der kritische Anmerkungen machte. Lange Jahre auf KPF-Parteitagen nicht gehörte oppositionelle Töne klangen in seinen Fragen an. Wörtlich sagte er: *„Ist es nicht ein gefährliches Verhalten für eine Partei, ihre Mißerfolge mit der Tatsache zu erklären, daß sie vom Volk nicht mehr verstanden wird, daß sie veralteten Ideen angehangen habe? Taten wir, was nötig war, damit unsere Strategie verstanden wurde? Haben wir sie folgerichtig angewendet? Sind wir nicht selber während der Regierungsperiode in unseren alten Fehler zurückgefallen, die Sozialistische Partei und François Mitterand als Richtpunkte zu nehmen, an denen wir uns selbst definieren?*

*War es richtig, sich systematisch als beste Verteidiger der 110 Wahlvorschläge François Mitterands hinzustellen? War es Ende 1983 richtig zu sagen, wir seien mit der Sozialistischen Partei über die Ziele einig, die Meinungsverschiedenheiten beträgen die Mittel? War es zweckmäßig, im Januar 1984 zu sagen, diese Regierung habe bereits eine bessere Erfolgsbilanz als Volksfront und Befreiung?“*

Die überwiegende Mehrheit des Parteitags ignorierte die Fragen, Stellungnahmen der „Reformer“. Die revisionistische KP Frankreichs folgt weiter ihrer Führung auf dem, was die DKP-Zeitung „UZ“ den Weg zum *„Sozialismus à la Française“* nennt. Auf den deutlich werdenden Verlust immer größerer Teile ihrer Basis, auf den permanenten Niedergang der Partei gab es beim 25. Parteitag der KPF keine Antworten.

### Untätige Behörden

# Arsenverseuchung im Hamburger Osten

## ARSEN

Bei Erwachsenen kann eine einmalige Dosis von 0,1 Gramm tödlich wirken. Viel wahrscheinlicher ist die schleichende Vergiftung, wenn sich das über Schleimhäute, Haut und Atem eingenommene Gift langsam im Körper anreichert. Dann kommt es zu einer chronischen Vergiftung, deren Ursache nur schwer auszumachen ist. Symptome einer solchen Vergiftung sind Schnupfen, Durchfall, Mattigkeit, Apathie, Hautausschlag, Leber- und Nierenbeschwerden, Kopfschmerzen und verstärkte Hornhautbildung bis hin zur Bildung von Hauttumoren. Später könnte eine Schwärzung der Haut und Haarausfall dazukommen. Die Latenzzeit (Zeit von der Ansteckung bis zum Ausbruch einer Krankheit) ist z. B. für Leber- und Bronchialkarzinome 15 bis 20 Jahre. Fast unmöglich, dann noch die genaue Ursache zu erkennen. Die Hamburger Gesundheitsbehörde bestätigt die Gefahren: ***„Erhebliche gesundheitliche Gefahren mit erheblichen praktischen Konsequenzen".*** Passiert ist aber noch nichts.

## DIE WERTE

Die Bodenproben der Universität haben an 14 Stellen Arsengehalt im Boden nachgewiesen, der höher als 200 Milligramm pro Kilogramm Boden liegt. **Der zulässige Grenzwert ist 20 Milligramm pro Kilo!** Im Hafengebiet wurden 456 Milligramm gemessen, am Wasserwerk Kaltehof ebenfalls Werte von mehr als 400 Milligramm. Spitzenwerte von rund 1000 Milligramm, die die zulässigen Grenzwerte für „Kulturerde" um das Fünfzigfache übersteigen, fanden die Wissenschaftler zwischen dem Industriegebiet Billbrook und Marschflächen. Auf einer Parkwiese nahe den Hamburger Landungsbrücken und damit am Rande der City betrug der Meßwert immerhin noch mehr als 200 Milligramm. Daß Gefahr „nur" in den derart verseuchten Gebieten besteht, ist umstritten, auch wer nicht direkt dort wohnt oder arbeitet, kann über Gemüse und Obst aus den dortigen Kleingärten oder aus dem Anbaugebiet Vierlanden Arsen zu sich nehmen. Außerdem ist noch völlig ungeklärt, wieviel Arsen durch die Luft über das Gebiet rund um die Kupferhütte hinaus weitergetragen wird.

**Zwei Umweltskandale haben Hamburg „berühmt" gemacht. Die mittlerweile geschlossene Giftmüllagerstätte Georgswerder und die Chemiefabrik Boehringer — die das Gift Dioxin verbreitete. Der neue Fall stellt das alles in den Schatten: die größte Kupferhütte Europas, die „Norddeutsche Affinerie" hat große Teile Hamburgs mit Arsen verseucht.**

Im bekanntgewordenen Besprechungsprotokoll Hamburger Behörden heißt es klipp und klar: *„Aus der Emissionserklärung der Norddeutschen Affinerie geht hervor, daß die Jahresemission noch heute einige Tonnen Arsen beträgt."* Diese Aussage in Kenntnis der jetzt schon bekannten Vergiftungswerte des Bodens konnte den Umweltsenator und andere Behörden bislang nicht zum Handeln bewegen. Sofortmaßnahmen wie Warnung und Information der Bevölkerung, Absperrungen und Produktionsauflagen für die Kupferhütte werden nicht in Angriff genommen. Der im Protokoll konstruierte *„Handlungsbedarf"* wird jetzt erst mal in Expertenkommissionen beraten. Im Protokoll heißt es dazu: *„Da Sofortmaßnahmen offenbar nicht erforderlich sind, ist davon auszugehen, daß eine Unterrichtung der Presse erst erfolgen sollte, wenn erste Handlungskonzepte der betroffenen Dienststellen vorliegen".* Im gleichen Text sind aber auch die *„Risikobereiche"* genannt, die aus der Vergiftung des Bodens entstanden sind: Es geht um die Nutzung von Oberflächenwasser, um Grundwasserentnahme, um die Gefahren für Weidevieh und Nutzpflanzen, um die Gefahren bei unmittelbaren menschlichem Kontakt mit dem extrem verseuchten Boden und vieles andere mehr. All diese Gefahren bewegten die Behörde bis heute noch nicht zum Handeln.

Der Verursacher, die Giftquelle für die arsenverseuchten Böden Hamburgs ist bekannt. Die **„Norddeutsche Affinerie"**, seit 1910 verhüttet sie Kupfer, wobei Arsen anfällt. Die „Affi", wie sie kurz genannt wird, dehnt sich auf einem Gelände von 900000 Quadratmetern aus und hat zur Zeit 3200 Beschäftigte. Seit Jahrzehnten pustet die „Affi" ihr stark mit Schwefeldioxyd und schwermetallhaltigen Stäuben durchsetztes Abgas aus über 200 Schornsteinen in die Luft, während gleichzeitig aus etwa 75 Rohren Unmengen von Cadmium, Nikkel, Blei und anderen Giften illegal in die Elbe geleitet werden. Die Hamburger Umweltschutzbehörde kennt bei der „Affi" 220 *„definierte Emissionsquellen"*, die sie nach eigenem Eingeständnis aus Kostengründen weder umfassend noch kontinuierlich kontrollieren kann.

Die Werksleitung hat nach Bekanntwerden des Skandals eigene Angaben gemacht. Demnach bläst die Affinerie derzeit *„nur noch"* vier Tonnen Arsen jährlich in die Luft. In den sechziger Jahren seien es noch **70 Tonnen** jährlich gewesen. Der Bleiausstoß liegt nach Werksangaben bei **15 Tonnen** jährlich. Das vor allem für die Nahrungskette extrem gefährliche Cadmium soll nur in der Größenordnung einer halben Tonne jährlich *„abgegeben"* werden.

Mit der Bekanntgabe dieser Zahlen hat die Unternehmensleitung erklärt, sie halte die Umweltbelastung für tolerierbar. Staatliche Auflagen mit der Wirkung einer eingeschränkten Produktion im Zusammenhang mit dem Arsenausstoß nannte ein Unternehmenssprecher *„kompletten Unfug"*.

Die Norddeutsche Affinerie, mit 2,4 Milliarden Mark Umsatz im vergangen Jahr Hamburgs größter Gewerbesteuerzahler, ist also nicht beunruhigt. Ihr Umweltschutzbeauftragter kennt sich auch aus. Dr. Velten, „Umweltberater" der Affi, war früher im Amt für Strom und Hafenbau der behördliche Hauptüberwacher der Kupferhütte. Verschiedenste Verfahren und Ermittlungen gegen die Affinerie, die seit 1977 mehrfach in Verdacht geriet, die Umwelt zu vergiften, blieben alle ohne Ergebnis. So kann die Werksleitung auch heute noch sagen: *„Wir arbeiten gut mit den Behörden zusammen"*. **Wie lange noch?**



Ein Teelöffel Erde kann hier ein Kind töten




Schwarzer Humor aus der „taz"



# PINWAND

**Parteiveranstaltungen, Treffs, Termine**

## HAMBURG

**Ausländer-Arbeitsgemeinschaft: „Kommunales Wahlrecht für Ausländer"**

**Mittwoch, 20. Februar, 19.30 Uhr im Thälmann-Buchladen, Margarethenstr. 58**

**Offener Schulungsabend der KPD**

**Donnerstag, 21.2., 19.00 Uhr, Thälmann-Buchladen, Margarethenstr. 58**

## Anti-NATO-Veranstaltung

**Veranstaltet von KPD und GIM**

**Freitag, 22. Februar, 19.30 Uhr, Taverne Sorba, Jarrestraße 27, Hamburg-Barmbek**

## KPD-ARBEITSLOSENTREFFS

Arbeitslosentreff Nord:
Samstag, 16. Februar, 11 Uhr, Bremen-Göpelingen, im Kulturladen Halmer Weg
Arbeitslosentreff Mitte: Samstag, 2. März, 11.00 Uhr
Im zentralen Büro der KPD in Dormtund Hörde, Wellinghofer Str. 103

**Jetzt anmelden!**

## Wochenseminare der KPD 1985

**Kapitalistische Wirtschaftskrise — marxistische Krisentheorie — Perspektiven der Krise in der BRD — Auswege**
Die Teilnehmer sollten mit Texten wie z. B. „Lohnarbeit und Kapital" von Karl Marx vertraut sein.
Termin: 11.—17. März 1985

**Seminar zur Einführung in den Marxismus**
Themen: Einführung in die politische Ökonomie — Klassen und Klassenkampf — Staat und Revolution — Der Imperialismus — Was bringt uns der Sozialismus — Aus der Geschichte der Arbeiterbewegung.
Vorkenntnisse sind nicht erforderlich.
Termine 23.—29. September 1985
4.—10. November 1985
Seminar in türkischer Sprache vom 15.—21. April 1985

Unkostenbeitrag pro Woche 70,— DM
Anmeldungen ab sofort an: Detlev Schneider, Holstenring 5, 2000 Hamburg

## Parteibüros der KPD
### und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.
**Zentralkomitee der KPD, Redaktion Roter Morgen, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.**

4800 **Bielefeld** 1, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen Roter Morgen, Waller Heerstr. 70, Tel.: (0421) 393888, geöffnet: Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr

4600 **Dortmund** (Brackel), Kontaktadresse: Helmut Weiss, Am Westheck 109a, Tel.: (0231) 20931

4100 **Duisburg** 12, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: (0203) 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur KPD: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Sa 10 - 12 Uhr.

**2000 Hamburg 6**, Thälmann-Buchhandlung, Margarethenstr. 58, Tel.: (040) 4300709, geöffnet: Mo - Fr 10 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

3000 **Hannover** 91, Kontaktadresse südliches Niedersachsen, Wolf-Jürgen Herzog, Ossietzky-Ring 29, Tel.: (0511) 466529.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-H. Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1.

2300 **Kiel 1**, Kontaktadresse: Karola Firzlaff, Jungmannstr. 68a,

5090 **Leverkusen** 3, Kontaktadresse: A. Brand, Kantstr. 20, Tel.: (02171) 41318.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz : W. Rohr, Sedanstr. 21, Tel.: (0621) 699382

7000 **Stuttgart** 1, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: (0711) 432388, geöffnet: Mo + Fr 16.30 - 18.30 Uhr, Mi 17.30 - 18.30 Uhr.

**KPD Saar**: 6685 **Schiffweiler**, Kontaktadresse: E. Bittner, Hauptstraße 43

**Sektion Westberlin**, 1000 **Berlin 44** (Neukölln), Parteibüro der KPD, Mainzer Straße 18, Tel.: (030) 6228474